

MANFRED MEIER

**Deutsche Außenhandelsregulierung
von 1933 bis 1939**

1956

BUCHDRUCKEREI W. SCHUBERT, BERGEN-ENKHEIM



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Deutsche Außenhandelsregulierung von 1933 bis 1939

INAUGURAL-DISSERTATION

zur

Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Hohen Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

vorgelegt

von

MANFRED MEIER
aus Müllheim (Baden)

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag der Herren Prof. Dr. Edgar Salin und
Prof. Dr. Valentin F. Wagner.

Basel, den 23. Mai 1953

Prof. Dr. Edgar Salin
Dekan



MEINEN ELTERN

VORWORT

Wohl kaum eine Zeit hat im Bereich der deutschen Wirtschaft so einschneidende Ereignisse und so tiefgreifende Wandlungen gebracht wie die Jahre nach 1930. Der Problematik des Geschehens, dessen ursächlichen Zusammenhängen und Auswirkungen für die deutsche Außenwirtschaft nachzugehen, mußte daher eine lohnende Aufgabe sein. Bei der Herausarbeitung und Behandlung der allgemeinen Linie der deutschen Außenhandelsregulierung wurden neben den Grundprinzipien auch die wichtigsten Einzelheiten der Außenhandelspolitik analysiert, denn nur auf diese Weise erhält man ein hinreichendes Bild von der Umfassendheit und Kompliziertheit dieses Systems einer „plan“mäßig beherrschten und gelenkten Außenwirtschaft.

Dem in dieser Arbeit unternommenen Versuch, die vielen Einzelprobleme in einen außenhandelspolitischen Gesamtzusammenhang einzuordnen, mußte zwangsläufig eine gewisse Geschlossenheit der behandelten Problemkreise geopfert werden, so daß Überschneidungen vorkommen. Andererseits ist zu bedenken, daß es in der Natur des Stoffes mit seiner vielfältigen Verflochtenheit liegt, daß eine streng systematische Abgrenzung oft nur schwer oder teilweise gar nicht möglich war oder aber die begriffliche Trennung von Problemen nur aus Gründen der Darstellung zulässig erschien.

Ich habe mich bemüht, die vorhandene Literatur nach Möglichkeit auszuwerten. In diesem Zusammenhang sei auf einen Sachverhalt hingewiesen, der mir für das Verständnis der behandelten Probleme wesentlich erscheint. Im deutschen Schrifttum, das sich mit den mannigfachen Problemen der Wirtschaftspolitik unter dem Nationalsozialismus befaßt, spielt das Wörtchen „grundsätzlich“ eine hervorragende Rolle. Das rührt offenbar daher, daß das deutsche Denken besonders „grundsätzlich“ zu sein pflegt. Hinter dieser Grundsätzlichkeit verbirgt sich eine Geistes- und Gemüthshaltung, die man vielleicht „deutschen Perfektionismus“ nennen könnte, und ohne die sich die Wirtschaftspolitik nach 1933 — wie wahrscheinlich die deutsche Politik schlechthin — nicht verstehen läßt.

Nun bezieht sich diese Grundsätzlichkeit aber hauptsächlich auf das Denken: In der Abstraktion kann man die schönsten Grundsätze leicht konstruieren und ungetrübt erhalten. In der Realität sieht es aber „grundsätzlich“ anders aus. Die in den „Grund“satz verliebte deutsche Wirtschaftspolitik verzichtete deshalb oft darauf, wirtschaftspolitische Realität und zugrunde liegenden Satz aufeinander abzustimmen — wahrscheinlich weil es grundsätzlich unmöglich war, die Grundsätzlichkeit des Denkens auch in der Realität rein darzustellen. Diese Schwierigkeit der Abstimmung, die sich in manchen Fällen sogar als Unmöglichkeit erwies, hat ihre letzte Erklärung darin, daß *das gesamte wirtschaftliche Geschehen in jeder seiner Erscheinungsformen sich nach und nach der politischen Zielsetzung „grundsätzlich“ unterordnen mußte*. Daher war auch die Arbeitsbeschaffung als Kernpunkt der deutschen Wirtschaftspolitik nicht so sehr eine wirtschaftliche, als vielmehr eine politische Maßnahme.

Diese Grundhaltung der deutschen Wirtschaftspolitik ist infolgedessen zusammen mit anderen Faktoren *einer* der Gründe, daß die deutsche Außenhandelsregulierung nach 1937 letztlich einer rein ökonomischen Beurteilung entzogen bleibt.

INHALTSÜBERSICHT

Vorwort

Einleitung	1
Zwang und Freiheit in der deutschen Wirtschaftsentwicklung	1

Erster Teil

Allgemeine Entwicklungstendenzen

1. Kapitel: Die Devisenbewirtschaftung und ihre Ursachen	4
2. Kapitel: Stillhaltung als ergänzende Maßnahme zur Devisenbewirtschaftung	7
I. Die Stillhalteabkommen	7
II. Öffentliche Stillhaltung	8
III. Die Schuldentilgung	9
3. Kapitel: Das Ende der Reparationen	11
I. Das Hoover-Moratorium	11
II. Das Lausanner Abkommen	12

Zweiter Teil

*Der Wandel der handelspolitischen Mittel
unter dem Einfluß der Devisenbewirtschaftung*

1. Kapitel: Staatliche Außenhandelslenkung als Ersatz für den automatischen Zahlungsbilanzausgleich	13
I. Allgemeine Bemerkungen	13
II. Der „Neue Plan“ und seine Bedeutung für den Außenhandel	14
III. Der Aufbau, die Organisation und die Organe der staatlichen Außenhandelslenkung	16
a) Die Überwachungsstellen der gewerblichen Wirtschaft	16
b) Die Reichsstellen	19
c) Weitere Organe	20
2. Kapitel: Bilateralismus und Außenhandelslenkung (Problematik des Bilateralismus)	22
3. Kapitel: Bilaterales Clearing und Kompensation	26
I. Das Zahlungsclearing	26
1. Entwicklung der Verrechnungsabkommen	26
2. Die Zahlungsabkommen und ihre Ausgestaltung	28
II. Das Warenclearing	30
1. Das Kompensationsgeschäft im allgemeinen	30
a) Privates Kompensationsgeschäft	31
b) Ausländersonderkonten für Inlandszahlungen (ASKI)	33
2. Das Rohstoffkreditgeschäft	34
III. Bilanz der zwischenstaatlichen Verrechnung	35

4. Kapitel: Die Frage der Strukturergänzung und ihre Bedeutung für den deutschen Außenhandel	38
I. Deutschlands Außenhandel mit Industrieländern	38
II. Deutschlands Außenhandel mit reinen Agrarländern	39
III. Deutschlands Außenhandel mit sich entwickelnden Agrar- und/oder Rohstoffländern	42
5. Kapitel: Versuch einer Neutralisierung der Konjunkturschwankungen	48
I. Einfluß der Konjunkturschwankungen	48
II. Entwicklungsverträge als letzte Stufe der Strukturergänzung	53
III. Die neuen Methoden des langfristigen Kapitalverkehrs	56
6. Kapitel: Das Problem der Wechselkurse und seine Lösung durch die deutsche Wirtschaftspolitik	59
7. Kapitel: Wandlungen in der Außenhandelsfinanzierung (Exportförderung als Exportfinanzierung)	63
I. Das Zusatzausfuhrverfahren im allgemeinen	64
II. Das Zusatzausfuhrverfahren im einzelnen	65
1. Das Auslandsbondsverfahren	65
2. Das Scrips- und Fundierungsbondsverfahren	66
III. Die Neuregelung des Exportprämien systems	67
Schlußbemerkungen	71
Anhang	73
Bibliographie	75

TABELLENVERZEICHNIS

I. Deutschlands Auslandsverschuldung in Mrd. RM	10
II. Der Gegenseitigkeitsverkehr im deutschen Außenhandel von 1932 bis 1938	36
III. Der Gegenseitigkeitsverkehr im Europa- und Überseehandel Deutschlands 1932 bis 1938	37
IV. Die Intensität der deutschen Handelsbeziehungen mit Industrieländern	39
V. Die Intensität der deutschen Handelsbeziehungen mit Agrar- bzw. Rohstoffländern	40
VI. Deutsche Importpreise und Weltmarktpreise für Baumwolle.....	41
VII. Hauptgruppen der industriellen Ausfuhr Deutschlands	42
VIII. Die Intensität der deutschen Handelsbeziehungen mit den wichtigsten lateinamerikanischen Ländern	44
IX. Der Anteil Deutschlands am Gesamtaußenhandel der lateinamerikanischen Länder 1938	44
X. Südosteuropas Anteil am deutschen Außenhandelsumsatz.....	45
XI. Deutschlands Anteil am Außenhandel Südosteuropas im Jahre 1938	47
XII. The Terms of International Trade	51
XIII. Deutschlands Clearingschulen 1934 bis 1938 (in Mill. RM)	57
XIV. Die deutschen Exportsubventionen während der Jahre 1935—1938	68
XV. Sperrmarkkurse von 1934 bis 1939	73

ZWANG UND FREIHEIT IN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

Was sich in der deutschen Außenwirtschaftspolitik zwangsläufig aus der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands und der Entwicklung der Weltwirtschaft ergab, und was Ausfluß des freien Willens zur Lenkung und Planung der Wirtschaft in bestimmter Richtung war, diese Fragenkreise lassen sich nicht voneinander trennen und isoliert betrachten. Denn, wenn man den Vorkriegszustand — die Weltwirtschaft englischer Prägung — als eine einmalige Erscheinung ansieht und in dem Umwandlungsprozeß der Zwischenkriegszeit eine tiefe strukturelle Wandlung erkennt, erscheint die deutsche Entwicklung nur als ein Teil einer Neugestaltung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen¹⁾.

Und gerade auf dem Gebiet der Außenwirtschaft waren es einmal strukturelle Wandlungen der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen und zum andern politische Triebkräfte, die — bedingt durch Wandlungen der staatspolitischen Ideologie — auf das Ziel nationalwirtschaftlicher Autonomie hinwirkten. Die entscheidende Tatsache hierbei war, daß die autonome Binnenwirtschaftspolitik zum beherrschenden Grundzug der wirtschaftlichen Entwicklung wurde.

Es geht also nicht an, die wachsende Bedeutung des Staates in der Binnenwirtschaftspolitik und die zunehmende Politisierung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen als ein Hauptmerkmal der Jahre nach 1933 zu sehen. Das starke Vordringen des staatlichen Einflusses — wie der Politik überhaupt — als entscheidendes Novum der Gesamtentwicklung, setzt schon in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg ein und bezeichnet eine bedeutende strukturelle Wandlung.

Hinzu kommen die Faktoren, die für die Umgestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen von großer Bedeutung waren: die Industrialisierungs- und Reagrarisierungstendenzen und zum andern die planwirtschaftlichen Ordnungstendenzen²⁾.

Die Industrialisierung großer Rohstoffländer während des ersten Weltkrieges zeigte eindringlich, daß an den Austauschmöglichkeiten westeuropäischer Fertigfabrikate gegen überseeische Rohstoffe und Nahrungsmittel nicht mehr in dem vordem gegebenen Ausmaß festgehalten werden konnte. Daraus erklärt sich auch — neben dem politisch bedingten Streben nach einem mehr oder weniger hohen Grade nationaler Selbstgenügsamkeit — die *Reagrarisierung*, die meist als Gegenwirkung in alten Industrieländern bei der Industrialisierung der Agrar- und Rohstoffländer zu beobachten war. Da diese Reagrarisierung aber nicht ohne krisenhafte Erschütterungen vor sich ging und an die Stelle der Dynamik der Weltwirtschaft Notlösungen auf allen Gebieten der Wirtschaft traten, erhob sich die Forderung einer dauerhaften Neuordnung, die in Richtung einer „Planwirtschaft in irgend-einer Form“³⁾ liegen mußte.

¹⁾ Hierbei soll nicht gesagt werden, daß jede Erscheinung der Wirtschaft gleichzeitig das Charakteristikum einer neuen Ordnung darstellt.

²⁾ Vgl. hierzu: Salin, Edgór: „Von den Wandlungen der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit“, in: W. A., Bd. 35, 1932, S. 1 f.

³⁾ Salin, Edgór: *Wirtschaft und Staat*. Berlin 1932, S. 52.

Wie sehr sich der deutschen Wirtschaft eine Ordnungsform aufdrängte, die sich die aktive Bekämpfung der Depressionskräfte, die Regulierung der Wirtschaft — überhaupt eine sinnvolle Planung und Steuerung des wirtschaftlichen Geschehens zum Ziel setzte, ergab sich nicht nur aus allgemeinen Entwicklungslinien. Die Forderung nach einem „nationalen Gegenwartssozialismus“ war mehr als nur ein Schlagwort, denn „im deutschen Volk war latent eine ungeheuere Bereitwilligkeit zum Sozialismus, zur Planwirtschaft vorhanden“⁴⁾.

Der Trend zur Planwirtschaft wurde zweifellos verstärkt durch Gründe, die jedoch nur für die Veränderungen im Gefüge und in der Verfassung der deutschen Wirtschaft Gültigkeit besitzen. So lösten der im Gefolge des ersten Weltkrieges auftretende große Nachholbedarf und die in großem Umfang notwendig gewordenen Erneuerungsinvestitionen einen gewaltigen Kapitalhunger aus. Die in der Folge hemmungslos gewährten und in Anspruch genommenen Auslandskredite finanzierten den binnenwirtschaftlichen Aufschwung, der durch die Verkürzung der Arbeitszeit in gewissem Umfang noch gesteigert und verlängert wurde. Diese Verkürzung der Arbeitszeit ließ den Preis der Arbeit steigen und rief dadurch eine Tendenz zur Mechanisierung und Rationalisierung des Produktionsapparates hervor. Außerdem führten die Reparationszahlungen in natura, die Abdeckung der für die Reparationszahlungen notwendigen Ausfuhr, die erwähnte Erneuerung des eigenen Produktionsapparates und der Raubbau der Inflation zu einer Übersteigerung der Betriebs- und Produktionskapazitäten, deren Ausnutzungsgrad sich nach dem Wegfall dieser Aufgaben nicht mehr als optimal erweisen konnte⁵⁾. Mangelnde Ausnutzung und entsprechende Arbeitslosigkeit waren die Folge. Verbrauchseinschränkungen mußten zu weiteren Betriebseinschränkungen und vermehrter Arbeitslosigkeit führen und somit einen kumulativen Schrumpfungsprozeß auslösen. In den drei Jahren bewußt betriebener, unpopulärer Deflationspolitik *Brünings*, wurde die Zahl der unterstützten Arbeitslosen auf etwa sechs Millionen getrieben, gleichzeitig aber auch die Zahl der Beschäftigten von 21 Millionen auf etwa 12 Millionen vermindert. Diese Entwicklung machte Deutschland reif für *jede* Lösung seines wirtschaftlichen Problems und dürfte als *eine* der Ursachen entscheidend gewesen sein für den Rückhalt, den die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik in der Folge hatte. Hinzu kam — und das sollte nicht übersehen werden — daß „die Lehre von der Vollbeschäftigung dem Bedürfnis der Massen nach Erlösung von einer oft als ausweglos angesehenen Arbeitslosigkeit entsprach — und damit der Forderung, die in der Krise der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre alle traditionellen Wünsche der Arbeiterschaft zurückdrängte und sie zum wirtschaftspolitischen Problem schlechthin machte“⁶⁾.

Es gehört zum Verständnis dieses schicksalhaften Abschnitts deutscher Geschichte, daß es dem Nationalsozialismus vorbehalten bleiben sollte, die entscheidenden, für die endgültige Wende in der Wirtschafts- und Konjunktur-

⁴⁾ F. Baade, zitiert nach E. Grotkop „Die große Krise“, Lehren aus der Überwindung der Wirtschaftskrise 1929—1932, 1954, S. 68.

⁵⁾ Dieser Sachverhalt dürfte einer der Gründe für das von J. Marczewski angeführte Argument sein, daß es in Deutschland niemals zu einer „selbsttragenden Konjunktur“ hätte kommen können, weil die deutschen Konsumgüterindustrien nicht in der Lage gewesen wären, die Kapitalgüterindustrien auch nur annähernd vollzubeschäftigen. (J. Marczewski: „La politique économique et financière du IIIe Reich“, Paris 1941, S. 382.)

⁶⁾ Wessels, Th., im Sammelwerk: Die Problematik der Vollbeschäftigung, Verein für Sozialpolitik, Tagung in Bad Pyrmont. Berlin 1951, S. 558.

politik notwendigen Maßnahmen in quantitativer Hinsicht durchzuführen. Andererseits besteht kein Zweifel, und das möchte ich nachdrücklich betonen, daß *im Sommer 1932 wirtschaftlich nicht nur die Möglichkeiten für einen neuen Kurs gegeben waren, sondern auch die Neuorientierung der deutschen Wirtschaftspolitik sich durch das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen bereits vollzogen hatte*⁷⁾).

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik wählte den Weg der autonomen Binnenwirtschaftspolitik. Da sich Binnen- und Außenwirtschaftspolitik nicht nur wechselseitig bedingen, sondern auch funktionell zusammenhängen, mußte der Außenhandel einer entsprechenden Regulierung unterworfen werden. Diese Erkenntnis trifft zwar bei ausschließlich *chronologischer* Betrachtung der Dinge für die Entwicklung in der von mir betrachteten Periode nur bedingt zu, und wenn überhaupt, dann nur für die Zeit nach 1937. Denn davor, und zwar schon 1931, setzten die ersten zwangswirtschaftlichen Eingriffe auf dem Gebiet der Außenwirtschaft ein. Schon damals war die Politik auf Planwirtschaft überspringend vom Devisengebiet auf den Außenhandel und erst von da auf die Schlüsselgebiete der Gesamtwirtschaft eingestellt. Dies alles ändert jedoch im Grunde nichts daran, daß die *entscheidenden Äußerungen planwirtschaftlicher Maßnahmen im Außenhandel letztlich ihren Ursprung in binnenwirtschaftspolitischen Erwägungen und Erfordernissen* hatten.

⁷⁾ So auch Frej, R., Die theoretischen Grundlagen der Währungspolitik unter dem Nationalsozialismus. Bern 1947, S. 16.

⁸⁾ Vgl. hierzu die umfangreiche und mit zahlreichen Quellenhinweisen versehene Arbeit von E. Grotkopp: „Die große Krise“.

ERSTER TEIL

ALLGEMEINE ENTWICKLUNGSTENDENZEN

1. Kapitel

Die Devisenbewirtschaftung und ihre Ursachen

Als im Mai 1931 die größte Wiener Bank, die Österreichische Kreditanstalt, ihre Schalter schloß, befand sich Deutschland bereits in einem fortgeschrittenen Stadium des ökonomischen Kontraktionsprozesses. Das Produktionsvolumen war von seinem hohen Stand von 100,2 (1928 = 100) im September 1929 auf 82,5 im Dezember 1930 gesunken¹⁾. Ein weiteres Zeichen für die verstärkt hervortretende Krise war u. a. der Rückgang der Wechseldiskontierungen durch die Reichsbank. Dagegen zeigte der Notenumlauf eine relative Unflexibilität, die im wesentlichen auf die Rigidität der Löhne und Güterpreise zurückzuführen war.

Was die ausländischen Kredite betraf, so wurden in der Zeit zwischen Januar und Juli 1931 2,9 Mrd. RM zurückgezahlt. Da aber auch die Reichsbank, durch inländische Kredithilfen und fortgesetzte ausländische Abzüge geschwächt, eine weitere Kreditrückzahlung an das Ausland nicht mehr garantieren konnte, wurde im Juli 1931 der freie Devisenverkehr aufgehoben und die deutsche Devisenzwangswirtschaft aufgebaut²⁾, deren Grundlage die am 15. und 18. Juli und 1. August 1931 erlassenen Notverordnungen bildeten³⁾. Ihre Zielsetzung bestand zunächst ganz allgemein in der Verhinderung unerwünschter Kapitalabflüsse. Aber schon diese begrenzte Zwecksetzung nötigte dazu, den gesamten Devisenverkehr bei der Reichsbank und den sog. Devisenbanken zu konzentrieren, wobei die Reichsbank die Aufgabe der Devisenerfassung, der Devisenverteilung und der Kursfestsetzung der Reichsmark übertragen erhielt. Daneben erfolgte das Verbot von Devisentermingeschäften und ein Aufruf von Devisenwerten. Die Prüfung der Devisennachfrage auf ihre volkswirtschaftliche Dringlichkeit wurde den als Devisenstellen fungierenden Landesfinanzämtern übertragen.

Was die *Devisenerfassung* anbelangt, mußten alle Inländer Devisenwerte in Höhe von 20 000,— RM und darüber der Reichsbank „anbieten“ (zuletzt wurde die Wertgrenze der Anbiutungspflicht bis auf 2,— RM herabgesetzt). Unter diese Anbiutungspflicht fielen außerdem alle anfallenden Devisenbeträge, Gold und nach dem 12. Juli 1931 erworbene ausländische Wertpapiere und deutsche Auslandsbonds. Um möglichst alle Devisenbeträge zu erfassen, wurde die Anbiutungspflicht mehrmals erweitert oder eine straffreie Anbiutung noch nicht gemeldeter Devisen geboten, so z. B. durch das „Gesetz gegen den Verrat der deutschen Volkswirtschaft“ vom 12. Juni 1933⁴⁾, mit seinen Strafandrohungen für den Fall, daß von der gebotenen Möglichkeit kein Gebrauch gemacht wurde.

Die *Devisenverteilung* bezog sich im wesentlichen auf die Zuteilung von

¹⁾ Vierteljahresshefte zur Konjunkturforschung, Institut für Konjunkturforschung, 7. Jg., Teil A, Nr. 1, S. 264 (im folgenden kurz als Vjh.z.K. bezeichnet).

²⁾ Aus der Fülle der Literatur sei hervorgehoben: Lossos, H., Bilanz der deutschen Devisenbewirtschaftung, Jena 1940; Prion, W., Die Praxis der Devisenbewirtschaftung und ihre Ergebnisse, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Jg. IX, 1932, S. 321 ff.; Luckas, H., Theorie der Devisenzwangswirtschaft, Jena 1940; Gross, H., Ausgangspunkte, Formen und Wirkungen der Devisenzwangswirtschaft, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 69, 1932, S. 49 ff.

³⁾ RGBl I, 1931, S. 365/66, 373 und 421.

⁴⁾ RGBl I, 1933, S. 360.

Devisen⁵⁾ für Zahlungen von Zinsen und Tilgungsquoten für langfristige Anleihen, für lebenswichtige Importe und für alle im Importhandel entstehenden Nebenkosten, wozu „generelle Genehmigungen“ (sog. einfache Devisenkontingentierung) der zuständigen Devisenstellen notwendig waren. Derartige Genehmigungen wurden den Importeuren für einen bestimmten Prozentsatz (Devisenhöchstbeträge) ihrer Devisennachfrage während des Basisjahres (1. Juli 1929 bis 30. Juni 1930) für einen bestimmten Zeitabschnitt erteilt. Dabei hing die Höhe der Devisenhöchstbeträge von dem sich selbst überlassenen Devisenanfall aus der Ausfuhr ab. Da die Genehmigungen also nicht an einzelne Waren, sondern an die Importeure anknüpften, konnten im allgemeinen protektionistische Wirkungen vermieden werden⁶⁾. Außerdem stand den Importeuren die Qualität, Zusammensetzung und Herkunft ihrer Importe im Rahmen des Devisenkontingents frei, so daß selbst bei Bedarfsumschichtungen ein erhebliches Maß an Elastizität gewahrt blieb. Durch diese Maßnahmen war zwar zunächst der Rahmen gegeben, innerhalb dessen eine Devisennachfrage auf ausländischen Märkten nur in dem von der Devisenbewirtschaftung bezweckten Ausmaß ausgelöst werden sollte; aber die Währungspolitik bediente sich, wie Meyer sagt⁷⁾, „nur eines Hebels des mechanistischen Ausgleichs der Reduktion des Devisenbedarfs“.

So zeigte sich auch bald, daß die Devisenhöchstbeträge infolge der anhaltenden Exportschrumpfung nicht mehr in ihrer alten Höhe beibehalten werden konnten; sie mußten laufend einer dem Devisenanfall entsprechenden Korrektur unterzogen werden. Daß dabei die Importe nicht in dem gleichen Ausmaß zurückgingen wie die Devisenhöchstbeträge ist darauf zurückzuführen, daß neben den Kassakontingenten die Importfinanzierung auch durch Rembourskredite im Rahmen der Stillhaltung⁸⁾ möglich war.

Der wesentlichste Teil der kurzfristigen Auslandskredite wurde zwar durch die Stillhaltung erfaßt und konnte keine Devisennachfrage mehr ausüben; daneben bestanden aber noch direkte Kredite ausländischer Industrie- und Handelsunternehmungen an deutsche Firmen (etwa 2,5 Mrd. RM), die nicht unter die Stillhaltung fielen. Diese blieben vom Transfer ausgeschlossen. An der inländischen Aufbringung wurde jedoch festgehalten und für diese Gelder Sperrkonten mit je nach der Entstehungsart verschiedenen Sperrmarksorten eingerichtet. Von dieser Sperrung waren nur solche Guthaben betroffen, die bereits vor dem 15. Juli 1931 in Deutschland bestanden. Nach diesem Zeitpunkt hereingeflossene Beträge bildeten — soweit es sich um Beträge ausländischer Währung handelte — freie Reichsmark oder sog. Währungsguthaben⁹⁾.

Eine weitere Aufgabe der Reichsbank bestand in der *Festsetzung* des Reichsmarkkurses, d. h. die Reichsbank hatte die Stabilität der Wechselkurse zu gewährleisten. Wenn auch die amtliche Kursfestsetzung allein nicht ausreichte, eine Abstimmung von Devisenangebot und Devisennachfrage

⁵⁾ Daneben wurde die Genehmigung für Zahlungen von Provisionen und laufenden Zinsen für kurzfristige Verpflichtungen erteilt.

⁶⁾ In einer Beziehung wirkten die „generellen Devisenzuteilungen“ diskriminierend. Dadurch, daß die Devisenhöchstbeträge als Prozentsatz der im Basisjahr wirksamen Devisennachfrage errechnet wurden, konnten den „alten Firmen“ keine Konkurrenz in Form neuer „gleich starker Importeure“ erwachsen, weil deren „Devisendecke“ hierzu nicht ausreichte.

⁷⁾ Meyer, Fr., „Devisenbewirtschaftung als neue Währungsform“, in: W. A., 1939, Bd. 49, S. 465.

⁸⁾ Vgl. S. 7 ff.

⁹⁾ Im Laufe der Entwicklung der Devisenbewirtschaftung wurde die anfänglich gesonderte Behandlung der Sperrmarksorten aufgegeben. Die Neufassung des Devisengesetzes und der Richtlinien von 1938 faßte die bestehenden Sperrmarksorten in die Gruppen: Vorzugs- und Handelssperrmark, Auswanderersperrguthaben und alte Währungsguthaben.

herbeizuführen, gelang es doch — zusammen mit der Devisenerfassung und -verteilung (also dem ganzen System der Devisenbewirtschaftung) — eine Übereinstimmung herzustellen. Dabei konnte die Reichsbank infolge der Zentralisierung des Devisenmarktes die Kursentwicklung im Inland bestimmen und kontrollieren, während sie auf die Kursentwicklung im Ausland zunächst keine Einflußmöglichkeit hatte. Dort waren die Wechselkurse nach wie vor das Ergebnis der auf den Devisenmärkten wirksamen Angebots- und Nachfragekräfte. Eine Kursstabilität der Reichsmark hätte auch nur dann erreicht werden können, wenn es der Reichsbank möglich gewesen wäre, mit ihrem Devisenbestand zu intervenieren. Das war aber auf Grund ihrer spärlichen Devisenreserven unmöglich. Um die Anfangserfolge der Devisenbewirtschaftung nicht in Frage zu stellen, mußte die Reichsbank versuchen, den Kurs der Reichsmark im Ausland gleich hochzuhalten wie im Inland. Deshalb wurde im April 1934 ein unbedingtes Reichsmark-Ausfuhrverbot erlassen und gleichzeitig die Übertragung von Reichsmarkforderungen an Ausländer und Reichsmarkzahlung auf Inlandskonto eines Ausländers untersagt.

Das Reichsmark-Ausfuhrverbot erwies sich aber in der Folge als nicht genügend wirksam. Trotz größter Anstrengungen gelangten erhebliche Mengen an Noten und Scheidemünzen ins Ausland. Infolgedessen sank der Kurs der Reichsmarknoten im Ausland gegenüber der freien Reichsmarkauszahlung¹⁰⁾.

Was die Zeit bis 1932 betrifft, hatte die deutsche Devisenpolitik ihr Ziel, den Devisenbedarf für den Import wie für den Kapitaldienst mit den Einnahmen aus den Exporten und den sonstigen Aktivposten der Zahlungsbilanz in Einklang zu bringen, einigermaßen erreicht. Dies war nur dadurch möglich, daß ein Exportüberschuß¹¹⁾ zur Verfügung stand und der Kapitaldienst durch die inzwischen ausgesprochene Stillhaltung weniger große Devisenbeträge erforderte. Die durch den autonomen Wirtschaftsaufschwung im Jahre 1933 einsetzende Nachfragebelebung löste aber bald eine Tendenz zur Mehreinfuhr aus, die sehr schnell zu Rückwirkungen auf die Devisenlage führte. Die auf 50 Prozent herabgesetzte „Importdecke“ wurde rasch knapp und die Devisenkontingente begannen importdrosselnd zu wirken. Außerdem bewirkte der binnenwirtschaftliche Aufschwung eine rückläufige Tendenz beim Export; denn durch die verbesserte Absatzlage im Inland waren gewisse Erwerbszweige nicht mehr auf den Auslandsabsatz angewiesen. Diese Entwicklung mußte notgedrungen ein Ungleichgewicht in der Außenhandelsbilanz nach sich ziehen. Es zeigte sich, daß eine bloße Kontrolle und Beschränkung der zwischenstaatlichen Zahlungen nicht mehr ausreichte, um den Waren- und Zahlungsverkehr mit dem Ausland in ausreichendem Umfange zu gewährleisten. Während früher die Devisenbewirtschaftung in Gestalt der Devisenkontingentierung durchaus mit der Meistbegünstigung in Einklang gebracht werden konnte¹²⁾, wurde sie durch die Importdrosselung zum *handelspolitischen Werkzeug*¹³⁾.

¹⁰⁾ Neben dieser „mangelnden Disziplin“ wurde die Wirksamkeit des RM-Ausfuhrverbots auch durch das stetig sinkende Devisenaufkommen beeinträchtigt.

¹¹⁾ Der durchschnittliche Exportüberschuß betrug pro Monat 239 Mill. RM (1931), sank aber — nachdem er sich 1932 noch auf durchschnittlich etwa 89 Mill. RM belaufen hatte — auf durchschnittlich etwa 50 Mill. RM im Jahre 1933.

¹²⁾ Eine generelle Senkung der Devisenkontingente traf alle Lieferländer gleich; es entschied somit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auch weiterhin über ihren Anteil am verringerten deutschen Handelsumsatz. Dieser Sachverhalt änderte sich jedoch nach 1934.

¹³⁾ Lossos, H., op. cit. S. 38.

2. Kapitel

STILLHALTUNG ALS ERGÄNZENDE MASSNAHME ZUR DEISENBEBWIRTSCHAFTUNG

1. Die Stillhalteabkommen

Wie im vorigen Kapitel erwähnt, bildete der Abzug der kurzfristigen Auslandskredite den äußeren Anlaß zur Einführung der Deisenbewirtschaftung. Bei einer Gesamtverschuldung an das Ausland von rund 26,8 Mrd. RM waren dabei nicht weniger als 16 Mrd. RM kurzfristig aufgenommen. Da eine Fortsetzung der Rückzahlung sowohl aus binnenwirtschaftlichen Gründen als auch im Hinblick auf die deutsche Deisenlage unmöglich war, versuchten die deutsche Regierung und die Banken die kurzfristigen Schulden zu konsolidieren. Nach langen Verhandlungen wurde am 19. August 1931 in Basel zwischen der Deutschen Reichsbank, der Deutschen Golddiskontbank und einem Bankenkomitee einerseits und den verschiedenen ausländischen Gläubigerbanken andererseits das erste „Stillhalteabkommen“¹⁾ abgeschlossen, durch das von insgesamt 11,96 Mrd. RM noch bestehender, kurzfristiger Auslandverschuldung etwa 6,28 Mrd. RM erfaßt wurden. Diese, im sog. Baseler Abkommen vereinbarte Stillhaltung²⁾ wurde in der Folge von Jahr zu Jahr entsprechend den jeweils herrschenden Richtlinien der Deisenbewirtschaftung neu gefaßt und verlängert.

Das Ausmaß der Stillhaltung richtete sich nach dem größten Umfang, den die sog. Kreditlinien in der Zeit vom 31. 7. bis 8. 10. 1931 jemals erreicht hatten. Die Stillhaltung erstreckte sich also nicht auf die noch geschuldeten Beträge, sondern auf den ursprünglich eingeräumten Kreditbetrag, die Kreditlinie; auch wenn weitere Rückzahlungen vorgenommen wurden, mußte die Kreditlinie für etwaige neue Kreditansprüche offenbleiben³⁾.

Die Entwicklung des Kreditabbaues innerhalb der Stillhalte- bzw. Kreditabkommen, wie sie später bezeichnet wurden, war folgende:

1. Im Wege effektiver Deisenzahlungen wurden in der Zeit vom 30. 7. bis 11. 11. 1931 eine Mrd. RM an Stillhaltecrediten zurückgezahlt. Insgesamt betrugen die Deisenrückzahlungen aber nicht mehr als 2,5 bis 3 Mrd. RM.
2. Da sich wegen der angespannten Deisenlage ein weiterer Abbau der Kredite im Wege effektiver Deisenzahlungen nicht durchführen ließ, wurde dieser durch die Streichung sog. „unausgenutzter Kreditlinien“ vorgenommen. Diese den ausländischen Gläubigern zugestandenen Kürzungsmöglichkeiten betrugen 1932 zehn Prozent, 1933 weitere fünf Prozent und seit 1935 fünfzig Prozent der seit zwei Jahren ungenutz-

¹⁾ Die Grundlage der Stillhaltung bildete der Layton-Bericht, der feststellte, daß man Deutschland ein gewisses Kreditvolumen belassen müsse, wenn nicht eine vollkommene Zahlungsunfähigkeit eintreten solle. Vgl. hierzu: Salin, E., „Deutschland und der Layton-Bericht“, in: WiDi XVI. Jg. 1931, H. 35, S. 1493 ff.

²⁾ Literatur zur Stillhaltung: Jung, W., Die drei Stillhalteabkommen von 1931, 1932, 1933. Vorgeschichte, Inhalt und wirtschaftliche Bedeutung. Diss. Münster 1934; Salin, E., „Stillhalten?“, in: WiDi XVI. Jg., H. 37, 1931, S. 1561 ff; Simon, A. H., diverse Aufsätze zu den Stillhalteabkommen in Bankarchiv 1932 ff.

³⁾ Von der Stillhaltung ausgeschlossen waren: Sämtliche Warenforderungen, Forderungen aus Disentermingeschäften, Ansprüche aus Saisonkrediten, durch Wertpapiere oder Hypotheken gedeckte Forderungen und auf RM lautende Guthaben. Wenn auch in der Folge diese RM-Guthaben gestundet wurden, so mußten doch laufend bestimmte Teile freigegeben werden (25 Prozent mit Abschluß des Abkommens und 15 Prozent am Ende jeden Monats).

ten Linien. Das im Jahre 1939 abgeschlossene Kreditabkommen unterschied bei der Beschränkung der den deutschen Schuldern offengehaltenen Kreditlinien zwei Gruppen: einmal die sog. „aufgegebenen Linien“, das waren seit zwei Jahren ständig ungenutzte Direktkredite an deutsche Handels- und Industrieschuldner; und zum andern die „offenen Linien“, bei denen eine Unterbrechung der Benutzungsmöglichkeiten vorgesehen war.

3. Die größte Bedeutung für den Schuldenabbau hatten die Registermark. Schon 1932 ermöglichte die sog. *Schweizer Klausel*, ausländische Guthaben unter Einhaltung gewisser Schonfristen zurückzufordern. Dies geschah praktisch in der Weise, daß am 29. Februar 1932 noch ausstehende und als spätere Fälligkeiten hinzukommende, ungesicherte Kassavorschüsse in Reichsmark umgewandelt und für bestimmte langfristige Anlagen in Deutschland verwendet werden konnten. Die Schweizer Klausel kann demnach als Ansatz zur Umwandlung der Stillhalteforderungen in gesicherte langfristige Kredite angesehen werden.

Eine der Schweizer Klausel nachgebildete Regelung brachte das „Kreditabkommen von 1933“. Hiernach konnten die fälligen Beträge im Einverständnis der Gläubiger als unverzinsliche sog. Registersperrguthaben (Registermark) auf Sperrkonten eingezahlt und für verschiedene, auf Deutschland beschränkte Anlagen (nach 1935 auch für Reisen) verwendet werden.

Die Schaffung derartiger Sperrkonten mit relativ leichter Übertragbarkeit führte in der Folge tatsächlich zu einer Entspannung zwischen Gläubigern und Schuldern; im Grunde genommen aber auch nur deshalb, weil es den Auslandsgläubigern so möglich war, ihre Guthaben allmählich zu liquidieren.

II. Die öffentliche Stillhaltung

Da in den beiden Stillhalteabkommen von 1931 und 1932 nur die kurzfristigen Schulden der Banken und Handels- und Industrieunternehmungen erfaßt worden waren, wurde die Stillhaltung für die kurzfristigen Auslandsschulden der deutschen Länder, Städte und Gemeinden in Höhe von 355 Mill. RM im April 1932 durch ein besonderes Abkommen („Kreditabkommen für deutsche öffentliche Schuldner von 1932“) geregelt.

Nach dieser Vereinbarung sollten innerhalb eines Jahres zehn Prozent der gesamten Schuldsomme zurückbezahlt werden. Gleichzeitig mußten sich die Schuldner verpflichten, auch ihren Inlandsgläubigern keine zehn Prozent der Gesamtschuldsomme übersteigenden Rückzahlungen zu leisten. Entsprechend der bei den übrigen Stillhalteabkommen angewandten Handhabung wurde auch dieses Abkommen periodisch verlängert und den Devisenbestimmungen angepaßt. So war es den Gläubigern seit dem Kreditabkommen von 1935 möglich, jährlich bis zu 25 Prozent der Schuldsomme in Vierteljahresraten zu kündigen und in Registermark umzuwandeln. Auch stand ihnen das Recht zu, sich an der für die Gemeinden vorgesehenen Umschuldung zu beteiligen⁴⁾.

Ein anderes Abkommen betraf die Verlängerung des „Überbrückungskredites“ vom 30. November 1930, der Ende November 1932 in Höhe von

⁴⁾ Durch das Gemeindeumschuldungsgesetz vom 21. 9. 1933 wurde den Gemeinden und auch den Ländern die Möglichkeit eingeräumt, bestimmte, kurzfristige, seinerzeit auf rund 2 Mrd. RM geschätzte Inlandsschulden in langfristige Verbindlichkeiten umzuwandeln.

525 Mill. RM fällig gewesen wäre. Nach dieser Vereinbarung war Mitte Juli 1933 eine einmalige Tilgungsrate von 15,5 Mill. Dollar zu leisten und ab August des gleichen Jahres der Restkreditteil mit monatlich rund drei Millionen Dollar zurückzuzahlen.

III. Die Schuldentilgung

Noch im Jahre 1932 konnte infolge des deutschen Exportüberschusses die Bedienung des Kapitaldienstes einigermaßen aufrechterhalten werden. Da in der Folge die Außenhandelsituation sich jedoch stetig verschlechterte und das Devisenaufkommen immer kleiner wurde, griff Deutschland im Sommer 1933 auch in den Zinsen- und Tilgungsdienst ein. Durch das „Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland“ vom 9. 6. 1933⁵⁾ wurde ein Transfermoratorium ausgesprochen, das die fälligen Tilgungsbeträge und die Hälfte der fälligen Zinsen umfaßte. Die Zinsen und Tilgungsbeträge der Dawes- und Young-Anleihe wurden jedoch hundertprozentig transferiert. Generell wurde an der Inlandsaufbringung der gesamten geschuldeten Beträge festgehalten; doch wurden die deutschen Schuldner verpflichtet, die fälligen Zinsen- und Tilgungsbeträge mit befreiender Wirkung an die neuerrichtete Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden zu leisten. Während 50 Prozent der bis Ende 1933 fälligen Zinsbeträge in bar transferiert werden konnten, erhielt der Gläubiger für den nichttransferierten Teil seines Guthabens sog. „Scrips“⁶⁾, die er der Golddiskontbank verkaufen konnte. Diese kaufte die Scrips zu 50 Prozent ihres Nominalwertes an. Faktisch konnten also 75 Prozent der Zinsen transferiert werden⁷⁾. Für das erste Halbjahr 1934 wurde diese Regelung beibehalten; der sog. Bartransfer wurde zwar eingeschränkt, dafür der Ankaufskurs für Scrips zum Ausgleich erhöht.

Nachdem die durch den Schuldendienst und vor allem durch die Wirtschaftsbelebung bereits außerordentlich verminderten Gold- und Devisenbestände Ende Juni 1934 bis auf etwa 77 Mill. RM zusammengeschmolzen waren, wurde am 1. Juli 1934 ein völliges Transfermoratorium (Total Sperre) erklärt. Nach diesem Zeitpunkt bestand für die Gläubiger nur noch die Möglichkeit, ihre Forderungen in sog. dreiprozentige *Fundierungsschuldverschreibungen* der Konversionskasse umzuwandeln, von denen jährlich drei Prozent des jeweiligen Umlaufs durch Rückkauf oder Auslosung getilgt und die zehn Jahre nach Ausgabe fällig wurden. Dafür waren diese Bonds transferfähig. Faktisch wurden also die Zinsen zum Kapital geschlagen und nur die Zinseszinsen transferiert.

⁵⁾ RGBl. I, 1933, S. 349.

⁶⁾ Scrips waren auf Reichsmark lautende, unverzinsliche Schuldscheine der Konversionskasse. Für diese Schuldscheine bildete sich im Ausland ein Markt, auf dem diese mit einem Disagio gehandelt wurden.

⁷⁾ Die sich ergebende Differenz von 25 Prozent wurde dazu benutzt, um sog. zusätzliche Ausfuhrgeschäfte zu ermöglichen, die wiederum die Devisen bringen sollten, aus denen der Transfer dieses Teils der Zinsen bestritten werden sollte (vgl. S. 63 ff.).

Deutschlands Auslandsverschuldung (in Milliarden RM)

Zeitpunkt	insgesamt	langfristig	kurzfristig	davon Stillhalte-kredite	jährlicher Zins-transfer rd.
Mitte 1930	26,8	10,8	16,0		
Dezember 1930	25,8	10,8	15,0		
Juli 1931	23,8	10,7	13,1	6,3	
November 1931	21,3	10,7	10,6	5,4	1,5
Februar 1932	20,6	10,5	10,1	5,0	
September 1932	19,5	10,2	9,3	4,3	1,1
Februar 1933	19,0	10,3	8,7	4,1	
September 1933	14,8	7,4	7,4	3,0	0,85
Februar 1934	13,9	7,2	6,7	2,6	
Februar 1935	13,1	6,4	6,7	2,1	
Februar 1936	12,4	6,1	6,3	1,7	0,25
Februar 1937	10,8	5,4	5,4	1,2	0,25
Februar 1938	9,9	5,0	4,9	0,9	0,25
Februar 1939	9,5 a) b)	4,6	4,9	0,7	

(Quelle: Eicke, R., Warum Außenhandel?, 5. Aufl. 1939, S. 76.)

a) Ausgenommen sind die Vermögensanlagen von Ausländern in Deutschland in Form von Haus- und Grundbesitz, Beteiligungen usw. mit rund 3 Mrd. RM.

b) Ohne die Auslandsschulden Österreichs, die insgesamt etwa eine Milliarde RM betragen.

Daß es trotz dieser Entwicklung zu einer Entschuldung größeren Ausmaßes kam, ist mannigfachen Gründen zuzuschreiben. So wurden etwa zehn Mrd. RM durch die aktive Handels- und Dienstleistungsbilanz und den Verkauf deutscher Vermögenswerte im Ausland finanziert⁸⁾. Außerdem dürfte die Auslandsverschuldung durch die Währungsabwertungen der verschiedenen Gläubigerländer beträchtlich reduziert worden sein⁹⁾. Die dann noch bestehende Lücke (etwa 500 bis 700 Mill. RM) dürfte durch Beträge, die aus dem Wiedererwerb subsidärer Geldsorten (Sperrmarksorten) und den Rückkauf von deutschen Bonds im Ausland herrührten, geschlossen worden sein¹⁰⁾.

Das Stillhalteabkommen von 1931 fand im November 1939 eine teilweise Ablösung durch ein neues — mit den belgischen, holländischen und schweizerischen Gläubigern abgesprochenes — Kreditabkommen über 220 Mill. RM. Im gleichen Monat kam auch mit den amerikanischen Gläubigern eine Einigung zustande.

Einschließlich der amerikanischen Kredite (120 Mill. RM) fielen unter diese Abkommen mit den erwähnten Ländern 340 Mill. RM, während 360 Mill. RM, namentlich den englischen Banken, weiter geschuldet wurden¹¹⁾.

Eine endgültige Bereinigung der deutschen Stillhalteverpflichtungen kam infolge der Ausweitung des Krieges nicht zustande.

⁸⁾ Hillmann, H. C., "Germany's Foreign Trade and the War", in: *Economica*, vol. VII (NS), Nr. 25, S. 70.

⁹⁾ *Ibid.*, S. 70, Hillmann schätzt diesen Betrag auf etwa 6 Mrd. RM.

¹⁰⁾ In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß der „Stillhalterest“ Großbritanniens, der Ende Februar 1939 437 Mill. RM betrug (wovon 406 Mill. RM auf „beanspruchte“ Linien und 32 Mill. auf „offene“ Linien entfielen), im wesentlichen den schon vor dem ersten Weltkrieg von deutschen Firmen für Rembours in Anspruch genommenen Kreditblock bildete, der in die Stillhaltung einbezogen wurde. Diese Rembourskredite sollten im Jahre 1938 aus den Stillhaltelinien ausgesondert und auf dem Wege der Rekommerzialisierung durch echte Rembourswechsel ersetzt werden.

¹¹⁾ 10. Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 1939/40, S. 103.

3. Kapitel

DAS ENDE DER REPARATIONEN

Seit Ende 1928 drängten verschiedene Umstände dazu, mit der endgültigen Regelung der Reparationen¹⁾ nicht mehr lange zu warten. Vor allem die Reparationsgläubiger legten auf die Mobilisierung und Kommerzialisierung größten Wert; glaubten sie doch, die Reparationsfrage dadurch zu entpolitisieren und zu einer kommerziellen Angelegenheit machen zu können. Die Suche nach einer endgültigen Regelung war auch deshalb geboten, weil das *Dawes*-Abkommen von vornherein als eine Zwischenlösung angesehen wurde. Das im August 1929 und Januar 1930 den Regierungskonferenzen vorgelegte Sachverständigengutachten sollte diese endgültige Reparationsregelung sein. Das Gutachten, das nach dem Vorsitzenden der Sachverständigenkommission *Young* seitdem als *Young-Plan* bezeichnet wird, wurde zusammen mit verschiedenen politischen Maßnahmen in einer Reihe von Abkommen und Protokollen von den Regierungen angenommen. Der *Young-Plan* setzte zwar gegenüber dem *Dawes-Plan* die Höhe der Reparationsleistungen herab, bestimmte aber ihre Dauer auf Jahrzehnte hinaus. So sollte Deutschland 37 Jahre lang eine durchschnittliche Jahreszahlung von 2,05 Mrd. RM leisten und darüber hinaus noch 22 Jahre lang Summen in Höhe der jeweils fälligen Kriegsschuldenzahlungen der Alliierten an die Vereinigten Staaten (von 1,6 bis zuletzt 0,9 Mrd. RM). Die Gesamtzahlungen hätten sich somit auf 116,99 Mrd. RM belaufen²⁾. Damit zeigte der *Young-Plan* — gleich „Regelungen“ früherer Art —, daß auch er einer wirtschaftlichen Fundierung der deutschen Tributleistungsfähigkeit entbehrte und bewies erneut, daß die *Höhe* der Reparationsschuld kein wirtschaftliches, sondern ein politisches Problem war.

I. Das Hoover-Moratorium

Schon Mitte des Jahres 1930 wurde die Aufbringung der *Young*-Annuitäten durch Deutschland infolge der Weltwirtschaftskrise ernstlich in Frage gestellt. Hinzu trat, daß der Strom der Auslandskredite allmählich zu versiegen begann und Deutschland seine Reparationen zum erstenmal aus eigener Kraft bezahlen mußte. Die Belastung durch den *Young-Plan* erwies sich in der Folge als untragbar, zumal die sich zunehmend verschlechternde internationale und vor allem deutsche Wirtschaftslage den Bestand der deutschen Volkswirtschaft gefährdete. Durch den Vorschlag des Präsidenten *Hoover* vom 20. Juni 1931, der die Stundung aller aus dem Kriege entstandenen politischen Schulden für die Zeit vom Juli 1931 bis Juni 1932 vorsah, wurde das Ende des Reparationssystems noch einmal hinausgeschoben. Das Ergebnis dieses Vorschlages bildete die Vereinbarung vom 6. Juli 1931, wonach die aufschiebbare Annuität gestundet und die unaufschiebbare, für die Frankreich die formelle Stundung nicht zugestehen wollte, nominell zwar an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gezahlt, von ihr aber gleichzeitig der Deutschen Reichsbahn als Darlehen wieder zur Verfügung gestellt werden sollte.

¹⁾ Aus der Fülle der über das Reparationsproblem bestehenden Literatur seien genannt: Bergmann: Der Weg der Reparationen von Versailles über den *Dawes-Plan* zum Ziel, Frankfurt 1926; Brentano: Was Deutschland gezahlt hat, Berlin und Leipzig 1923; Das Reparationsproblem. Verhandlungen und Gutachten der Konferenzen der Pymont und Berlin, Berlin 1929 (Veröffentlichung der Friedrich-List-Gesellschaft); Keynes: The Economic Consequences of the Peace, 1919; Salin, E.: Die deutschen Tribute, Berlin 1930.

²⁾ Salin, E., Die deutschen Tribute, op. cit. S. 243.

Die fortschreitende Verschärfung der deutschen Wirtschaftslage ließ die deutsche Regierung auf eine Schutzbestimmung des Young-Planes zurückgreifen, wonach der Zusammentritt des Beratenden Sonderausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich verlangt werden konnte, wenn „die Währung und Wirtschaftslage Deutschlands den teilweisen oder vollständigen Transfer des unter Transferschutzes stehenden Teils der Annuität ernstlich in Gefahr gebracht“ hat.

Der daraufhin von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich eingesetzte Ausschuß erklärte in seinem Bericht³⁾, daß Deutschland im Sinne des Young-Abkommens berechtigt sei, die Zahlung der „aufschiebbaren“ Annuität im nächsten Jahre für unmöglich zu erklären⁴⁾.

II. Das Lausanner Abkommen

Als Folge dieses erwähnten Berichtes und besonders der sich noch weiter zuspitzenden politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands, wurde eine Konferenz nach Lausanne einberufen. Durch englische Vermittlung kam es dabei zwischen dem deutschen Standpunkt, der die vollständige Streichung der Reparationszahlungen vertrat, und der französischen Auffassung, nach der Deutschland noch eine Schluß- und Abschlagszahlung leisten sollte, zu einem Kompromiß. Nach dem am 9. Juli 1932 getroffenen Abkommen wurde die deutsche Reparationsschuld auf drei Milliarden RM herabgesetzt, die der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich von der deutschen Regierung in Form fünfprozentiger tilgbarer Schuldverschreibungen übergeben werden sollten; ihre Laufzeit wurde auf 37 Jahre festgesetzt. Mit Ausnahme des Dienstes der Dawes- und Young-Anleihe von 1930 und den Sonderabkommen mit den Vereinigten Staaten und Belgien wurden alle weitergehenden Verpflichtungen für Deutschland aufgehoben.

Damit war aber das Problem der interalliierten Schulden nicht gelöst, das doch einer der Gründe für die maßlosen Forderungen der Gläubiger war. Der letzte Versuch, die Reparationen und interalliierten Schulden miteinander zu verknüpfen, wurde mit einem Separatabkommen (Gentlemen Agreement) der Reparationsgläubiger in Lausanne unternommen. Darin wurde bestimmt, daß die Gläubigerregierungen die Ratifizierung des Abkommens mit Deutschland solange nicht vornehmen, bis es zu einer befriedigenden Lösung zwischen ihnen und ihren eigenen Gläubigern gekommen ist.

Zu einer Emission der im Lausanner Abkommen beschlossenen Schuldverschreibungen kam es nicht mehr. Das Reparationsproblem wurde durch die folgenden politischen Ereignisse überschattet und später ohne Verhandlungen durch eine einseitige Erklärung der deutschen Regierung liquidiert. Diese einseitige Streichung, wie auch zuvor schon die Regelung im Lausanner Abkommen, wurde weniger durch eine Änderung der Ansichten über eine mögliche Tributleistungsfähigkeit, als vielmehr durch eine Änderung der politischen Lage bewirkt.

³⁾ Salin, E., „Deutschland und der Layton-Bericht“, in WiDi XVI. Jg., 1931, H. 35, S. 1493 ff.

⁴⁾ Vgl. hierzu: Salin, E., „Das Gutachten von Basel“, in: WiDi, XVI. Jg., 1931, H. 52, S. 2069 f.

ZWEITER TEIL

DER WANDEL DER HANDELSPOLITISCHEN MITTEL UNTER DEM EINFLUSS DER DEISENBEBWIRTSCHAFTUNG

1. Kapitel

STAATLICHE AUSSENHANDELSLENKUNG ALS ERSATZ FÜR DEN AUTOMATISCHEN ZAHLUNGSBILANZAUSGLEICH

I. Allgemeine Bemerkungen

Die im Jahre 1933 eingeleitete aktive Konjunkturpolitik baute auf dem Gedanken auf, durch direkte staatliche Arbeitsbeschaffung die Arbeitslosigkeit zu überwinden und anschließend die Vollbeschäftigung der Wirtschaft zu erreichen. Das sich somit stellende Problem der Finanzierung der staatlichen Investitionen glaubte man dadurch zu lösen, daß der Staat seine Ausgaben vermehrt. Das war jedoch nur durch Einsetzen seines Kredits möglich, denn eine Finanzierung über Anleihen und Steuern hätte für die auf Depressionsniveau verharrenden Wirtschaft eine kaum tragbare Belastung bedeutet. Die Anerkennung der Kreditexpansion als einziges Mittel der einzuschlagenden Wirtschaftspolitik hatte zur Folge, daß die Währungspolitik innerhalb dieser Wirtschaftspolitik eine neue Einstufung erfuhr. Sie hatte nun neben ihrer bisherigen Funktion, den Zahlungsbilanzausgleich zu bewirken, die Aufgabe, die Wirtschaft mit einer „angemessenen“ Geldmenge auszustatten, wobei diese „angemessene Geldmenge“ außer der Überwindung der Depression auch die Erreichung und Stabilisierung der Vollbeschäftigung gewährleisten mußte. M. a. W.: Die Währungspolitik hatte die Aufgabe, den Zahlungsbilanzausgleich zu garantieren, ohne dabei die autonome Wirtschaftsbelebung in ihrer Entwicklung zu gefährden. Nach Erreichung der Vollbeschäftigung sollte sie dann die Stabilisierung der Konjunktur im Bereich der Außenwährung sichern. Durch diese Zielsetzung wurde die Währungspolitik zur Konjunkturpolitik¹⁾. Ihr bedeutendstes Instrument bildete die Devisenzwangswirtschaft.

Die den Importfirmen in den Jahren 1931/33 von den Devisenstellen eingeräumten, allgemeinen Importgenehmigungen konnten nur kurze Zeit aufrechterhalten werden, da die hierfür zur Verfügung stehenden Devisenvorräte bald erschöpft waren und der laufende Devisenanfall nicht zur Befriedigung der Anforderungen ausreichte. Außerdem brachten die zusätzlichen Importmöglichkeiten, welche durch die Errichtung von Reichsmarksonderkonten nach der sog. Schwedenklausel²⁾ geschaffen wurden, nur eine vorübergehende Erleichterung. Die vereinbarten Höchstbeträge waren bald erreicht, weil durch die Arbeitsbeschaffungsaktion eine lebhafte Nachfrage einsetzte, die eine starke Tendenz zur Mehreinfuhr auslöste. Es zeigte sich, daß Devisenkontingentierung und -repartierung nicht mehr genügten, Devisenzuteilung und Importvolumen aufeinander abzustimmen und die infolge auftretender Passivierungstendenzen erforderlich gewordene Beschränkung des Imports zu gewährleisten. Die im Innern betriebene Kreditexpansion war also schon Mitte 1934 an ihre „devisenpolitische Grenze“

¹⁾ Frei, R., Die theoretischen Grundlagen der deutschen Währungspolitik unter dem Nationalsozialismus, Bern 1947, S. 17.

²⁾ Vgl. S. 27 f.

gestoßen und hatte dadurch den äußeren Anlaß zu direkten Eingriffen in die Güterströme gegeben³⁾). Denn wollte die Wirtschaftspolitik die Kreditexpansion nicht einstellen und auf das Ziel Vollbeschäftigung nicht verzichten, mußte sie versuchen, diese Grenze hinauszuschieben, und das war nur mit unmittelbarer Lenkung des Außenhandels möglich.

Am 22. März 1934 wurde das „Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten“⁴⁾ erlassen, das den eigentlichen Beginn der zunächst noch partiellen Einfuhrüberwachung darstellt. Dieses Gesetz ermächtigte den Wirtschaftsminister, Beschaffung, Verteilung, Lagerung, Absatz und Verbrauch von Rohstoffen und Halbfabrikaten zu regeln und zu diesem Zweck Überwachungsstellen einzurichten. Bis zum 17. August 1934 wurden elf Überwachungsstellen ins Leben gerufen, die die Eigenschaft von juristischen Personen erhielten. Damit war ein wichtiger Schritt zur planwirtschaftlichen Regulierung des Außenhandels getan.

II. Der „Neue Plan“ und seine Bedeutung für den Außenhandel

Als „Neuer Plan“⁵⁾ bezeichnete man eine Reihe von Verordnungen und Erlassen, die im Laufe des September 1934 erfolgten. Durch sie wurde das bestehende System der partiellen Einfuhrüberwachung erweitert und zu einer allgemeinen Importkontrolle ausgebaut. Der Grundgedanke dieses Planes war die Vornahme einer Abstufung des Imports nach volkswirtschaftlicher Dringlichkeit und Entbehrlichkeit. Das organisatorische Mittel, um diesen Gedanken zu verwirklichen, bildete die Umgestaltung des Genehmigungsverfahrens für die Wareneinfuhr, wobei Einzelgenehmigungen für jedes Einfuhrgeschäft die „allgemeinen Devisengenehmigungen“ der Jahre 1931/34 ersetzten. Während bisher die Kürzung der Devisenzuteilung alle Importeure gleich getroffen und keine besondere Bewertung stattgefunden hatte, war mit der speziellen Lenkung des gesamten Warenverkehrs der Punkt erreicht, an dem die staatliche Zuteilung von Devisen einerseits und der importierten Güter im Inland andererseits auch zu Bevorzugung oder Benachteiligung der Bewerber führen mußten. Denn nun trat zur Kontingentierung der für den Import notwendigen Devisen noch die Kontingentierung der Einfuhrmengen. Die Restriktion der Einfuhr erfolgte, wie dies *Lukas*⁶⁾ bezeichnet, mit einer kombinierten Devisen- und Mengenkontingentierung.

Was den gesamten Außenhandel betrifft, so wurde zu dessen Richtschnur weder die Erzielung eines möglichst großen Exports noch die Ausnutzung jeder unter Kostengesichtspunkten gegebenen Import- und Exportchancen, sondern die Deckung des Importbedarfs als notwendige Ergänzung der heimischen Erzeugung⁷⁾. Der Importbedarf war demnach eine Residualgröße, die einmal vom Grad der Selbstversorgung und zum andern von der jeweiligen Höhe des volkswirtschaftlichen Gesamtbedarfs abhing. Da letztlich der Devisenanfall aus Exporten die Größe des Importvolumens be-

³⁾ Die ersten direkten Eingriffe erfolgten schon im März 1933 durch die sog. Reichsstellen, die — aufgebaut auf den Erfahrungen der Reichsmaistelle von 1930 — die Lenkung des Binnen- und Außenhandels mit Agrarprodukten vornahmen.

⁴⁾ Vgl. RGBl. I, 1934, S. 212.

⁵⁾ Benning, B., „Der Neue Plan und die Neuordnung des deutschen Außenhandels“, in: Jb. f. Nat. u. St., Bd. 142, 1935, S. 35 ff.; Weidemann, H., Die Gestaltung der deutschen Außenwirtschaft unter dem Neuen Plan. Diss. Frankfurt 1939; Flad, W., „Die Grundgedanken des Neuen Planes“, in: Bankarchiv 1934, S. 123 ff.

⁶⁾ Lukas, H., Theorie der Devisenzwangswirtschaft. Jena 1940, S. 69 f.

⁷⁾ Vjh. z. Wirtschaftsforschung, 1938/39, S. 305 f.

stimmte, wurde auch der Export in den Lenkungsbereich einbezogen. Die Kontrolle des Außenhandels mußte daher — wie Lossos bemerkt⁸⁾ — „unmittelbar an die Ein- und Ausfuhrsphäre vorverlegt werden, um deren Umfang und Richtung zu überwachen“; dies war nur mit totaler Außenhandelskontrolle möglich.

Die durch den „Neuen Plan“ Schachts ergriffenen Planungsmethoden bauten also nicht mehr auf dem Preismechanismus auf, sondern auf der direkten Kontrolle von Importen und Exporten. Das bedeutete, daß an die Stelle einer Orientierung an den Preisen die zentrale Bewertung trat und eine Trennung von Zuteilungs- und Entlohnungsfunktion der Preise vollzogen wurde. M. a. W.: An die Stelle einer Auslese der Importgüter nach preislichen Grundsätzen trat die Rationierung. Da also die gesamten Güterströme, die in irgendeiner Form den zwischenstaatlichen Verkehr berührten, zentral nach zentralen Bewertungsgrundlagen gelenkt wurden, mußten sich die Anweisungen der staatlichen Stellen bis in die Binnenwirtschaft erstrecken, damit durch die zentrale Zuteilung der importierten Güter die Marktsituation hergestellt werden konnte, die den jeweiligen Planungserfordernissen entsprach. Daß bei der Gestaltung der Nachfrage nach Gütern, die nun im wesentlichen durch staatliche Billigung zustande kam, die relativen Preis- und Einkommenselastizitäten der Nachfrage weitgehend an Bedeutung verloren, war eine weitere Folge. Rentabilitätsabwägungen traten nach und nach in den Hintergrund und gaben plan- und später wehrwirtschaftlichen Überlegungen Raum, zumal nach 1937 die deutsche Wirtschaftspolitik nicht mehr an der Regulierung der Außenhandelsumsätze, sondern an der politischen Sicherheit und Kontinuität des Angebots interessiert war.

Ein weiterer Punkt des Neuen Plans war die Losung „Kaufe nur beim Kunden“, durch die sich der Übergang zum *Bilateralismus* — der an sich schon in der Entwicklung der Schuldenfrage vorgezeichnet war — endgültig vollzog.

Was die Organisationsform des deutschen Außenhandels betrifft, so wurde dieser u. E. durch den „Neuen Plan“ zum Außenhandelsmonopol, denn es bleibt, wie Bresch⁹⁾ sagt, tatsächlich nur „eine Frage des Ermessens, ... ob man einem auf der Einfuhrseite straff organisierten und kontrollierten und auf der Ausfuhrseite in der Preisgestaltung und Kalkulation weitgehend überwachtem Außenhandel den Namen des Monopols verweigern will, nur weil die Privatwirtschaft selbst in die Organisation eingeschaltet ist.“

Hat der „Neue Plan“ programmgemäß funktioniert? Wenn man die Wirksamkeit des „Neuen Planes“ ausschließlich von den handelspolitischen Daten her beurteilt, dann war er — unter Berücksichtigung der allgemeinen Besserung der konjunkturellen Lage des Auslandes — ohne Zweifel ein Erfolg. Die Handelsbilanz (nicht die Zahlungsbilanz!) wurde nach dem Einfuhrüberschuß im Jahre 1934 wieder aktiv. Der scharfe Rückgang der Ausfuhr nach den europäischen Ländern wurde gebremst, die Ausfuhr nach Übersee sogar gesteigert. Die Einfuhr besonders wichtiger Rohstoffe, wie Kautschuk, Holz, Erze, Mineralien konnte mengenmäßig gesteigert oder zumindest gehalten oder, wie z. B. bei Wolle, Baumwolle und Kupfer, durch Verlagerung der Einfuhr aus anderen Ländern sichergestellt werden.

⁸⁾ Lossos, H., op. cit. S. 45.

⁹⁾ Bresch, J., „Kontrolle und Freiheit im Außenhandel“, in: WiDi XX. Jg. 1935, S. 1487 ff.

Andererseits liegen die Dinge so, daß die Entwicklung des Außenhandels keineswegs mit dem binnenwirtschaftlichen Konjunkturanstieg Schritt gehalten und Deutschland sich zunehmend vom Weltmarkt isoliert hat. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß der Neue Plan ab Mitte 1937 „gemäß den Forderungen *Hitlers* der Aufrüstung untergeordnet werden mußte“¹⁰⁾. Aus dem gleichen Grund unterblieb auch die im Jahre 1936 von dem damaligen Reichswirtschaftsminister *Schacht* ins Auge gefaßte Währungsabwertung¹¹⁾. Man wollte nicht „wehrpolitische Ziele zugunsten einer freischwingenderen Außenhandelsgestaltung opfern“, weil die Annahme der Abwertung alle Anstrengungen binnen- und außenwirtschaftlicher Natur hätten hinfällig werden lassen.

Der „Neue Plan“ als Ausdruck einer wirtschaftlichen Zielsetzung blieb demnach ein zweijähriges Zwischenspiel (bis etwa Mitte 1937). Zu diesem Zeitpunkt war die Vollbeschäftigung erreicht. Es folgte die Periode einer überbeschäftigten, auf Kriegsvorbereitungen eingestellten Wirtschaft, der sich der Außenhandel vollkommen unterordnen mußte.

III. Der Aufbau, die Organisation und die Organe der staatlichen Außenhandelslenkung

a) Die Überwachungsstellen der gewerblichen Wirtschaft

Die gesetzliche Grundlage für die Überwachung und Regelung der gesamten Güterströme bildete die „Verordnung über den Warenverkehr“ vom 4. September 1934. Danach wurden die bereits bestehenden Überwachungsstellen¹²⁾ der Neuregelung angepaßt und je nach Bedarf weitere Kontrollstellen dieser Art errichtet, die sich bald zu einem Netz, das nahezu alle Waren umfaßte, verdichteten. Die Überwachungsstellen erhielten eigene Rechtspersönlichkeit, waren auch vermögensrechtlich selbständig und nicht Teile des Reichsfiskus. Sie stellten einen eigenen Haushalt auf und deckten ihre Ausgaben durch Erhebung von Gebühren. Sie gliederten sich nach Warenarten, wobei jede Überwachungsstelle für die Einfuhr bestimmter Warengruppen, und zwar für das ganze Reichsgebiet, zuständig war. Ihre

¹⁰⁾ Vgl. hierzu die Ausführungen von K. Blessing, ehemal. Mitglied des Reichsbankdirektoriums, zitiert bei Grotkopp, S. 295 f.

¹¹⁾ Schacht führt in seinem 1949 erschienen Buch („Mehr Geld, mehr Kapital, mehr Arbeit“, S. 41/42) die Gründe an, die ihn 1931 bewogen haben, von einer Währungsabwertung abzusehen. Es sind dies der Hinweis auf die hohe Auslandsverschuldung, die in der Hauptsache auf ausländische Valuta lautete; die Verteuerung eines großen Teils der aus importierten Rohstoffen hergestellten Exportgüter und als psychologischen Grund die tiefe Furcht vor einer nochmaligen Inflation. — Wir möchten an dieser Stelle nicht näher auf die Frage eingehen, ob Deutschland 1931 besser daran getan hätte, wenn es sich an Stelle der Einführung der Devisenbewirtschaftung dem englischen Beispiel auf Abwertung der Währung angeschlossen hätte. Soviel sei hier aber gesagt: Es erscheint uns mehr als zweifelhaft, ob eine klare Abwertung des Zahlungsbilanzgleichgewichts hätte wiederherstellen können. Wir möchten uns der Auffassung *Mandelbaums* anschließen, wenn dieser feststellt, daß die Elastizität der Inlandsnachfrage nach Importen, sowie der ausländischen Nachfrage „sicher nicht groß genug war, um einen Ausgleich ohne wesentliche Verschlechterung der realen Austauschbeziehungen zuzulassen“ und daß damit das zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung notwendige Importvolumen unmöglich hätte gehalten werden können. Die Exporterlöse würden selbst bei einer genügend klaren Abwertung hierzu nicht ausgereicht haben. Da aber die Linie der deutschen Binnenwirtschaftspolitik in Richtung auf Vollbeschäftigung gerichtet war, konnte eine Abwertung nicht akzeptiert werden. (Mandelbaum, K., „Ein Vollbeschäftigungsexperiment — Kontrollen in der deutschen Wirtschaft 1933—1938“, in: Vollbeschäftigung — 6 Studien zur Theorie der Wirtschaftspolitik. [Deutsch von Ch. Reiner], Bern 1946, S. 289.)

¹²⁾ Miksch, L., „Praxis und Wirkung der Einfuhrüberwachung“ in: Wirtschaftskurve 1937, H. 1, (Miksch, L.); Miksch, L., „Die Wirtschaftskontrolle der Überwachungsstellen“ in: Wirtschaftskurve 1937, H. 2 (Miksch II); Borthel, J., Tätigkeit und Wirkung der Überwachungsstellen. Berlin 1939.

Weisungen erhielten die Überwachungsstellen unmittelbar von der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung. Die Bedeutung der Überwachungsstellen in der deutschen Wirtschaft gibt Lohmann¹³⁾ treffend wieder: „Überblickt man die auf dieser Grundlage und gemäß der Rahmenvorgabe seitens der Ministerien zustandekommenden Anordnungen der Überwachungsstellen für Rohstoffeinfuhr und Rohstoffbewirtschaftung im Binnenmarkt in ihrer Wirkung auf die einzelne der Überwachungsstelle unterstehende Unternehmung in Handel und Industrie, so bleibt grundsätzlich kaum eine Entscheidung des Unternehmers übrig, die nicht auf dem Gebiete irgendeiner Überwachungsstelle schon einmal durch behördliche Vorschriften abgelöst worden ist.“

Durch die restlose Erfassung der einzelnen Waren des statistischen Warenverzeichnisses war also eine genaue Durchführung der Importüberwachung der innerdeutschen Rohstoffbewirtschaftung und eine Abstimmung dieser beiden Bereiche möglich geworden.

Die Aufgaben der Überwachungsstellen beschränkten sich nicht allein auf die Erteilung von Devisengenehmigungen für die Ausfuhr¹⁴⁾. Sie mußten weiter den durch den Abschluß von Verrechnungs- und Zahlungsabkommen festgelegten Umfang des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs gewährleisten. Dabei waren sie an die vom Reichswirtschaftsministerium zugewiesenen „Zahlungswertgrenzen“ (Devisenkontingente) gebunden. Diese Wertkontingente wurden periodisch im Rahmen von Handelsvertragsverhandlungen für die einzelnen Positionen des Zolltarifs festgelegt und bestimmten die Höhe des wertmäßigen Importvolumens.

Die wesentlichste Wirkungsform der Überwachungsstellen bestand in der Einflußnahme auf die Zusammensetzung des Einfuhrmaterials und der Prüfung der Importpreise. So konnten sie Anträge auf Erteilung von Devisenbescheinigungen für Importe ablehnen, deren „Qualität nicht den Erfordernissen der inneren Preispolitik oder des inländischen Investitionsbedarfs“ entsprach¹⁵⁾. Derartige Importrestriktionen waren möglich, weil die für einen Import erforderliche Einzelgenehmigung lediglich „zur Einfuhr einer bestimmten Ware zu einem bestimmten Preis aus einem bestimmten Land auf einen bestimmten Zahlungsweg berechnete“¹⁶⁾. Die Überwachungsstellen bestimmten also neben der wertmäßigen Größenordnung des Imports auch seine warenmäßige Zusammensetzung und länderspezifische Ausweitung.

Nach den am 22. September 1934 und 15. Juli 1935 erlassenen „Verordnungen über die Preisbildung für ausländische Waren“¹⁷⁾, konnten die Überwachungsstellen von jedem Importeur eine Liste der Importgüterpreise und eine Aufstellung über die heimischen Käufer ausländischer Produkte verlangen, bevor sie eine Devisenbescheinigung ausstellten. Sie hatten also die Möglichkeit, die Kaufs- und Verkaufspreise der Importeure zu prüfen und diese auf die „billigsten Märkte“ abzudrängen, wobei der „billigste

¹³⁾ Lohmann, M., Wandlungen in den Betriebs- und Finanzierungsformen des deutschen Außenhandels. Jena 1938, S. 11.

¹⁴⁾ Die Devisenstellen der Periode 1931—1934 blieben zwar weiterhin bestehen und ergänzten die Arbeit der Überwachungsstellen. Bei ihnen verblieben noch die Nebenkosten des Imports und die — devisenrechtlich zum Kapitalverkehr zählenden — Schadenersatzforderungen. — Aber schon 1935 ging ein Teil ihrer Aufgaben auf die Überwachungsstellen über.

¹⁵⁾ Barthel, H., op. cit. S. 32 ff.

¹⁶⁾ Lossos, H., op. cit. S. 145.

¹⁷⁾ RGBl. I, 1934, S. 816 und RGBl. I, 1935, S. 881.

Markt“ vielfach derjenige war, der gerade ein bilateraler Saldo zugunsten Deutschlands aufwies. Gleichzeitig waren die Überwachungsstellen imstande, selbst billige Märkte zu schaffen, indem sie von ausländischen Exporteuren Preisnachlässe in irgendeiner Form forderten. Damit die so entstandenen Extragewinne realisiert werden konnten, durften die Importeure bei der Anbietung ihrer Importe an die Überwachungsstellen nur den Weltmarktpreis plus der üblichen Handelsspanne berechnen, — dies auch dann, wenn diese „Gewinne“ ausschließlich aus Unterschieden zwischen dem internen und externen Preisniveau resultierten. Der verbleibende Teil der Profite, der dann im Wege besonderer Steuerveranlagungen abgeschöpft wurde, fand entweder als Subsidie oder als Außenhandelssubvention Verwendung. Die Funktion der Preisregelung der Überwachungsstellen bestand demnach darin, die Importe durch eine Preisgrenze in starrer Form, d. h. durch Festpreise zu steuern. Diese Preise mußten Monopolpreise sein, denn die staatliche Preispolitik unterschied sich von einer monopolistischen Preisfestsetzung nicht in den Mitteln sondern nur im Ziel.

Die Überwachungsstellen hatten weiterhin die Aufgabe, die Stabilität der internen Preise durch Eliminierung oder Verminderung ausländischer Preisfluktationen zu garantieren. Da die dieses Ziel verfolgenden Maßnahmen an anderer Stelle dargestellt werden¹⁸⁾, bleibt hier nur festzuhalten: die relativ niedrigen Importpreise von 1935 erforderten eine Preisanpassung der Binnenpreise für Importe nach „oben“. Sie erfolgte in der Weise, daß die durch die Preisdifferenzen entstandenen Gewinne auf dem Wege einer redistributiven Besteuerung abgeschöpft wurden¹⁹⁾. Nach diesem Zeitpunkt mußte infolge der Steigerung der Weltmarktpreise für Rohstoffe und Nahrungsmittel und den in Mangelercheinungen sich äußernden Preisaufriebskräften auf dem Binnenmarkt eine vollständige Preiskontrolle für importierte und heimische Güter ausgesprochen werden. Diese wurde durch den Preisstop vom 1. Oktober 1936 vollzogen. Gleichzeitig wurde die Bewirtschaftung von Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten ausgebaut, die je nach Mangellage einen verschiedenen Grad erreichte und die nach verschiedenen, den Erfordernissen jedes Marktes angepaßten Methoden gehandhabt wurde. Somit nahmen also die Überwachungsstellen im Inland außer auf den Umfang und die Lenkung der Warenströme auch auf die Preispolitik entscheidenden Einfluß. Die Eingriffsbefugnisse der Überwachungsstellen waren, wie *Miksch*²⁰⁾ hervorhebt, „theoretisch fast unbegrenzt, denn der Reichswirtschaftsminister konnte (kann) ihnen jedes Mittel zur Verfügung stellen, das für die Erreichung der angestrebten Ziele erforderlich war (ist)“.

Weiter war in den Aufgabenbereich der Überwachungsstellen einbezogen:

1. Die Zuteilung von Bardevisen und die Ermächtigung zur Inanspruchnahme von Rembourskrediten, die jedoch in der Folge durch die steigende Bedeutung der zwischenstaatlichen Verrechnungs- und Zahlungsabkommen nur noch in beschränktem Umfange zugeteilt wurden.
2. Die Ausstellung von Devisenbescheinigungen zur Bezahlung von Waren, die im zollfreien aktiven Veredlungsverkehr eingeführt wurden.

Aus diesen eben aufgezeigten Tatbeständen ergaben sich für die deutsche

¹⁸⁾ Vgl. S. 49 ff.

¹⁹⁾ Nur bei den Reichsstellen wurden die Preisdifferenzen auf direktem Wege absorbiert.

²⁰⁾ Miksch II, op. cit. S. 134.

Wirtschaftspolitik gewichtige Folgen. Zunächst: Die Möglichkeit der „Diskriminierung“ war für sie in hohem Maße gegeben. Denn die Überwachungsstellen konnten sich weigern, bestimmte Güter von einem bestimmten Land abzunehmen, wenn dieses nicht billig verkaufte oder die deutschen Güter nicht zu günstigen Preisen abnahm. Diese Einflußmöglichkeit war vor allem auf solche Länder gegeben, die ihre Erzeugnisse am schwersten anderweitig absetzen konnten. Mit einem verallgemeinernden System (zumindest quasi —) monopolistischer Tauschbeziehungen war Deutschland wenigstens kurzfristig in der Lage einige günstige Abschlüsse mit den südosteuropäischen und einigen lateinamerikanischen Ländern zu tätigen²¹). Zweitens: Dadurch, daß die diskriminierenden Importrestriktionen die Wahlmöglichkeiten der Importeure zwischen Ländern und Waren einengten, mußten sie bilaterale Handels- und Zahlungsabkommen begünstigen. Schließlich: Durch die Prüfung der Quantität und Art der angebotenen Güter konnten die Überwachungsstellen auf Grund ihrer Zuteilungsermächtigung ein Prioritätssystem aufbauen²²), nach dem sie die Nachfrager nach Importen — je nach ihrer Wichtigkeit für den Wirtschaftsplan — befriedigten. Die Kontrollstellen waren daher in der Lage, wie ein Monopolist zu handeln.

Die Überwachungsstellen beschränkten sich also nicht nur auf die formale Restriktion der Gesamtnachfrage, sondern bestimmten darüber hinaus „ihre warenmäßige Zusammensetzung in letzter Instanz“²³). Somit führten individuelles Bedürfnis, Kaufkraft und staatliche Billigung zur effektiven Nachfrage nach ausländischen Gütern, — deren endgültige Gestaltung bestimmte jedoch das jeweilige Planungserfordernis.

Der Vollständigkeit halber muß noch erwähnt werden, daß neben der Importkontrolle durch die Überwachungsstellen und den devisenpolitischen Abfertigungsverbotten²⁴), noch handelspolitische Importverbote bestanden. Diese hatten jedoch mit dem System der Importüberwachung und dem „Neuen Plan“ nur losen Zusammenhang; sie wurden hauptsächlich aus kartellpolitischen Gründen eingeführt.

Die nach 1936 erkennbare zunehmende Politisierung des Wirtschaftslebens, die durch das Auftreten veränderter Wirtschaftsverhältnisse in Richtung auf eine totale Planwirtschaft gekennzeichnet ist, mußte zwangsläufig Inhalt und Maß der Tätigkeitsbereiche der Überwachungsstellen verändern. Da zu einer qualitativen Kontrolle des Außenhandels die durch den „Neuen Plan“ festgelegten Maßnahmen ausreichten, konnte es sich bei dieser Änderung also nur um ein Hinausschieben der quantitativen Grenzen der Planung handeln.

b) Die Reichsstellen

Neben den Überwachungsstellen der gewerblichen Wirtschaft bestanden schon seit März 1933 für landwirtschaftliche Produkte sog. Reichsstellen des

²¹) Daß diesem System monopolistischer Tauschbeziehungen auch eine vollständige politische Bindung folgen mußte, zeigt die Entwicklung nach 1939. Außenhandelspolitisch erklärt sich dieser Sachverhalt so, daß diese Länder sich auf die Belieferung des deutschen Marktes eingestellt hatten und nicht mehr die Möglichkeit besaßen, sich aus dieser Marktposition zu lösen.

²²) Das Prioritätssystem hieß: Wehrmacht, Vierjahresplan, Exporte und heimische Konsumtion.

²³) Benning, B., op. cit. S. 35.

²⁴) Diese Abfertigungsverbote waren ein Mittel zur restlosen Vorreportierung, d. h. Devisengenehmigungen durften erst dann ausgestellt werden, wenn unter Berücksichtigung der anfallenden Devisen bestimmte Beträge zur Verfügung standen.

Reichsnährstandes, die in das neue System der Importregulierung und der innerdeutschen Bewirtschaftung eingebaut wurden. Sie unterstanden dem Ernährungsministerium und arbeiteten infolge der Eigenart der landwirtschaftlichen Marktorganisation²⁵⁾ anders als die Überwachungsstellen. Sie hatten die Aufgabe, die Einfuhr zu steuern und die innerdeutsche Vorratswirtschaft zu sichern²⁶⁾. Die Bezeichnung „Öffentliche Marktstellen des Reiches“ — wie die Reichsstellen noch genannt wurden — zeigt, daß in ihrem Zuständigkeitsbereich Angebot und Nachfrage zusammentrafen, wobei diese Regulative des freien Marktes auf dem Gebiete der Land- und Ernährungswirtschaft eine fundamental andere Bedeutung erlangt hatten. Es bestand eine ausgesprochene Tendenz zur Importmonopolisierung und zur unmittelbaren wirtschaftlichen Betätigung²⁷⁾. So mußte eine aus dem Ausland eingeführte Ware vom Importeur zuerst der Reichsstelle angeboten werden, die für die betreffende Ware zuständig war. Nach erfolgtem Angebot konnte diese dann dem Importeur die Befugnis erteilen, die Auslandsware mittels eines Übernahmescheins, unter Erhebung eines Ausgleichsbetrages²⁸⁾ zum Schutze des innerdeutschen Preisgefüges, durchzuschleußen. Diese als „Durchschleußung“ bezeichnete Übernahme der eingeführten Waren durch die Reichsstelle gab die Möglichkeit, die Einfuhr nach Menge und Preis genau zu kontrollieren²⁹⁾.

Die Reichsstellen hatten also die Aufgabe, neben der Funktion der Vorratsbewirtschaftung, den „Ausgleich zwischen Inlandsbedarf und Inlands-erzeugung durch entsprechende Regulierung der Einfuhr herzustellen“³⁰⁾. Das organisatorische Mittel hierzu bildete das Verfahren der *Übernahmescheine*, die insofern eine ergänzende Funktion zur Vorratswirtschaft ausübten, als durch sie ein Ausgleich von langfristigen Angebots- und Bedarfsschwankungen erreicht werden sollte. In Wirklichkeit waren die Übernahmescheine der Ausdruck der einfuhrpolitischen Machtstellung der Reichsstellen. Da diese die Befugnis besaßen, die Übernahme angebotener Güter abzulehnen, um auf diese Weise eine Abstimmung zwischen Inlandsbedarf und jeweiliger Devisenlage herbeizuführen, erfuhr die handelspolitische Regulierung des Imports eine nicht unbedeutende Erweiterung. Während die Überwachungsstellen das volkswirtschaftliche Warenangebot nur mit Rahmenbestimmungen bewirtschafteten, übten die Reichsstellen staatliche Wirtschaftstätigkeit aus, sei es durch Zusammenfassung des Imports, sei es durch Einlagerung von Vorräten.

c) Weitere Organe

Neben diesem behördlichen Überwachungsapparat bestand noch der bankmäßige. So vervollständigte die Reichsbank mit ihrer Tochtergesellschaft, der Golddiskontbank und der ihr angegliederten „Deutschen Verrechnungskasse“, die den Clearingverkehr bei sich zentralisierte, der „Kon-

²⁵⁾ So konnte der Reichsnährstand marktregelnde Maßnahmen jeder Art treffen, die aber weniger von den Reichsstellen als vielmehr von den sog. nährständischen Hauptvereinigungen, die alle Betriebe vom Erzeuger bis zum letzten Verteiler als „Selbstverwaltungszwangsorganisationen“ (K e i s e r) umfaßten, durchgeführt wurden.

²⁶⁾ Vgl. hierzu: Hennig, F., *Praktischer Führer durch das Nährstandsrecht*. Köln 1937, S. 333; Keiser, G., „Wie der Nährstand arbeitet“, in: *Wirtschaftskurve* 1936, H. 2.

²⁷⁾ Miksch J, op. cit. S. 20.

²⁸⁾ Dieser Ausgleichsbetrag errechnete sich: Inlandspreis minus Weltmarktpreis plus Zoll.

²⁹⁾ Dietze, C. v., „Agrarpolitik in Deutschland Anfang 1933 bis Mitte 1934“, in: *Jb. f. Nat. u. Stat.*, Bd. 140, 1934, S. 455.

³⁰⁾ Münch, K., *Wirtschaftliche Selbstverwaltung*, Hamburg 1936, zitiert bei Barthel, op. cit. S. 41.

versionskasse für Auslandsschulden“, die den Abbau der Auslandsverschuldung durchführen sollte und schließlich der „Deutschen Treuhandgesellschaft“ von 1933, die die durch Stillhalteabkommen und den ASKI-Verkehr entstandenen Kosten regelte —, die deutsche Devisen- und Einfuhrkontrolle. Da auf diese Organe — soweit als nötig — im Zusammenhang mit ihrem jeweiligen Aufgabenkreis eingegangen wird, kann an dieser Stelle auf eine nähere Darstellung verzichtet werden.

2. Kapitel

Bilateralismus und Außenhandelslenkung

(Problematic des Bilateralismus)

Als Deutschland im Jahre 1932 zur zwischenstaatlichen Verrechnung und damit zum bilateralen Ausgleich der Zahlungsbilanzen in laufender Rechnung übergang, handelte es sich zunächst um eine reine Abwehrmaßnahme gegen die Blockierung seiner Guthaben in den südosteuropäischen Ländern und in Dänemark. Dieser Übergang vom multilateralen Verkehr zum Bilateralismus bedeutete für den internationalen Handel eine Revolution. Denn bisher waren die Handelsbilanzen zweier Länder in den seltensten Fällen annähernd gegeneinander ausgeglichen, da mit den Devisenspitzen in dritten Ländern vorteilhaft gekauft werden konnte. Im zweiseitigen System der Verrechnung mußten die Partnerländer jedoch darauf achten, daß keine Verrechnungsspitzen entstanden.

Das Wesen des Bilateralismus liegt also darin, daß er *nicht nur den Ausgleich der gesamten Zahlungsbilanz wie bisher erfordert, sondern der Handels- und Zahlungsbilanz gegenüber jedem einzelnen Land*, wobei das Ziel jeder bilateralen Planung die Verwirklichung eines vorher bestimmten Saldos im Zahlungsverkehr mit jedem Lande ist¹⁾. Die so entstehenden Salden (Forderungen und Verpflichtungen) werden jedoch nicht transferiert, sondern von Land zu Land, und zwar über besondere zentrale Stellen, gegeneinander aufgerechnet. *Damit unterliegen Art und Umfang der Einfuhr sowie der Zahlungsmodus der staatlichen Regelung.*

Das einzige Mittel, das sich für die Planung im ausschließlichen Bilateralismus als konform erweist, ist der bis ins einzelne gehende Vertrag zwischen zwei Ländern als Verrechnungs- oder Zahlungsabkommen und die dem Clearing nahestehende Kompensation. Im Gegensatz zu den Handelsverträgen der multilateralen Weltwirtschaft, arbeiten die bilateralen Abkommen kurzfristig und regeln den Wirtschaftsverkehr der Partnerländer bis ins Letzte. Es handelt sich dabei um eine vollkommene Außenhandelsplanung und -lenkung.

Die bilaterale Regulierung der Güterströme zwingt also die Länder, „den gegenseitigen Handel willkürlich und gegen die normalen wirtschaftlichen Tendenzen zu beeinflussen“²⁾. Dabei kann die Möglichkeit der Beeinflussung in zweifache Richtung gehen. Entweder erfolgt der Ausgleich der Handels- und Zahlungsbilanz gegenüber einem bestimmten Land nach ‚oben‘, das heißt im Wege der Exportsteigerung, oder der Ausgleich der Bilanzsalden erfolgt nach ‚unten‘, das heißt durch Verringerung des Exports nach dem Land, mit dem der zweiseitige Umsatz passiv ist³⁾. Während im

¹⁾ In der Regel wird ein sog. Nullsaldo angestrebt, d. h. Zahlungsein- und -gänge im Verhältnis 1:1, damit zwischen den Ländern keine Forderungen und Verbindlichkeiten auflaufen. Es können aber auch bestimmte Überschüsse oder Defizite bilateral vereinbart werden, wenn das Überschußland bereit ist, beispielsweise Kredite zu gewähren, Kapital zu transferieren, alte Schulden zu verzinsen usw.

²⁾ Möller, H., „Handelspolitik zwischen Bilateralismus und Multilateralismus“ in: W. A. Bd. 68, 1952, S. 213.

³⁾ Es ist also nicht so, daß im System des Bilateralismus die Exporte unter allen Umständen auf das Niveau der Importe absinken müssen. Wenn festgestellt wird, daß der Bilateralismus einen restriktiven Einfluß auf den Außenhandel ausübt, so bedeutet dies nur, daß die „Überschußseite“ (gleichgültig ob Exporte oder Importe) mehr sinken muß, als die „Defizitseite“ steigt — also keineswegs auf das Niveau der „Defizitseite“ absinken muß oder, daß die „Überschußseite“ mehr fällt als die „Defizitseite“.

ersteren Fall eine Erweiterung und Ausdehnung des zweiseitigen Umsatzes eintritt, ist im letzteren eine teilweise Schrumpfung des Handelsvolumens unvermeidlich. Es kann demnach der Fall eintreten, daß sich zwar das Umsatzniveau im Verkehr mit einem Land erhöht; gesamthaft gesehen wird jedoch eine wert- und mengenmäßige Reduktion im Umfang und der Profitabilität des Außenhandels eines Landes die Folge sein⁴⁾. Dies ergibt sich auch aus der Tatsache, daß aus Zahlungsbilanzgründen und im Hinblick auf die Wünsche des Partnerlandes die bilateralen Kontingente so aufeinander abgestimmt werden müssen, daß die Exporteure eines Landes nicht länger auf den „besten“ Markt verkaufen können, sondern nach den Ländern, die genügend „Verrechnungsdevisen“ haben. Bei „reinem Bilateralismus“ gibt es im Grunde keine „billigen“ und „teuren“ Märkte, sondern nur Länder, für deren Exporte ein bilateraler Saldo gerade verfügbar ist oder nicht⁵⁾. Damit bleiben durch die ungünstigen Wirkungen mengen- und preismäßiger Beschränkungen vorteilhafte Exportmärkte verschlossen, und das Gesetz der komparativen Kosten und Preisvorteile wird durchbrochen. Außerdem muß die Anwendung des bilateralen Clearingsystems zu einer handelspolitischen Starrheit führen, weil dieses System „eine starre Regelung nicht nur der Einfuhren einzelner Waren oder Warengruppen, sondern der gesamten Einfuhren aus jedem Land und dazu in einer festen Beziehung zu den entsprechenden Ausfuhren erzwingt“⁶⁾. Ferner wird durch diesen gegenseitigen, auf Zwang aufgebauten Anpassungsprozeß nicht nur der Handel der Abkommensländer berührt, sondern der gesamte Welthandel schlechthin, auf den diese Anpassungsprozesse einen abwärts gerichteten, multiplikativen Effekt ausüben.

Nun ist aber auch denkbar, daß die eben aufgezeigten Bedingungen gar nicht eintreten. So kann es der Fall sein, daß ein Land⁷⁾ einen Importüberschuß herbeiführt und dabei die zusätzlichen Importe „von dem Zugeständnis einer entsprechenden Einfuhrsteigerung des anderen Landes abhängig“⁸⁾ macht. Der bilaterale Ausgleich wird auf einem höheren Niveau erfolgen und somit das Außenhandelsvolumen sich vergrößern⁹⁾. Diese Möglichkeit ist aber nicht generell gegeben. Vielmehr wird es in der Regel so sein, daß ein Land an einem, zu seinen Gunsten entstandenen Überschuß nur dann interessiert ist, „wenn es normalerweise dem Partnerland gegenüber defizitär ist, so daß der Überschuß später durch entsprechende Mehreinfuhren verbraucht werden kann“¹⁰⁾¹¹⁾. Wenn wir jedoch unterstellen, daß die Bereitschaft zum Ausgleich eines über das im voraus bestimmte quantitative Verhältnis hinaus gesteigerten Importüberschusses vorhanden ist, so wird

⁴⁾ Ellis, H., „Bilateralism and the future of international trade“, in: *Readings in the Theory of International Trade*, London 1950, S. 417 f. (im folgenden Ellis I).

⁵⁾ *ibid.*, S. 418.

⁶⁾ Möller, H., *op. cit.* S. 213.

⁷⁾ Meistens wird es sich hierbei um ein sog. Aufschwungsland handeln — also ein Land, das gegenüber seinem Partnerland einen konjunkturellen Vorsprung hat.

⁸⁾ Meyer, Fr., „Die Sicherung der autonomen Wirtschaftsentwicklung im Bereich der Außenwirtschaft“, in: *W. A. Bd.* 53, 1941, S. 341 ff. (Meyer II).

⁹⁾ Es ist für unsere Überlegungen nicht entscheidend, ob der auf höherem Niveau sich vollziehende Ausgleich „erzwungen“ wird oder nicht. Sollte die Bereitschaft zu einer entsprechenden Einfuhrsteigerung bei einem Abkommensland nicht gegeben sein, so würde der herbeigeführte Importüberschuß zwangsläufig ein permanentes Saldenproblem heraufbeschwören. Wie an anderer Stelle gezeigt wird, war dies mit einigen Abweichungen im Handelsverkehr Deutschlands mit einigen südeuropäischen Staaten der Fall.

¹⁰⁾ Möller, H., *op. cit.* S. 213.

¹¹⁾ Vgl. hierzu: Meade, J. E., *The Balance of Payments*. (Issued under the Auspices of the Royal Institute of International Affairs) New York and Toronto 1951, S. 371 ff.

dieser Ausgleich nicht nur vom konjunkturellen Stadium abhängen, das diese Volkswirtschaften erreicht haben, sondern auch von der potentiellen Verbesserung ihrer konjunkturellen Lage durch die erwähnten Abkommen. M. a. W.: *Neben der konjunkturellen Lage und der speziellen Bilanz-situation des Aufschwunglandes wird der Entwicklungsspielraum der bilateralen Clearingabkommen maßgebend von der Wirtschaftsstruktur der Abkommensländer beeinflusst.* Denn der Zwang zum gegenseitigen Ausgleich der Handelsbilanzen führt zur Notwendigkeit einer bilateralen strukturellen Ergänzung der beiden Volkswirtschaften, — und strukturelle Ergänzung bedeutet, daß in the long run die Aufnahmefähigkeit eines Landes der Lieferfähigkeit seines Partnerlandes weitgehend entsprechen muß und umgekehrt. Das wiederum hat zur Voraussetzung, daß in beiden Ländern eine genügend große wirksame Nachfrage nach den gegenseitigen Exportgütern besteht. Vereinfachend kann man sagen: Die Größe der bilateral wirksamen Nachfrage hängt ab von der Größe der jeweiligen Produktivität und der strukturellen Ergänzung der beiden Abkommensländer. Das besagt gleichzeitig, daß die bilateral wirksame Nachfrage und das daraus resultierende bilaterale Handelsvolumen höchstens in Einzelfällen überdurchschnittlich sein wird. Hinsichtlich des gesamten Außenhandels sind wir wie Lossos¹²⁾ der Ansicht, daß im bilateralen Verkehr die Ergänzungsmöglichkeiten und damit das Handelsvolumen geringer sind als im Mehrecksverkehr.

Was die in Clearingabkommen festgelegten Import-Exportverhältnisse anbelangt, brauchen diese anfänglich den Handel nicht unbedingt zu hemmen. Im Laufe der Zeit verlieren aber diese Relationen, wenn sie nicht dauernd revidiert werden, den Kontakt mit den relativen Kosten und Preisen der betreffenden Länder, wie auch mit den Wechselkursen, die in den Abkommen vereinbart werden¹³⁾. Andererseits ist es so, daß konstante Anpassungen und Revisionen der Natur des Clearing notwendigerweise fremd sein müssen. Denn bei stetigen Anpassungen würden sie das gleiche Ergebnis zeitigen wie ein freier multilateraler Handel, und das Clearing würde seine „raison d'être“ (Ellis) verlieren.

Dieser Tatbestand ist jedoch für das Gelingen der Planung und Lenkung des Außenhandels nicht von entscheidender Bedeutung. Weit wesentlicher ist die Tatsache, daß eine *Außenhandelslenkung nicht mehr an einer, den Import nach sachlicher und zeitlicher Dringlichkeit abstufenden Skala*, nach der die Importansuchen ihre Befriedigung finden, *festhalten kann*. Denn eine Bewertungsskala für Dringlichkeit und Entbehrlichkeit von Importen ist a priori der bilateralen Ergänzung nicht konform. Dies folgt daraus, daß dem Erfordernis der strukturellen Ergänzung, das den Import von Gütern auslöst, um Verpflichtungen gegenüber dem Partnerland nachzukommen (und um überhaupt in bilateralen Verkehr treten zu können), gegenübersteht, daß diese Importe meistens von geringerer Dringlichkeit sind. Die Außenhandelslenkung steht also bei jedem Abschluß eines Verrechnungsabkommens vor dem Problem, entweder einen Teil ihrer Bewertungsgrundsätze zugunsten einer Bezahlung in Verrechnungsdevisen aufzugeben, oder durch Beibehaltung der starren Richtlinien ein noch geringeres Handelsvolumen in Kauf zu nehmen. Die Möglichkeit einer optimalen Versorgung ist in beiden Fällen äußerst gering; denn der Bilateralismus kann

¹²⁾ Lossos, H., op. cit. S. 59.

¹³⁾ Ellis I, op. cit. S. 419.

niemals die Dynamik und die Flexibilität eines multilateralen Handels besitzen.

Es steht also außer Zweifel, daß der Bilateralismus mit seiner marktverengenden Wirkung zwangsläufig zu einer gewissen handelspolitischen Starrheit führt, die aus strukturellen Gründen eine Außenhandels schrumpfung zur Folge hat. Aus diesem Grunde ist es auch nicht so, daß das, was ein Land im bilateralen Vertragssystem „verliert“, das andere notwendigerweise „gewinnen“ muß. Denn die dem gegenseitigen Handel auferlegten, autoritär fixierten Import-Exportgrößen müssen *ceteris paribus* den Spielraum der Wahlmöglichkeiten für beide Länder einengen. Dabei werden wahrscheinlich die durchschnittlichen Exportpreise niedriger und die durchschnittlichen Importpreise höher sein, als dies im multilateralen System der Fall sein würde¹⁴⁾. Der Außenhandel wird dadurch — im Vergleich zum Binnenhandel — weniger „attraktiv“, als er dies vor dem Übergang zum bilateralen System war; sein Volumen beginnt zu schrumpfen.

Eines der hervorstechendsten Merkmale des Bilateralismus bildet die Tatsache, daß das Clearing in der Anwendung bilateraler mengenmäßiger Beschränkungen die Diskriminierung in der Handelspolitik zwischen Partnerländern fördert. Dies beweist eindeutig die Entwicklung des Bilateralismus der dreißiger Jahre, welche durch die mit dem Clearingsystem verbundene Planung der Handelsbilanzsalden und die Diskriminierung gekennzeichnet ist¹⁵⁾. Diese Diskriminierung wird dadurch verstärkt, daß das bilaterale Clearing bei der Erreichung eines Ausgleichs *ad hoc* Wechselkurse mit jedem Land einschließt, die keine gegenseitige Übereinstimmung aufweisen¹⁶⁾. Gefördert wird sie dadurch, daß der Bilateralismus den externen Markt eines Landes zwangsläufig in eine Reihe isolierter Teilmärkte aufspaltet. Da die mit den verschiedenen Handelspartnern abgeschlossenen bilateralen Abkommen alle auf dem Grundsatz der Ausschließlichkeit aufbauen, ergibt sich von vornherein eine Bindung der Importeure des Partnerlandes. Es besteht also die Möglichkeit, daß durch die Isolierung einer Gruppe von Käufern und Verkäufern in partielle Märkte¹⁷⁾, dem anderen Marktpartner die Gelegenheit einer monopolistischen oder quasi-monopolistischen Marktstellung gegeben wird. Ob es dabei gelingt, die Einwirkungsmöglichkeit auf einen Handelspartner auszubeuten, wird nicht so sehr von der aktiven oder passiven Gestaltung der Handelsbilanz abhängen, als von der „gegenseitig möglichen Strukturergänzung“ zweier Länder. Daß der Einfluß der Wirtschaftsstruktur in Form der „strukturellen Ergänzung“ für die Ausgestaltung des bilateralen Vertragssystems — vor allem für die Größe des Außenhandelsvolumens — von entscheidender Bedeutung sein kann, dürfte zum Teil durch die Verlagerung des deutschen Außenhandels nach 1934 verifiziert werden. Die Anerkennung dieses Einflusses bezeichnet jedoch den Punkt, an dem das Clearing über seinen ursprünglichen Zweck als verrechnungstechnische Maßnahme hinaus verwendet wird — es wird zur Methode der Handelspolitik.

¹⁴⁾ Dieses Ergebnis wird in Fällen, wo Angebots- und/oder Nachfragemonopole bestehen, umgestoßen. Denn dann ist anzunehmen, daß die höheren Importpreise teilweise oder ganz durch monopolistische Vorteile, welche die Exporterlöse stützen, ausgeglichen werden.

¹⁵⁾ Möller, H., op. cit. S. 214.

¹⁶⁾ Ellis I, op. cit. S. 419.

¹⁷⁾ Dieser Sachverhalt wird durch die Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen zwischen Deutschland und den südosteuropäischen Staaten nach 1939, also nach dem Abschluß sog. Entwicklungsverträge verdeutlicht.

3. Kapitel

Bilaterales Clearing und Kompensation

Die Formen der bilateralen Abkommen, die nach 1934 geschlossen wurden, waren vielgestaltig. Groß waren die Wandlungen, die sie, angefangen von den Abkommen im Jahre 1932 bis zum Jahre 1939, durchgemacht haben¹⁾. Sie bildeten am Ende der von mir betrachteten Periode zusammen mit den meistens gleichzeitig abgeschlossenen Handelsabkommen, in die sie allmählich eingebaut wurden, zwar ein einigermaßen brauchbares System zur Abwicklung des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs; von einem reibungslosen Funktionieren waren sie jedoch weit entfernt, weil sie — neben offensichtlich institutionellen Mängeln der bilateralen Verrechnung — zunehmend als ein Mittel politischer Strategie gebraucht wurden.

I. Das Zahlungsclearing

1. Die Entwicklung der Verrechnungsabkommen

Die zur Anwendung gebrachten Formen der Verrechnungsabkommen erklären sich aus der Entwicklung der bilateralen Handelsabkommen. So hatten die mit den *südosteuropäischen Staaten* und *Dänemark* abgeschlossenen „Bankenabkommen“ (oder Verrechnungsabkommen älteren Typs)²⁾ anfänglich den Zweck, die in diesen Ländern eingefrorenen Exportforderungen aus Warenlieferungen aufzutauen. Die Abkommen sahen eine streng zweiseitige Verrechnung über besondere, bei den jeweiligen Notenbanken unterhaltenen Konten vor. Dabei war die Zahlung nur für solche Waren bestimmt, die entweder in einem der beiden Länder erzeugt oder nationalisiert worden waren³⁾.

Die technische Abwicklung von Zahlungen gestaltete sich in der Weise, daß die Importeure beider Länder ihre Importverpflichtungen auf ein Sonderkonto der ausländischen Notenbank bei der Notenbank ihres Landes in ihrer Währung einzahlten. Über einen bestimmten Prozentsatz ihrer RM-Guthaben auf Sonderkonto bei der Deutschen Reichsbank konnte die ausländische Notenbank frei verfügen. Der verbleibende Teil wurde im Verhältnis 25 : 75 zur Bezahlung von Forderungen, die aus dem Warenverkehr vor Inkrafttreten des Abkommens fällig geworden waren und Forderungen, die nach Inkrafttreten des Abkommens aus dem laufenden Warenverkehr fällig wurden, verwendet.

Anders lagen die Dinge bei den *nord- und westeuropäischen Staaten*. Mit diesen Ländern⁴⁾, die bis 1933 keine einschneidenden Devisenvorschriften erlassen hatten, wurden sog. „Staatsabkommen über erweiterte Zah-

¹⁾ In Anbetracht der Tatsache, daß sich durch diese Wandlungen die bilateralen Abkommen nur in ihrer technischen Ausgestaltung änderten, brauchen sie hier nicht näher erörtert werden. Vgl. hierzu u. a.: Über Einzelheiten der technischen Abwicklung des Zahlungsverkehrs: Lohmann, M., op. cit. S. 71 ff.; Hennig, K., „Die zwischenstaatlichen Verrechnungsabkommen“, in: Devisenarchiv 1936, S. 473 ff. und S. 509 ff.; Lossos, H., op. cit.; Stucken, R., Geld- und Kreditpolitik 1914—1953, Tübingen 1953.

²⁾ Das erste zweiseitige Verrechnungsabkommen wurde am 13. April 1932 mit Ungarn abgeschlossen.

³⁾ Nationalisiert war eine Ware dann, wie Härtle sagt, wenn sie im Abkommensland vor dem Export „die letzte wirtschaftlich gerechtfertigte und eine wesentliche Veränderung ihrer Beschaffenheit bewirkende Be- oder Verarbeitung erfahren hatte“; Härtle, O., „Die Grundsätze des verrechnungsmäßigen Zahlungsverkehrs im Außenhandel“, in: Bankarchiv, 30. Jg., H. 6, 1937, S. 193.

⁴⁾ Hierzu gehörten: Schweden, Belgien-Luxemburg, Finnland, Frankreich, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweiz und Spanien.

lungen für den Warenverkehr“⁵⁾ abgeschlossen, wobei eine einseitige Verrechnung zusätzlicher Warenlieferungen über Sonderkonten bei der Reichsbank bzw. bei einer Verrechnungskasse vereinbart wurde.

Der Grundgedanke dieser Abrechnung war folgender: Um Deutschland die Beibehaltung seines strukturellen Exportüberschusses nach diesen Ländern zu ermöglichen, konnten die deutschen Importeure die Erlöse aus zusätzlichen Bestellungen in Reichsmark auf ein bei der Reichsbank bzw. bei einer Verrechnungsstelle geführtes Konto (sog. Sonderkonto) einzahlen. Diese Regelung wurde nach dem ersten Muster eines solchen Vertrages als „Schwedenklausel“ bezeichnet. Dabei sollte das aus den Einzahlungen entstandene Guthaben dem ausländischen Kontoinhaber Anreiz bieten, vermehrte Warenbestellungen in Deutschland zu veranlassen. Von dieser Verrechnungsmethode versprach man sich eine wesentliche Steigerung des Güteraustausches.

In Wirklichkeit verlief die Entwicklung gerade umgekehrt. Die Guthaben auf den Sonderkonten blieben unverwertet und es entstand eine Warenverschuldung, die Ende März 1935 bis auf 567 Mill. RM angewachsen war und im November 1936 noch 415 Mill. RM betrug⁶⁾. Da die ausländischen Gläubiger nicht bereit waren, für zusätzliche Lieferungen auch zusätzliche Bestellungen aufzugeben, konnte ein weiteres Anwachsen der Verschuldung nur durch eine Abstimmung der Exporte der Gläubigerländer auf den vorangegangenen deutschen Import verhindert werden. Diese ungünstige Entwicklung war nun nicht so sehr dem Umstand zuzuschreiben, daß die Vertragspartner kein großes Interesse an der Ausweitung ihres Außenhandels mit dem devisenbewirtschafteten Deutschland hatten, als der Tatsache, daß über die Sonderkonten auch ein Teil des deutschen Imports aus anderen Ländern abgewickelt wurde, der auf direktem Wege aus devisenpolitischen Gründen nicht möglich war. Die auf diesen Konten aufgelaufenen Verpflichtungen mußten somit in zunehmendem Maße zur Einebnung und sogar Passivierung der Handelsbilanzen führen. Da die nord- und westeuropäischen Länder auf die Abdeckung der alten Warenschulden drängten, mußte Deutschland, um ein Zwangsclearing zu vermeiden, in die von den Gläubigern geforderten bilateralen Clearingabkommen einwilligen. Diese Art der Verrechnung, bei der die Zentralen die bei ihnen eingezahlten Beträge gegeneinander verrechneten und nach einer bestimmten Reihenfolge und Abzweigordnung an die Auslandsgläubiger auszahlten, und die alle Zahlungen im Warenverkehr zwischen Vertragsländern (öfter auch Zahlungen des Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs) erfaßte, wurde nun zum „Hauptträger des neuen zwischenstaatlichen Zahlungssystems“⁷⁾.

Durch den Übergang zum bilateralen Verrechnungssystem veränderte sich notwendigerweise das Bild des deutschen Außenhandels, was einerseits beabsichtigt war, andererseits aus der Natur der Clearingabkommen zwangsläufig folgte. Denn durch die Bindung der Exporterlöse im zweiseitigen Verrechnungsverkehr wurde ein Ausgleich der Passivsaldoen aus den Aktivsaldoen durch das Mittel der Devisen nahezu unmöglich. Da nunmehr die Importe den aus Exporterlösen stammenden Verrechnungseinheiten angepaßt wurden, war ein Mehrimport von den der Reichsbank zufließenden freien

⁵⁾ Diese Verträge sind auch bekannt geworden unter dem Namen „alte Zahlungsabkommen mit Schwedenklausel“, Sondermarkabkommen oder Abkommen westlichen Typs.

⁶⁾ Härtle, O., op. cit. S. 191/192.

⁷⁾ Lossos, H., op. cit. S. 48.

Devisenspitzen abhängig. Der *Übergang zum bilateralen Verrechnungssystem erklärt auch gleichzeitig die Umlagerung der Ein- und Ausfuhrrichtung des deutschen Außenhandels*. So war die vor 1930 für den deutschen Außenhandel charakteristische weitgehende Verwendung der Devisenüberschüsse aus Exporten nach den europäischen Industriestaaten zum Ausgleich der passiven Handelsbilanzen mit den Ländern in Übersee nicht mehr in dem vordem gegebenen Umfange durchführbar. Da auf die Umschichtung und Verlagerung der Güterströme an anderer Stelle näher eingegangen wird⁸⁾, soll das Aufzeigen des Tatbestandes an dieser Stelle genügen.

Die im großen und ganzen kritische Beurteilung des Gegenseitigkeitsverkehrs im deutschen Schrifttum, hat — nicht nur soweit sie sich bloß auf den Bilateralismus als theoretisches Problem bezieht — ohne Zweifel ihre Berechtigung. Sie kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß bei aller Kritik der wesentliche Punkt übersehen wird, auf den u. W. als einziger *Publ*⁹⁾ hingewiesen hat: Es ist vor allem dem bilateralen Verrechnungssystem zuzuschreiben, daß Deutschland „in den Zeiten des allgemeinen Währungswirrwarrs den für Wirtschaftsankurbelung und Rüstung erforderlichen Einfuhrbedarf decken“ konnte. *Schacht* hat einmal die ganze, mit dem „Neuen Plan“ in Zusammenhang stehende Politik (also auch die Bilateralität) als „scheußlich“ bezeichnet, „weil sie mit einer weitgehenden Zwangsbewirtschaftung und somit auch mit einer Erschwerung des Außenhandels verbunden war“¹⁰⁾. Daß die deutsche Außenhandelspolitik im Laufe der Zeit aus der Not offenbar eine Tugend gemacht hat, geht daraus hervor, daß 1938 etwa 86 Prozent des gesamten Imports und etwa 92 Prozent des gesamten Exports auf bilateralem Wege abgewickelt wurden¹¹⁾.

2. Die Zahlungsabkommen und ihre Ausgestaltung

Vollkommen neue Wege beschritt die deutsche Außenhandelspolitik mit dem Abschluß von Zahlungsabkommen. Diese unterschieden sich von reinen Verrechnungsabkommen nur in der technischen Abwicklung des Ausgleichs von Forderungen und Verpflichtungen. Der Ausgleich erfolgte nicht im Verrechnungswege, sondern durch tatsächlichen Devisentransfer, wobei die anfallenden Devisen nicht frei verfügbar, sondern an eine bestimmte Abzweigungsordnung gebunden waren.

Handelspolitisch standen die Zahlungsabkommen den Verrechnungsabkommen sehr nahe, weil auch sie auf dem Gegenseitigkeitsprinzip beruhten und ein bestimmtes Austauschverhältnis von Export und Import verlangten.

Das *erste Zahlungsabkommen* wurde am 1. November 1934 mit England abgeschlossen¹²⁾. Danach mußten 55 Prozent des Devisenanfalls zur Bezahlung des deutschen Imports aus Großbritannien verwendet werden. Die Grundlage für diese Bewertung bildete der im jeweils vorletzten Monat statistisch ausgewiesene Wert der deutschen Ausfuhr und der im gleichen Monat ermittelte Betrag der deutschen Einfuhr nach England, woraus

⁸⁾ Vgl. Übersicht auf Seite 36 und 37.

⁹⁾ Puhl, E., *Kontinentales Clearing*. Die zukünftigen außenwirtschaftlichen Aufgaben der deutschen Kreditwirtschaft, 1940, H. 1, hrsg. vom Deutschen Institut für Bankwissenschaft und Bankwesen, S. 15.

¹⁰⁾ Grottkopp, E., *opt. cit.* S. 302.

¹¹⁾ Vgl. S. 36.

¹²⁾ Bergemann, „Das deutsch-englische Zahlungsabkommen“, in: *Bankarchiv*, XXXVI. Jg., 1934, S. 263 ff.

nach entsprechenden Bereinigungen der Durchschnitt zugrunde gelegt wurde¹³⁾. Das Austauschverhältnis 100:55 besagt jedoch nicht, daß die verbleibenden 45 Prozent zur freien Verfügung der Reichsbank standen. Dieser Betrag war vielmehr zu einem großen Teil vertraglich gebunden. Er diente zur Bezahlung alter Warenschulden, der Nebenkosten des Handelsverkehrs und der Zinsen aus Stillhalteverträgen. Nach Schätzungen¹⁴⁾ standen ungefähr 20 Prozent der deutschen Exporterlöse zur freien Verfügung der Reichsbank. Wahrscheinlich wird der effektive Devisenanfall aber geringer gewesen sein, weil Deutschland seine Importe aus England über das Abkommen festgelegte Austauschverhältnis hinaus steigerte. 1935 betrugen die Bezüge 68 und 1936 63 Prozent des Wertes der deutschen Einfuhr aus Großbritannien. Dazu kamen noch die Verbindlichkeiten aus der Bedienung der Dawes-, Young- und Kallanleihe, sowie der Zinsentransfer für die Fundierungsbonds¹⁵⁾.

Das deutsch-englische Zahlungsabkommen blieb nicht das einzige seiner Art. Im Laufe der Zeit kam es zum Abschluß weiterer Zahlungsverträge.

Am 1. August 1935 trat ein Zahlungsabkommen mit *Belgien-Luxemburg* in Kraft. Danach mußten von 40 Mill. RM monatlichen deutschen Exports 80 Prozent der Devisen (von weiteren Beträgen 65 Prozent) für den belgischen Import verwendet werden. Für die Bewertung des Austauschverhältnisses war hier der drittletzte Monat und die Summe der durch die Kontrolle der Exportvaluta erfaßten Importe maßgebend.

Am 1. August 1937 kam es zwischen *Frankreich* und *Deutschland* zu einem Abkommen¹⁶⁾; das Austauschverhältnis wurde auf etwa 63:100 festgelegt. 63 Prozent der devisenbringenden Erlöse aus dem Export nach Frankreich dienten zur Bereitstellung von Devisen für den Import französischer Güter, die durch eine sog. Reparationsliste aufgegliedert waren. Diese sah einen Austausch französischer Rohstoffe mit deutschen Fertigwaren vor.

Aber auch hier konnten die verbleibenden 37 Prozent nicht frei verwendet werden. Nach Abzweigungen für die Nebenkosten des Warenverkehrs, den Zinsen- und Tilgungsdienst, die Abdeckung alter Warenschulden und den Rückkauf der Saargruben standen der Reichsbank noch zehn Prozent des effektiven Devisenanfalls zur Verfügung.

Zwischen 1934 und 1938 wurden neben den bereits erwähnten Verträgen noch weitere sieben Zahlungsabkommen abgeschlossen; mit *Mandschukuo* (1936), *Kanada* (1936), *Syrien-Libanon* (1937), *Neuseeland* (1937), sowie Sonderabkommen mit der *Südafrikanischen Union*, *Japan* und *Venezuela*.

Während bei den Zahlungsabkommen im allgemeinen ein Saldo freier Devisen anfiel, sahen die Abkommen mit *Kanada* und *Neuseeland* ein *Austauschverhältnis von 1:1* vor, das heißt Export- und Importerlöse waren gegenseitig zu hundert Prozent gebunden. Damit unterschieden sich diese Abkommen in keiner Weise von den devisenlosen Verrechnungsverträgen.

Das letzte Zahlungsabkommen in der von mir betrachteten Periode bildete das deutsch-englische Abkommen vom Juli 1938. Hierbei wurde das Austauschverhältnis auf 100:60 festgesetzt, und zwar unter Zugrundelegung

¹³⁾ Lohmann, M., op. cit. S. 78.

¹⁴⁾ Radiis, R. v., Die deutsche Außenhandelspolitik unter dem Einfluß der Devisenbewirtschaftung von 1931 bis 1938, Zürich 1938.

¹⁵⁾ Vgl. S. 9.

¹⁶⁾ Vgl. Der deutsche Volkswirt 1937, S. 2044 ff.

eines deutschen Normalexports im Werte von 30 Mill. Pfund Sterling. Konnte dieser Normalexport nicht erreicht werden, dann trat an seine Stelle eine variable Skala, die es bei einer übernormalen Schrumpfung des Exports ermöglichen sollte, die Bezüge unter das normale Austauschverhältnis herabzusetzen; umgekehrt bestand die Verpflichtung, bei übernormaler Exportausweitung einen erhöhten Devisensatz zu Bestellungen in Großbritannien bereitzustellen¹⁷⁾).

Es erhebt sich nun die Frage, inwieweit Zahlungsabkommen für die deutsche Wirtschaftsplanung von Vorteil waren. Sie mußten es dort sein, wo es sich bei dem Vertragspartner um ein devisenreiches, freies Währungsland handelte und die Möglichkeit bestand, eine frei verfügbare Devisenspitze zu erhalten. Auch handelspolitisch ergaben sich Vorteile. Dadurch, daß diese Abkommen ein bestimmtes Austauschverhältnis von Export und Import verlangten, war es den Überwachungsstellen möglich, Art und Umfang des Imports auf die binnenwirtschaftlichen Erfordernisse abzustimmen. Hinzu kam, daß das bei den Verrechnungsabkommen immer auftretende Saldenproblem sich bei den Zahlungsabkommen quasi von selbst löste. Der deutsche Import mußte sich nach den Exporterlösen ausrichten, es sei denn, eine zeitweise Ausweitung des Imports über die vom Export geschaffenen Wertgrenzen wurde mit freien Devisen bezahlt¹⁸⁾.

Das Gegenseitigkeitsprinzip ist also bei den Zahlungsabkommen in noch schärferer Ausprägung vorhanden als bei Verrechnungsabkommen, denn Zahlungsabkommen verlangen stets den zeitlichen Vorrang des Exports vor dem Import. Damit sind aber auch die Grenzen der Entwicklungsmöglichkeiten von Zahlungsabkommen aufgezeigt und es wird verständlich, daß derartige Abkommen nicht in der Lage waren, den deutschen Außenhandel aus seiner handelspolitischen Starrheit zu befreien.

II. Das Warenclearing

1. Das Kompensationsgeschäft im allgemeinen

Neben dem Zahlungsclearing bildeten sich unter dem Druck der vielfachen Beschränkungen eine Reihe von abweichenden Formen der zwischenstaatlichen Verrechnung heraus, die jedoch alle ihre spezifischen Mängel aufwiesen.

So entstand schon 1931 aus dem direkten Austausch Ware gegen Ware, unter Ausschaltung der international gültigen Zahlungsmittel, das Warenclearing, das unter dem Oberbegriff des Kompensationsgeschäftes¹⁹⁾ drei verschiedene Gruppen umfaßte: Tauschgeschäfte, sonstige private Verrechnungsgeschäfte und Gegenseitigkeitsgeschäfte.

Beim *Tauschgeschäft* handelte es sich um die Kompensation eines deutschen Exports mit einem ausländischen Import, wobei das Verrechnungsobjekt nicht unbedingt auf beiden Seiten eine Warenforderung zu sein brauchte. Es konnte auch eine Warenforderung mit einer im Dienstleistungs-

¹⁷⁾ Lossos, H., op. cit. S. 80/81.

¹⁸⁾ Dies dürfte die Erklärung dafür sein, daß Deutschland im Zahlungsabkommen mit England (1934) seine Importe zeitweilig über das in diesem Abkommen vereinbarte Verhältnis hinaus ausdehnen konnte.

¹⁹⁾ Ahbe, O., Praxis und Mängel des Kompensationsgeschäfts, Hamburg 1936; Barczewski, M., Kompensationsgeschäfte im Rahmen der Kontingentierungspolitik, Berlin 1936; Häfner, K., „Zur Theorie der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkung“, in: W. A., Bd. 41, 1935, S. 190 ff.; Hoffmann-Burgess, Clearing und Kompensation im internationalen Warenaustausch, Berlin 1935.

verkehr entstandenen Forderung verrechnet werden. Da über den Zeitpunkt der Entstehung und den Fälligkeitstermin der miteinander zu kompensierenden Waren nichts ausgesagt wurde, und die Forderungen durch den Verkaufspreis für die kompensierte Ware (bzw. durch Nichtbezahlung der für die betreffende Dienstleistung geschuldeten Summe) verrechnet wurden, handelte es sich um kein Zug-um-Zuggeschäft. Es war also möglich, eine zeitlich zurückliegende Exportforderung zu kompensieren und dadurch eingefrorene Warenschulden zu realisieren.

Sonstige *private Verrechnungsgeschäfte* lagen vor, wenn Exporteur und Importeur in beiden oder mindestens in einem der kompensierenden Länder verschiedene Personen waren; in der Regel traten vier oder mindestens drei Firmen zu Kompensationen zusammen. In jedem Land hatte ein Exporteur eine Forderung und ein Importeur eine Verpflichtung nach dem anderen Land. Die Abrechnung kam in der Weise zustande, daß der Exporteur jeden Landes für seine Forderung aus der Verpflichtung des Importeurs desselben Landes befriedigt wurde.

Die Anwendung der Tauschgeschäfte und der sonstigen privaten Verrechnungsgeschäfte beschränkte man im wesentlichen auf solche Länder, mit denen Deutschland keine Verrechnungs- oder Zahlungsabkommen geschlossen hatte. Dabei wurde die Frage der Zulassung im einzelnen von den Überwachungsstellen entschieden. Eine Ausnahme bildeten lediglich die privaten Verrechnungsgeschäfte mit den Ländern des südosteuropäischen Agrarraumes. Hier erhielten die deutschen Firmen die Genehmigung zum Abschluß von privaten Verrechnungsgeschäften, wenn durch den Import von Waren aus diesen Ländern ihre dort eingefrorenen Warenforderungen aufgetaut werden konnten.

Bei den *Gegenseitigkeitsgeschäften* handelte es sich um Kompensationen, bei denen der Ausgleich der Forderungen nicht direkt, sondern über Verrechnungskonten erfolgte. Entgegen der üblichen Abwicklung im Rahmen der zwischenstaatlichen Verrechnung, kompensierten sich hier nicht Salden, sondern nur die Abschlüsse.

a) Privates Kompensationsgeschäft

Während der direkte Austausch bis 1934 ohne devisenrechtliche Regelung blieb, unterwarf der „Neue Plan“ auch den Kompensationsverkehr bestimmten Grenzen. Kompensationsgeschäfte waren dann erlaubt, wenn diese im Rahmen der sonstigen Methoden der Außenhandelsplanung nicht abgewickelt werden konnten²⁰). Praktisch mußte das Kompensationsgeschäft auf der Exportseite unbedingt den Charakter der „Zusätzlichkeit“ tragen und der Außenhandelsplanung im Hinblick auf die deutsche Rohstoffversorgung dienstbar sein. Zu diesem Zweck wurde für Kompensationsimporte eine Dringlichkeitsskala aufgestellt. Dabei ergab sich eine Bevorzugung für den Import lebenswichtiger Rohstoffe, für die eine volle Kompensation im Verhältnis 1:1 zugelassen war. Für die übrigen Kompensationswaren betrug das Tauschverhältnis zwischen Export und Import 3:1, das bedeutete, daß ein ansehnlicher Devisengewinn gewahrt sein mußte.

Außerdem wurde die Zustimmung zu einer Kompensation nur gegeben, wenn die zuständige Überwachungsstelle das Vorhandensein besonderer wirtschaftlicher Interessen an dem betreffenden Import feststellte oder der

²⁰) Mickwitz, E. v., Außenhandel unter Zwang, op. cit. S. 62.

20 Prozent übersteigende Teil an ausländischem Material in effektiven Devisen oder freien Reichsmark (außer einem sonst noch geforderten Exportüberschuß) der Reichsbank abgeliefert werden konnte²¹⁾.

Die Bedeutung des Kompensationsgeschäftes als Mittel der Handelspolitik war damit klar umrissen. Unter Ausschaltung des Devisen-Wechselkursmechanismus sollte das Kompensationsverfahren nicht nur als Mittel der Rohstoffversorgung dienen, sondern gleichzeitig neue Exportmärkte schaffen.

Wenn nach 1935 die Kompensationsgeschäfte immer mehr an Bedeutung verloren, dann lag es nicht daran, daß diese Tauschformen dem Ziel „einer freischwingenden Außenhandelsgestaltung“ geopfert wurden — wie *Benning* annimmt²²⁾. Vielmehr zeigte die Erfahrung, daß die Kompensationsexporte keineswegs nur zusätzlichen Charakter trugen, sondern daß auch Güter im Kompensationswege exportiert wurden, die jederzeit bare Devisen eingebracht hätten. Hinzu kam, daß die Vorteile, die auf der Einfuhrseite erreicht wurden, durch entsprechende Nachteile auf der Exportseite erkaufte werden mußte. Das zeigte sich besonders bei der Gewährung von „Kompensationsprämien“. Um zu knappen Rohstoffen zu kommen, zahlten die deutschen Importeure den Exporteuren eine Kompensationsprämie in Form des sog. Überpreises²³⁾²⁴⁾. Dadurch wurden die Exporteure in die Lage versetzt, ihre Güter im Ausland zu günstigeren Preisen anzubieten. Diese Manipulation führte zu einem zusätzlichen Export, der seinerseits dem Importeur einen zusätzlichen Import ermöglichte, wobei die Kosten dieses Verfahrens auf den Inlandspreis der importierten Güter abgewälzt wurden.

Durch eine besondere „Verordnung über Preise ausländischer Waren“ vom 22. September 1934²⁵⁾ wurde das Verbot dieser Prämienzahlung ausgesprochen, die in Wirklichkeit eine partielle Abwertung darstellte. Das bewirkte aber lediglich das Ausweichen der Prämienübertragung ins Ausland²⁶⁾. Die vom ausländischen Exporteur an den ausländischen Importeur deutscher Waren gezahlten sog. „Preisüberbrückungsdifferenzen“ gingen weiterhin zu Lasten des deutschen Imports.

Diese an sich nicht bezweckten Nebenwirkungen führten u. a. dazu, daß schon 1935 die Kompensationsmöglichkeiten schrittweise gedrosselt und die Liste der für die Kompensation zugelassenen Exportgüter nach und nach eingeeengt wurde. Schließlich wurde die private Kompensation mit Freidevisenländern, die 1934 immerhin etwa 26 Prozent der Gesamteinfuhr und 45 Prozent der Rohstoffeinfuhr ausmachte²⁷⁾, untersagt.

Zu dieser Entwicklung hat außerdem beigetragen, daß nach 1936 die Wandlungen der Weltmarktverhältnisse auf allen Rohstoffmärkten, deren Ergebnis ein ausgesprochener „Verkäufermarkt“ war, die Kompensationsneigung der Rohstoffexportländer verringerten.

²¹⁾ Radiis, R. v., op. cit. S. 114.

²²⁾ Benning, B., op. cit. S. 47.

²³⁾ Kroymann, K., *Clearing und Kompensation im Außenhandel*, Hamburg 1936, 2. Aufl., S. 48 ff.

²⁴⁾ Nach Lohmann (op. cit. S. 79) sollen diese Prämienzahlungen bis zu 25 Prozent betragen haben. Dieser Satz entsprach fast der Abwertung des englischen Pfunds.

²⁵⁾ RGBl. I, 1934, S. 843.

²⁶⁾ Lossos, H., op. cit. S. 50.

²⁷⁾ Wochenbericht, I. f. K., Nr. 8, 1935, zitiert nach Benning, B., op. cit. S. 47.

b) Ausländersonderkonten für Inlandszahlungen (ASKI)

Während die Zahlungen im Handel mit den europäischen Ländern hauptsächlich über Verrechnungskonten abgewickelt wurden, überwog im Verkehr mit den mittel- und südamerikanischen Staaten die Verrechnung über ASKI²⁸⁾ und die oben beschriebene private Kompensation. Bei den ASKI ging man von dem Gedanken aus, die Zulassung einer Einfuhr an die Bedingung zu knüpfen, daß die Zahlung auf ein Sonderkonto bei einer deutschen Kreditanstalt geleistet wurde und daß über die Bestände dieses Kontos nur zu bestimmten Zwecken verfügt werden durfte. Auch mit dieser Einrichtung bezweckte die deutsche Außenhandelspolitik zusätzliche Exportmöglichkeiten zu schaffen, zumal die auf den ASKI aufgelaufenen Guthaben nur zum Ankauf bestimmter (für den ASKI-Verkehr) zugelassener Waren verwendet werden konnten.

Der Vorteil der ASKI gegenüber dem privaten Kompensationsgeschäft²⁹⁾ bestand darin, daß der deutsche Importeur nicht nach einem entsprechenden Gegengeschäft und Partner suchen mußte. Leistung und Gegenleistung konnten bei der Abwicklung zeitlich auseinanderfallen, so daß man von einer „privaten, dezentralisierten Verrechnung mit aufgeschobener Kompensation“³⁰⁾ sprechen kann.

Neben dieser als „Firmen-ASKI“ bekannten Form der Verrechnung gab es noch sog. „Banken-ASKI“-Konten auf den Namen ausländischer Banken, über die sich der gesamte Zahlungsverkehr mit dem Partnerland abwickelte. Gleich den Firmen-ASKI wurden auch die Banken-ASKI am häufigsten im Verkehr mit den lateinamerikanischen Staaten beansprucht, also mit Ländern, bei denen währungspolitisch ähnliche Voraussetzungen gegeben waren und deren Exportgüter sich in Form relativ weniger Massengüter besonders gut für diese Verrechnung eigneten.

Nach 1935 wurde die Verwaltung der ASKI der deutschen Verrechnungskasse übertragen, wodurch der über diese Konten abgewickelte Warenverkehr, gleich den bilateralen Clearingabkommen, eine zweiseitige Regelung erfuhr. Die so herbeigeführte Bilateralität hätte für die deutsche Außenhandelsplanung von großer Bedeutung sein können. Denn nun waren Art und Umfang des ASKI-Geschäfts genau bestimmbar. Aber auch bei diesen Geschäften kam kein bilateraler Ausgleich zustande, vielmehr wurde vorsätzlich ein deutscher Importüberschuß geschaffen, der zu einer Akkumulation von ASKI-Mark auf den Sonderkonten führte. Da es möglich war, die Guthaben zu verkaufen, bildete sich im Ausland ein Kurs für die ASKI-Mark, die infolge ihrer beschränkten Verwendungsmöglichkeit mit Disagio gehandelt wurde, das beispielsweise 1935 in den USA 20 Prozent, in Chile 30 Prozent und in Kolumbien 35 Prozent betrug³¹⁾. Diese partielle Entwertung veranlaßte die ausländischen Importeure, ASKI-Mark von den Exporteuren ihres Landes zu kaufen. Hierbei erlitten die Exporteure beim Verkauf ihrer Exportforderungen Verluste, die sich nach der jeweiligen Höhe des Disagios richteten.

Die Abweichung des ASKI-Markkurses von dem Kurs der freien Reichsmark hatte zur Folge, daß sie die über diese Sonderkonten abgewickelten

²⁸⁾ Im Grunde entstanden die ASKI aus ähnlichen Überlegungen wie die Sonderkonten für die europäischen Notenbanken bei der Reichsbank.

²⁹⁾ Eine Ausnahme bildeten die Gegenseitigkeitsgeschäfte.

³⁰⁾ Lohmann, M., op. cit. S. 78.

³¹⁾ Ellis II, op. cit. S. 238.

Einführen verteuerte, während Exportgeschäfte aus Deutschland ermöglicht wurden, die bei der Abrechnung zum offiziellen Wechselkurs nicht möglich gewesen wären. So verteuerte sich beispielsweise der Import von Wolle teilweise um 40 bis 50 Prozent gegenüber der gleichen Wolle, die auf dem normalen Verrechnungswege eingeführt wurde.

Im Gegensatz zu der versteckten Prämiengewährung beim Kompensationsgeschäft, konnte sich die deutsche Wirtschaftsführung den Auswirkungen dieser partiellen Entwertung bedienen. Denn durch die Übertragung der ASKI-Mark³²⁾ unter den Ausländern kam eine Preisanpassung zwischen den höheren deutschen und niedrigeren ausländischen Preisen zustande. Damit konnten die den deutschen Exporteuren gewährten Subventionen gekürzt und die Last des Preisangleichs den ausländischen Exporteuren aufgebürdet werden.

Welche Bedeutung der ASKI-Verkehr im Rahmen der zwischenstaatlichen Verrechnung hatte, zeigt nachstehende Gegenüberstellung: Im Jahre 1937 wurden durchschnittlich 9,7 Prozent des deutschen Imports und 7,1 Prozent des deutschen Exports im Wege der ASKI-Verrechnung abgewickelt. 1938 betrug der Anteil — auf Grund der verfügbaren Einengung des Angebots an Exportgütern für ASKI-Geschäfte — nur noch 7,8 Prozent für den Import und 6,1 Prozent für den Export³³⁾.

2. Das Rohstoffkreditgeschäft

Ebenfalls in das Gebiet der Kompensationsgeschäfte gehören die Rohstoffkreditgeschäfte³⁴⁾. Deren Grundgedanke bestand darin, die Bezahlung der Rohstoffimporte aus den Exporterlösen der aus diesen Rohstoffen hergestellten Fertigwaren zu ermöglichen. Es war also eine Überbrückung der Zeitspanne zwischen dem Tag des Rohwareneinkaufs und dem Eingangstag der Exporterlöse notwendig. Diese erfolgte durch die Inanspruchnahme eines Devisenkredits. Die Devisenstellen und später die Überwachungsstellen wurden ermächtigt, die zur Verarbeitung benötigten Rohstoffe unter Kreditaufnahme im Ausland zu erwerben. Mit der Genehmigung zur Aufnahme derartiger Kredite wurde die Genehmigung zu deren Abdeckung aus eigenen Exporterlösen aus dem Rohstoffkreditgeschäft erteilt.

Eine Billigung der Rohstoffkreditgeschäfte machten die deutschen Planungsstellen davon abhängig, daß der Wert der in der Ausfuhrware enthaltenen Rohstoffe einen gewissen Prozentsatz des Gesamtausfuhrwertes nicht überstieg. Weiter wurde verlangt, daß der Gegenwert der Lieferung in frei verfügbaren Devisen einging und daß der aus diesen Geschäften sich ergebende Devisenüberschuß der Reichsbank abgeliefert wurde.

Im übrigen verlangte man bei den Rohstoffkreditgeschäften den Nachweis, daß diese einen zusätzlichen Export ermöglichen und damit die Devisenbilanz verbessern helfen.

Von diesen Voraussetzungen konnten bestimmte Firmen, wenn sie regelmäßig Rohstoffkreditgeschäfte abschlossen, befreit werden. Sie erhielten allgemeine Genehmigungen, die es ihnen erlaubten, genau limitierte Rohstoffmengen für ihre Produktion innerhalb bestimmter Fristen auf Kredit zu importieren.

³²⁾ Vgl. hierzu: Kapitel 7: „Das Problem der Wechselkurse“.

³³⁾ Lossos, H., op. cit. S. 53.

³⁴⁾ RE. 60/35 DST., 23/35 UST. vom 30. März 1935; vgl. hierzu weiter: Müller, H., Wareneinfuhr und Transithandel, Bd. I, Berlin 1938.

Den Rohstoffkreditgeschäften, die man als Außenhandel auf Borg bezeichnen könnte und deren Entstehung nur aus der prekären deutschen Devisenlage zu verstehen ist, lag ein einleuchtender Gedanke zugrunde. Obwohl sie in der ersten Zeit sehr gefördert wurden, beschränkte man später ihre Genehmigung mehr und mehr, zumal sie schlecht in die Gesamtregelung des „Neuen Plans“ paßten. Zudem wurde infolge der zunehmenden Zahlungs- und Verrechnungsabkommen ihr Anwendungsgebiet immer kleiner, weil Exporterlöse in Form frei verfügbarer Devisen kaum noch anfielen. Ihre Genehmigung wurde nach 1935 auf Ausnahmefälle beschränkt.

III. Bilanz der zwischenstaatlichen Verrechnung

Die Bedeutung der zwischenstaatlichen Verrechnung für den deutschen internationalen Zahlungsverkehr zeigt die Übersicht auf Seite 36.

Aus dieser Tabelle wird ersichtlich, daß im Jahre 1932, dem letzten Jahr vor der Neuorientierung des deutschen Außenhandels die Summe der aktiven und passiven Handelsbilanzen 3655 Mill. RM oder 35,1 Prozent des Außenhandelsumsatzes betrug; anders ausgedrückt: 64,9 Prozent des gesamten Außenhandelsumsatzes wurden im bilateralen Verkehr abgewickelt, während 35,1 Prozent des Umsatzes im Mehreckverkehr bezahlt wurden.

Die Vergleichsziffern für das Jahr 1935 betrug 77,6 Prozent im bilateralen Verkehr und 22,4 Prozent im Mehreckverkehr. Im Jahre 1938 war im großen und ganzen die Umlagerung der deutschen Ein- und Ausfuhr-richtung vollzogen. Infolgedessen kam es nochmals zu einer Steigerung der Anteilsgröße der im Gegenseitigkeitsverkehr abgewickelten Export- und Importkosten. So betrug die Summe der aktiven und passiven Handelsbilanzen 1938 nur noch 19,4 Prozent des gesamten Außenhandelsumsatzes; 80,6 Prozent des totalen Außenhandelsumsatzes wurden demnach im bilateralen Verkehr abgewickelt.

Noch augenscheinlicher wird die Entwicklung des bilateralen Verrechnungssystems, wenn man die Einfuhr und Ausfuhr gesondert betrachtet. Es zeigt sich, daß 1932 72,3 Prozent des Imports durch Gegenausfuhren beglichen wurden; während die durch Gegenexporte kompensierten Importe 1938 79,2 Prozent betrug. Auf der Ausfuhrseite wurden 1932 58,8 Prozent durch Gegenimporte bezahlt. Diese Anteilsgröße am Gesamtexport stieg bis 1938 auf 82,1 Prozent an.

An und für sich muß die Tatsache, daß für Deutschland die Bilateralität zum tragenden Grundsatz der zwischenstaatlichen Verrechnung wurde, verwundern, denn die starke Streuung der Export- und Importrichtung bis 1937 bot eine denkbar schlechte Voraussetzung für die Durchführung des zweiseitigen Bilanzausgleichs. So zeigt sich gerade bei der Gegenüberstellung des deutschen Europa- und Überseehandels das Auseinanderklaffen von Einfuhr- und Ausfuhr-richtung. Wie einschneidend die Umstellungen des deutschen Außenhandels waren, ergibt sich aus nachstehender Übersicht. Während 1932 48,5 Prozent der deutschen Ausfuhr im Europahandel zur Abdeckung der Passivsalden im Überseehandel verwendet wurden, mußte im bilateralen Verrechnungssystem die Möglichkeit einer Kompensation der einzelnen Salden verschwinden. Denn es war das Ziel der deut-

Der Gegenseitigkeitsverkehr im deutschen Außenhandel^{a)}
1932—1938

	1932		1935		1938	
	Mill. RM	v. H.	Mill. RM	v. H.	Mill. RM	v. H.
Einfuhr	4667	100	4159	100	5449	100
davon durch Ausfuhr im Gegenseitigkeits- verkehr abgeglichen ..	3375	72,3 ^{b)}	3262	78,4 ^{b)}	4316	79,2 ^{b)}
Ausfuhr	5739	100	4270	100	5257	100
davon zur Einfuhr- bezahlung im Gegen- seitigkeitsverkehr ...	3375	58,8 ^{c)}	3262	76,4 ^{c)}	4316	82,1 ^{c)}
Umsatz	10406	100	8429	100	10706	100
Summe d. Salden	3655	35,1 ^{d)}	1906	22,6 ^{d)}	2074	19,4 ^{d)}
Aktivsalden	2364	—	1008	—	941	—
Passivsalden ...	1292	—	897	—	1133	—

Anm.: a) Altreich; 1938 ausschließlich Warenverkehr mit Österreich.

b) v. H. der Einfuhr; c) v. H. der Ausfuhr; d) v. H. des Umsatzes.

(Quelle: Währung und Wirtschaft 1939, S. 51 ff., zitiert nach Lossos, H., op. cit. S. 55.)

schen Außenhandelsregulierung, „Einfuhr- und Ausfuhrrihtung bei Aufrechterhaltung des gesamten Außenhandelsumsatzes miteinander in Zusammenklang zu bringen“³⁵⁾. Bis zu einem gewissen Grade läßt sich aus dieser Forderung die in ihrer Höhe schwankende deutsche Clearingverschuldung erklären. Es muß aber bemerkt werden, daß es sich bei den Schwierigkeiten, die die Anwendung des Gegenseitigkeitsprinzips im deutschen Außenhandel mit sich brachte, nicht um einmalige oder vorübergehende Friktionen handelte, sondern um strukturelle Faktoren, die den alten Strukturaufbau des deutschen Außenhandels zwangsläufig umgestalten mußten.

Welche Bedeutung die neuen Methoden der zwischenstaatlichen Verrechnung nach dem Umbau der Außenhandelsstruktur hatten, geht daraus hervor, daß 1937 ungefähr 87,4 Prozent der Einfuhr und 90,8 Prozent der Ausfuhr und 1938 85,9 Prozent der Einfuhr und 91,9 Prozent der Ausfuhr³⁶⁾ auf bilateralem Verrechnungswege abgewickelt wurden.

³⁵⁾ Lossos, H., op. cit. S. 57.

³⁶⁾ In diesen Zahlen ist der Anteil der ASKI-Geschäfte enthalten, nicht aber der der Einzelkompensationsgeschäfte.

Der Gegenseitigkeitsverkehr im Europa- und Überseehandel Deutschlands²⁷⁾
1932—1938

Europahandel

	Mill. RM	1932 a) %	b) %	Mill. RM	1935 a) %	b) %	Mill. RM	1938 a) %	b) %
Import	2540	100	54,4	2564	100	61,6	2967	100	54,4
Import im Gegenseitigkeitsverkehr	2408	94,8	—	2243	87,5	—	2882	97,2	—
Export	4678	100	81,5	3125	100	73,2	3665	100	69,7
Export im Gegenseitigkeitsverkehr	2408	51,5	—	2243	71,5	—	2882	78,6	—
Handelsbilanz	+2138	—	—	+561	—	—	+699	—	—

Überseehandel

Import	2092	100	44,8	1583	100	38,1	2463	100	45,2
Import im Gegenseitigkeitsverkehr	964	46,1	—	1014	64,0	—	1429	58,0	—
Export	1058	100	18,4	1140	100	26,7	1585	100	30,1
Export im Gegenseitigkeitsverkehr	964	91,1	—	1014	88,8	—	1429	90,1	—
Handelsbilanz	—1034	—	—	—443	—	—	—877	—	—

(Quelle: Lossos, H., op. cit. S. 56.)

²⁷⁾ 1938 ausschließlich Österreich; a) i. v. H. der Einfuhr, Ausfuhr; b) i. v. H. der gesamten Einfuhr bzw. Ausfuhr.

Der zentralen Stellung der bilateralen Verrechnung in Deutschland entsprach auch die Anzahl der Clearingverträge. So entfielen von den im Jahre 1939 bestehenden 138 Clearingabkommen³⁷⁾ 40 allein auf Deutschland.

³⁷⁾ Andersen, P. N., *Bilateral Exchange Clearing Policy*. Copenhagen und London 1946.

4. Kapitel

DIE FRAGE DER STRUKTURERGÄNZUNG UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DEN DEUSCHEN AUSSENHANDEL

I. Deutschlands Außenhandel mit Industrieländern

Wie die Entwicklung zeigt, haben sich die Außenhandelsbeziehungen zwischen Deutschland und Industrieländern im System des Bilateralismus denkbar ungünstig gestaltet. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sich — neben den Auswirkungen politischer und konjunktureller Einflüsse — der bilaterale Markt für die Differenziertheit der Industrieproduktion als viel zu eng erweisen mußte, da die Nachfrage nach gegenseitigen Gütern, vor allem infolge der Gleichartigkeit des Exportmaterials, noch kleiner war, als man ursprünglich annahm¹⁾. In den Handelsbeziehungen Deutschlands mit Industrieländern hatten daher alle Arten des zweiseitigen Verkehrs die Tendenz, die Salden im Außenhandel zusammenzupressen. Hinzu trat, daß durch die gegenseitige Strukturverwandtschaft den bilateralen Abkommen die erforderliche Elastizität fehlte, um sich dem jeweiligen Stand der Entwicklung anzupassen. Im Falle Deutschlands ist dies insofern nicht überraschend, als die Gestaltung der effektiven Nachfrage nach Gütern nicht direkt durch die Kaufkraft der Konsumenten sondern durch die Orientierung der Überwachungsstellen an den jeweiligen Plänen zustande kam. Das bedeutete, daß der Import von Rohstoffen auf alle Fälle dem von Kapitalgütern vorgezogen wurde. Infolgedessen mußten sich die Güterströme zwischen Deutschland und den Industrieländern zwangsläufig verengen. Den verbleibenden Rest an gegenseitig begrenzter Nachfrage versuchten die Verrechnungs- und Zahlungsabkommen und die private Kompensation der Vielfalt der gegenseitigen Produktion anzupassen.

Im Handelsverkehr Deutschlands mit Industrieländern sind vor allem die USA, Schweiz, Großbritannien und Frankreich zu nennen. Während Deutschland bei den beiden letztgenannten Ländern die Grenze seines Handelsumsatzes durch Zahlungsabkommen nach „oben“ zu drücken (oder mindestens ein für seine Bedürfnisse befriedigendes Umsatzniveau zu halten) versuchte, ließen sich die USA auf den Abschluß eines bilateralen Vertrages nicht ein. Nur für den Bezug von Baumwolle kam man darüber ein, den Zahlungsverkehr über ASKI abzuwickeln. Der Sicherung dieses Abkommens diente die Bestimmung, daß sich an dem Verkehr nicht alle zugelassenen Importeure, sondern nur „besonders zuverlässige Baumwollfirmen“²⁾ beteiligen konnten. Die administrative Zuteilung von Importen, als zweite Form der ökonomischen Planung, wurde somit durch eine positive Zuteilung ausländischer Güter an die in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht wichtigsten Verarbeiter ergänzt. Die Gestaltung des Angebots, die in Form fixierter Quoten die Basis für die erwähnte administrative Zuteilung

¹⁾ Nach L. Metzler haben empirische Untersuchungen gezeigt, daß die Preiselastizitäten der Nachfrage nach Importen für England 0,64 und für die USA 0,5 ergeben. (Vgl. L. A. Metzler: „The Theory of International Trade“, in: A Survey of Contemporary Economics, New York and Toronto, 1948, S. 226.) In diesem Zusammenhang kann auf Grund der oben erwähnten Gleichartigkeit des Exportmaterials auch für Deutschland mit einer ebenfalls unelastischen Nachfrage gerechnet werden. Inwieweit der Aussagewert dieser Feststellung durch die geringe Bedeutung der Preis- und Einkommenselastizitäten der Nachfrage nach Importen eingeschränkt wird, läßt sich nicht beurteilen, zumal die Willkürlichkeit der Eingriffe durch die Überwachungsstellen und die relativ plötzlichen Änderungen der politischen Zielsetzungen der Außenhandelspolitik keinen eindeutigen Schluß zulassen.

²⁾ Lohmann, M., op. cit. S. 81.

der Importe lieferte, wurde also dadurch verschärft, daß eine Differenzierung unter den Verarbeitern vorgenommen wurde. Durch die zugeteilten Rohstoffquoten konnte nun die Produktionshöhe genau bestimmt werden.

Wenn auch den Handelsbeziehungen mit den USA durch die Errichtung von ASKI etwas von ihrer Starrheit genommen wurde, so muß doch bemerkt werden, daß diese Einrichtung nur ein Palliativmittel sein konnte, das an der grundsätzlich rückläufigen Tendenz nichts zu ändern vermochte. Im Verkehr mit Industrieländern hat die „Zwangsjacke der Gegenseitigkeit“³⁾ tatsächlich als Spirale nach „unten“ gewirkt.

Die Intensität der deutschen Handelsbeziehungen mit Industrieländern (i. v. H. der deutschen Ein- und Ausfuhr)

L ä n d e r:	E i n f u h r		A u s f u h r	
	1929	1938	1929	1938
Belgien-Luxemburg	4,5	4,3	3,3	3,6
Frankreich	6,9	4,1	4,8	2,6
Schweiz	4,7	3,9	2,4	1,9
Großbritannien*)	9,7	6,7	6,4	5,2
USA	7,4	2,8	13,3	7,4
Tschechoslowakei**)	4,9	2,6	3,6	2,4

Anm. *) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1938.

**) Hillmann, H. C., „Germany's Foreign Trade and the War“, in: *Economica* vol. L., 1940, S. 73.

(Quelle: Vjh. z. Wirtschaftsforschung, 1939/40, S. 75/77.)

Wie diese Zahlen zeigen, war der Umsatz mit den USA, England und der Tschechoslowakei am stärksten gesunken. So ging beispielsweise der deutsche Exportanteil nach den USA am Gesamtexport von 7,4 Prozent im Jahre 1929 auf 2,8 Prozent im Jahre 1938 zurück. Das bedeutet, daß der deutsche Export nach den USA 1938 nur 37,8 Prozent desjenigen von 1929 betrug. In der gleichen Periode sank auch der deutsche Importanteil von 13,3 Prozent auf 7,4 Prozent, was beinahe einer Halbierung des deutschen Importanteils (55,6 Prozent) — verglichen mit dem Jahre 1929 — gleichkam⁴⁾.

Diese Entwicklung im deutsch-amerikanischen Handel war — wie aus der Übersicht hervorgeht — symptomatisch für den Handel mit allen Industrieländern.

II. Deutschlands Außenhandel mit reinen Agrarländern

Eine Intensivierung der Außenhandelsbeziehungen mit reinen Agrarländern⁵⁾ mußte für Deutschland besonders erstrebenswert sein. Wenn auch versucht wurde, durch „Erzeugungsschlachten“ und „Vierjahrespläne“ die nationale Rohstoffbasis durch zum Teil kostenverachtende Förderung von Substitutionsgütern zu verbreitern und dadurch die Importneigung für Nahrungsmittel und Rohstoffe zu senken, konnte Deutschland trotzdem nicht auf deren Import verzichten. Denn die in verstärktem Maße betrie-

³⁾ Lossos, H., op. cit. S. 63.

⁴⁾ Hierbei ist aber einschränkend zu bemerken, daß die großen deutschen Eindeckungen im Jahre 1938 aus Mitteln des Devisenreservefonds die Anteilgröße des Imports größer erscheinen lassen, als sich bei reinem Gegenseitigkeitsverkehr ergeben hätte.

⁵⁾ Reines Agrar- und Rohstoffland wird in der vorliegenden Untersuchung als ein Wirtschaftstyp betrachtet.

bene Vollbeschäftigungspolitik, die sich mit der Forcierung der Rüstung zur Überbeschäftigung entwickelte, ließ den Importbedarf für Rohstoffe von neuem ansteigen. So erhöhte sich der Anteil der Rohstoffimporte am Gesamtimport von 27,3 Prozent (1932) auf 33,9 Prozent (1938). In der gleichen Zeit sank zwar der Anteil der Nahrungsmittelimporte von 45,7 Prozent auf 38,7 Prozent; aber auch hier zeigte — nachdem 1935 mit 34,5 Prozent der Tiefpunkt erreicht war — der Trend der Entwicklung wieder deutlich nach oben. Hierfür war die Tatsache entscheidend, daß der Import von Rohstoffen nicht nur für die Erhaltung der Vollbeschäftigung, sondern besonders für die Erhaltung des Exportvolumens, auf das sich der gesamte deutsche Außenhandel stützte, notwendig war.

Während Deutschland auf Grund der sich bietenden strukturellen Ergänzung zum bilateralen Verkehr mit reinen Agrarländern bereit war, mußte dieser bei den Partnerländern, die infolge ihrer relativ geringen Produktivität nicht genügend bilateral wirksame Nachfrage nach deutschen Produkten entfalten konnten, begrenzt sein. Das heißt, der Austausch von Agrarprodukten und Rohstoffen gegen qualifizierte Fertigwaren konnte der mangelnden Aufnahmefähigkeit der Partnerländer wegen keine hervorragende Bedeutung erlangen.

*Die Intensität der deutschen Handelsbeziehungen
mit Agrar- bzw. Rohstoffländern*

(i. v. H. der deutschen Ein- und Ausfuhr)

L ä n d e r :	E i n f u h r		A u s f u h r	
	1929	1938	1929	1938
Türkei	0,5	2,9	0,6	2,1
Ägypten	0,6	0,9	0,6	0,8
Britisch-Indien	1,6	2,6	4,6	3,0
China	1,4	2,4	2,8	2,3
Brasilien	1,6*)	3,1*)	1,6*)	3,9*)

Anm.: *) Hillmann, H. C., op. cit. S. 73.

(Quelle: Vjh. z. Wirtschaftsforschung, 1939/40, op. cit. S. 75/77.)

In diesem Zusammenhang ist besonders die Erhöhung der Anteilsgrößen der Türkei, Brasiliens und Ägyptens am Gesamtexport und -import Deutschlands bemerkenswert. Auf der Importseite ist die Anteilserhöhung hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß nach Inkrafttreten des „Neuen Planes“ und der damit verbundenen Umlagerung des deutschen Außenhandels, die Baumwollbezüge eine Neuorientierung erfuhren. Während noch 1929 die USA mit 70,5 Prozent der Hauptlieferant Deutschlands waren, sank ihr Anteil am Gesamtimport bis 1937 auf 33,89 Prozent. Diesem Rückgang um 48,1 Prozent — verglichen mit dem Jahre 1929 — entsprach in der gleichen Periode etwa die Erhöhung der Anteilsgröße der obengenannten Länder. So stiegen die deutschen Baumwollbezüge aus Ägypten von 5,07 Prozent (1929) auf 11,68 Prozent (1937), und die aus Brasilien gar von 0,16 Prozent (1929) auf 20,04 Prozent (1937).

Noch deutlicher werden diese Verlagerungen im Handelsverkehr mit der Türkei. Hier ist besonders interessant, daß die Türkei im Jahre 1930 mit dem relativ bescheidenen Anteil von 0,56 Prozent in den Kreis der

Baumwollanbieter trat und diesen Prozentsatz bis 1937 auf 2,41 Prozent erhöhen konnte. Das war nur möglich, weil Deutschland durch Preiszugeständnisse und Abnahmezusagen die Türkei veranlaßte, zur Produktion von Baumwolle überzugehen.

Die Umlenkung der deutschen Baumwollbezüge von den USA nach Ägypten und Brasilien, die eine zwangsläufige Folge der Verwendung gerade verfügbarer Clearingsalden war, hatte — ganz abgesehen von der Bedeutung der Baumwollpreise — nachteilige Wirkungen für die deutsche Textilindustrie. So verursachte beispielsweise die Verwendung hochwertiger, langfaseriger Baumwolle aus Ägypten eine Preissteigerung der Textilien auf dem deutschen Markt, die nur durch eine rigorose Kosten- und Preiskontrolle teilweise absorbiert werden konnte. Dasselbe gilt für die brasilianische Baumwolle. Diese war von geringer Qualität und für die deutschen Textilmaschinen vollkommen ungeeignet. Der dadurch notwendig gewordene Anpassungs- und Umstellungsprozeß zog eine beträchtliche Kostensteigerung nach sich, und zeigte somit, daß durch den Bilateralismus nicht nur die Güterströme in neue und zum Teil unerwünschte Kanäle geleitet, sondern auch, wie *Ellis*⁶⁾ sagt, neue „Punkte“ auf den Kosten- und Nachfragekurven im internationalen Handel realisiert werden, wodurch zwangsläufig neue Angebots- und Nachfragemengen entstehen.

Neben den auf Grund technischer und ökonomischer Verschiebungen gestiegenen Produktionskosten spielte vor allem die Steigerung der Importpreise eine hervorragende Rolle. Ein Vergleich der deutschen Importpreise für Baumwolle aus den drei typischen Clearingländern Ägypten, Britisch-Indien und Brasilien mit dem Weltmarktpreis für Baumwolle der gleichen Länder zeigt, daß die deutschen Importpreise für ägyptische Baumwolle bedeutend über dem amerikanischen Preis lagen. Daß Deutschland — wie aus nachstehender Tabelle hervorgeht — im ganzen gesehen seine Baumwollimporte zu höheren als Weltmarktpreisen bezahlte, war keine Ausnahme. Die Preise für importierte Öle, Wolle, Kupfer und Petroleum zeigten die gleiche Tendenz.

Deutsche Importpreise und Weltmarktpreise für Baumwolle
(ausgedrückt i. v. H. des amerikanischen [US]Preises)

	Deutsche Importpreise:				
	1932	1933	1935	1936	1937
Ägypten	136	134	148	165	159
Britisch-Indien	84	77	95	96	97
Brasilien	—	—	165	151	140
Weltmarktpreise:					
USA	100	100	100	100	100
Ägypten	142,2	110,3	114,7	118,8	127,2
Britisch-Indien	88,3	75,1	79,9	74,3	77,1
Brasilien	104,8	98,8	96,8	93,7	91,5

(Quelle: *Ellis II*, op. cit. S. 252)

Zu einer gesamthaften Betrachtung der deutschen Importpreise ist zu sagen, daß ihre Höhe einerseits aus der marktverengenden Tendenz des Bilateralismus und der in seinem Gefolge auftretenden Umlagerung des

⁶⁾ *Ellis II*, op. cit. S. 260.

deutschen Außenhandels und andererseits aus der überbewerteten Währung notwendigerweise folgen mußte. Wie an anderer Stelle gezeigt wird⁷⁾, vermochte Deutschland infolge seiner überbewerteten Währung vorteilhaftere "terms of trade" zu sichern, als dies bei einem Gleichgewichtskurs möglich gewesen wäre. Oft wurde aber der dadurch entstehende „Vorteil“ tatsächlich gar nicht wahrgenommen. Dies vor allem dann nicht, wenn die zentrale Außenhandelskontrolle beim Bezug bestimmter Rohstoffe, wie z. B. Baumwolle und Soja weniger an vorübergehenden guten Bedingungen⁸⁾ als an konstanten Umsätzen und langfristigen Verträgen interessiert war⁹⁾. Da außerdem die Agrar- und Rohstoffländer nur bei sinkenden Preisen bereit waren, ihre Produkte gegen Verrechnungsdevisen zu liefern, mußte Deutschland schon aus diesem Grund höhere als Weltmarktpreise bieten, um auch in Zeiten eines prosperierenden Weltmarktes Rohstoffe und Agrarprodukte zu erhalten.

III. Deutschlands Außenhandel mit sich entwickelnden Agrar- bzw. Rohstoffländern

Auf beinahe „ideale Voraussetzungen“ traf der Gegenseitigkeitsgedanke bei strukturergänzenden Ländern. Durch die seit dem ersten Weltkrieg verstärkt in Gang gekommene Industrialisierungswelle dieser Länder, war ein wirkliches „weltwirtschaftliches Gefälle“¹⁰⁾ entstanden. Die Industrialisierung schuf neue, kaufkräftige Binnenmärkte und damit neue Nachfrage nach ausländischen Waren, die sich naturgemäß auf andere Güter als bisher erstrecken mußte. Dieser durch die wirtschaftliche Entwicklung der südosteuropäischen und lateinamerikanischen Staaten (in weniger starkem Maße die Länder Vorderasiens) geforderten Änderung der warenmäßigen Zusammensetzung des Exports der Industrieländer, konnte sich die deutsche Ausfuhr mit ihrem hohen Investitionsgüteranteil und Güter allgemeinen Verwendungszwecks¹¹⁾ gut anpassen. Sie wurde durch diese Bedürfnisverschiebung sogar strukturell begünstigt.

Hauptgruppen der industriellen Ausfuhr Deutschlands

	Invest. güter	d a v o n Güter allg. Verwend zw.	Verbr. güter	Invest. güter	1929 = 100 Güter allg. Verwend. zw.	Verbr. güter
1929	4284	3582	4365	100,0	100,0	100,0
1933	1624	1538	1402	37,0	42,9	32,1
1934	1416	1434	1097	32,2	40,0	25,1
1935	1547	1506	1059	35,3	42,0	24,3
1936	1913	1586	1196	43,6	44,3	27,4
1937	2504	2011	1326	57,1	56,1	30,3
1938	2427	1654	1103	55,4	46,2	25,3

(Quelle: Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, 11. Jg., Nr. 11, 1938, S. 131; Abkürzungen: Invest.güter = Investitionsgüter; Güter allg.Verwend.zw. = Güter allgemeinen Verwendungszwecks; Verbr.güter = Verbrauchsgüter.)

Wie aus der Tabelle hervorgeht, ist der Anteil der Verbrauchsgüter am industriellen Export — verglichen mit dem Jahre 1929 — 1938 um annähernd 75 Prozent zurückgegangen. Dagegen hat sich der Anteil der In-

⁷⁾ Vgl. S. 51.

⁸⁾ Stucken, R., op. cit. S. 134.

⁹⁾ Mandelbaum, K., op. cit. S. 292.

¹⁰⁾ Wagemann, E., Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft, Berlin 1931, S. 30 f.

¹¹⁾ U. a. Kohle, Koks, Düngemittel, Papier, Chemikalien usw.

vestitionsgüter und Güter allgemeinen Verwendungszwecks „nur“ halbiert. Hierbei fällt besonders die geringe Schwankungsintensität der letzten Gruppe auf. Diese ist darauf zurückzuführen, daß Deutschland bei einigen, zu dieser Gruppe gehörenden Gütern (Kohle, Koks) eine monopolistische Marktstellung (Lieferungsmonopol) besaß, die eine relative Beständigkeit ihres Anteils am Export garantierte.

Welche Bedeutung die Abnahmebereitschaft der Agrar- und Rohstoffländer für den deutschen industriellen Export hatte, geht daraus hervor, daß beispielsweise der vorderasiatische Handel auf der Exportseite 1932/38 anteilmäßig von 1,3 auf 5,5 Prozent der deutschen Einfuhr zunahm. Gesamthaft fiel er aber auch 1938 für den deutschen Handel noch gering ins Gewicht¹²⁾.

Augenfälliger war die Ausweitung im Handelsverkehr mit Südosteuropa und Lateinamerika. Mit einem Anteil von 10,3 Prozent im Jahre 1938 (im 1. Quartal 1939 = 12,3 Prozent) gegenüber 3,5 Prozent (1932) des deutschen Exports nach Südosteuropa und mit 11,7 Prozent (im 1. Quartal 1939 = 10,9 Prozent) gegenüber 4,1 Prozent des deutschen Exports nach Lateinamerika, nahmen beide Ländergruppen zusammen mehr als ein Fünftel der gesamten Ausfuhr auf und trugen mit 25,7 Prozent über ein Viertel zur deutschen Einfuhr bei¹³⁾.

Obwohl die Länder Lateinamerikas im allgemeinen eine den südosteuropäischen Staaten entsprechende Wirtschaftsstruktur aufwiesen, spielte sich der Handelsverkehr mit ihnen nicht im Vollclearing, sondern in der Hauptsache auf dem Kompensationswege und besonders über ASKI ab. Dies rührt daher, daß die Clearingabkommen, die kurz nach Inkrafttreten des „Neuen Planes“ mit den lateinamerikanischen Ländern¹⁴⁾ abgeschlossen wurden, wohl der verstärkten Liquidation der eingefrorenen deutschen Forderungen nachkamen, nicht aber eine Expansion der deutschen Exporte zuließen. Da nach der Liquidation der Forderungen ein chronischer Importüberschuß bestehen blieb, versprach man sich von der Einrichtung der ASKI einen Aufschwung des Handelsumsatzes. Der Zwang zur Abnahme von Waren, die der zentralen Planung nicht entsprachen, war allerdings dann nicht in diesem Maße gegeben wie im Vollclearing und der Einfluß der zentralen Planung auf den gesamten Wirtschaftsverkehr mit dem Partnerland hielt sich in engeren Grenzen.

Im ganzen gesehen konnte die zentrale Außenhandelskontrolle im Handel mit Lateinamerika wirtschaftliche Vorteile erreichen. Ob aber das bis 1938 erzielte Handelsvolumen in der Folge hätte gehalten werden können, muß bezweifelt werden, weil die bis dahin die Expansion bewirkenden Faktoren: die Schaffung eines vorsätzlichen Importüberschusses und bewegliche Verrechnungskurse, sich auf die Dauer in ihrer Wirkung gegenseitig aufheben mußten.

¹²⁾ Die letzte uns zugängliche Statistik zeigt einen Anteil von 5,2 Prozent (im 1. Quartal 1939).

¹³⁾ Vgl. den oben zitierten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung.

¹⁴⁾ Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien und Uruguay. Vgl. hierzu: Schneider, K., Der Welt-handel im Clearingverkehr, Berlin 1937, S. 108/125 und S. 140 ff.

*Die Intensität der deutschen Handelsbeziehungen
mit den wichtigsten lateinamerikanischen Ländern
(i. v. H. der deutschen Ein- und Ausfuhr)*

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1929	1938	1929	1938
Argentinien	5,5	4,0	2,8	2,8
Brasilien	1,6	3,9	1,6	3,1
Venezuela	0,9	1,3	0,6	1,4
Uruguay, Chile	0,9	1,7	0,7	1,2
Kolumbien	0,4	1,0	0,6	0,9
Peru	0,1	0,7	0,2	0,6
Mexiko	0,7	1,1	0,4	0,9

(Quelle: Vjh. z. Wirtschaftsforschung, 1939/40, H. 1, N. F., S. 75/77.)

*Der Anteil Deutschlands am Gesamtaußenhandel
der lateinamerikanischen Länder 1938*)*

Argentinien	7,0	32,0
Brasilien	19,2	46,8
Venezuela	8,0	15,2
Uruguay, Chile	12,0	—
Kolumbien	12,9	25,0
Peru	14,0	12,6

**))

(Quelle: *) Hillmann, H. C., op. cit. S. 73.

**) Vergleichszahlen für Mexiko fehlen.

Die Tatsache, daß sich der Anteil des deutschen Exports nach Lateinamerika von 4,1 Prozent (1932) auf 11,7 Prozent (1938) erhöhte, widerspricht nur scheinbar diesen Überlegungen. Wenn auch die deutschen Verkäufe unter Weltmarktpreisen und der 1937 wieder einsetzende Konjunkturrückschlag die deutsche Stellung auf den Rohstoffmärkten festigten, so ist zu bedenken, daß beide Faktoren nichts mit der Devisenbewirtschaftung und dem bilateralen Vertragssystem — also dem System der deutschen Außenhandelspolitik — zu tun hatten. Die günstige Entwicklung wurde durch Methoden verursacht, die weitgehend politischen Charakter trugen oder durch Faktoren bewirkt, deren Einmaligkeit einen zufällig aufwärts gerichteten Effekt erzeugten. Denn gerade konjunkturelle Faktoren vermögen die Grundverhältnisse der volkswirtschaftlichen Struktur nicht zu verändern, sondern können sie nur vorübergehend und auf der Oberfläche beeinflussen.

Nicht viel anders ist die Entwicklung der deutschen Handelsbeziehungen mit Südosteuropa bis 1938 zu werten. Auch hier war der unmittelbare Anlaß zum Abschluß der Clearingabkommen der Jahre 1931—1934 die Auftauung der blockierten Handels- und Finanzschulden. Diese „Liquidationsabkommen“¹⁵⁾ wurden, nachdem sie ihren Zweck erreicht hatten und ein bilateraler Ausgleich nahezu erzielt worden war, mit keinen oder nur geringfügigen Änderungen beibehalten. Der bilaterale Ausgleich wurde auf verschiedene Weise erreicht.

Im Handelsverkehr mit *Rumänien* und *Ungarn* gingen die deutschen Exporte und Importe gleichzeitig zurück und der bilaterale Ausgleich kam

¹⁵⁾ Andersen, P. N., op. cit. S. 21.

auf einem niedrigeren Niveau zustande. Da Deutschland eine passive Handelsbilanz aufwies, mußten die deutschen Importe im Handel mit Rumänien stärker zurückgehen als die Exporte. Dagegen sanken im deutsch-ungarischen Handelsverkehr infolge der aktiven Handelsbilanz Deutschlands die Exporte stärker als die Importe.

In den Austauschbeziehungen mit *Jugoslawien*, demgegenüber Deutschland ebenfalls eine aktive Handelsbilanz aufwies, sanken die Exporte, während die Importe anstiegen. Der Bilanzausgleich kam also dadurch zustande, daß die „Defizitseite“ stieg, und die „Überschußseite“ sank.

Im Handelsverkehr mit *Bulgarien* und *Griechenland* erfolgte der Bilanzausgleich nach „oben“, d. h. sowohl die deutschen Exporte als auch die Importe erhöhten sich, wobei die Exporte in schnellerem Maße zunahmen.

Das Jahr 1935 kennzeichnet die endgültige Umlagerung der deutschen Ausfuhr- und Einfuhrrichtung von West- nach Südosteuropa. Die Gründe hierfür waren mannigfacher Natur. Einmal boten die Clearingabkommen mit den Balkanstaaten die Möglichkeit, den durch die Vollbeschäftigungspolitik gestiegenen Rohstoffbedarf auf dem sichersten Wege zu decken. Weiter spielten „wehrwirtschaftliche — und politische Gesichtspunkte“ eine Rolle.

Südosteuropas Anteil am deutschen Handelsumsatz

(i. v. H. der deutschen Ein- und Ausfuhr)

Länder:	Ausfuhr			Einfuhr		
	1929	1932	1935	1929	1932	1935
Rumänien	1,2	1,1	1,5	1,6	1,6	1,9
Jugoslawien	1,1	0,8	0,9	0,4	0,6	1,5
Ungarn	1,1	0,8	1,5	0,7	0,8	1,9
Griechenland	0,6	0,4	1,1	0,8	1,3	1,4
Bulgarien	0,3	0,4	1,1	0,4	0,7	1,0

(Quelle: Vjh. z. Wirtschaftsforschung, I. f. K., 14. Jg., H. 1, N. F. S. 75/77; vgl. auch: Hillmann, H. C., op. cit. S. 73.)

Denn für die Durchführung der Aufrüstung war die Kontinuität und politische Sicherheit des Angebots zum zentralen Problem der deutschen Handelspolitik geworden. Hinzu trat, daß Jugoslawien durch die gegen Italien verhängten Wirtschaftssanktionen des Völkerbundes seinen Hauptexportmarkt verlor und in dem wachsenden deutschen Markt einen willkommenen Ausgleich fand.

Abgesehen von diesem einmaligen und zufälligen Umstand, der Deutschland einen strukturergänzenden Markt öffnete, glauben wir, daß bis etwa 1938 eine Ausweitung der Handelsbeziehungen ohne wirtschaftlichen und politischen Druck erfolgte. Die Vorteile, die diese Handelsausweitung mit sich brachte, dürften nicht allein von Deutschland genutzt worden sein. Denn die südosteuropäischen Länder, die an Deutschland lieferten, hatten die Möglichkeit, für einen „sich ausdehnenden garantierten Markt“ zu produzieren und „an ihn zu verkaufen“. Dieser Vorteil wird — wie Mandelbaum ausführt¹⁶⁾ — „wahrscheinlich auf Kosten der ausländischen Konkurrenten erfolgt sein, weniger aber vielleicht auf Kosten einer gewissen Verschlechterung ihrer Handelsbedingungen“. Dies dürfte um so wahrscheinlicher sein, weil Deutschland — um die Neuorientierung seines Außenhandels zu festigen, die nicht nur temporärer, sondern dauernder Natur

¹⁶⁾ Mandelbaum, K., op. cit. S. 294.

sein sollte — seine Exportgüter zeitweilig unter Weltmarktpreisen anbot. Auch bei den Importpreisen wurden diesen Ländern weitgehende Preis-zugeständnisse gemacht.

In dieser eben skizzierten Entwicklung lagen schon die Wurzeln der späteren Gestaltung der Austauschbeziehungen mit den südosteuropäischen Ländern. Durch den systematischen Abbau des freien Devisenverkehrs und den gleichfalls systematischen Ausbau der Clearingabkommen war es der deutschen Außenhandelsregulierung möglich, den externen Markt in eine Reihe isolierter Segmente aufzuspalten. Gestützt auf seine dominierende Marktstellung als Käufer südosteuropäischer Rohstoffe einerseits und seine — durch Gewährung von Differentialprämien für die Exporte untermauerte — quasi-monopolistische Stellung andererseits, besaß Deutschland alle für eine gewinnbringende Diskriminierung erforderlichen Voraussetzungen. Inwieweit es tatsächlich gelang, diese Marktstellung auszubeuten, hing in diesem verallgemeinerten System monopolistischer Tauschbeziehungen letzten Endes von der gegenseitig möglichen Strukturergänzung ab. Diese war im Rahmen des bilateralen Verkehrs insofern von äußerster Wichtigkeit, als das „Strukturbild der einzelnen Länder, deren Liefer- und Aufnahmefähigkeit bestimmte und und sonach letzten Endes die obere Grenze des zweiseitigen Handelsumsatzes“¹⁷⁾ bildete.

Nun fand die Ausweitung des Außenhandelsvolumens aber auch bei strukturergänzenden Ländern ihre Grenzen. Die Aufnahmefähigkeit für deutsche Güter war insofern begrenzt, als ihr wirtschaftlicher Entwicklungsgrad nicht so hoch war, um ohne Schwierigkeiten den angebotenen Fertigwarenstrom aufnehmen zu können. Des weiteren suchten diese Länder Partner, die Baumwolle, Kautschuk und andere Rohstoffe liefern konnten — also Waren, die Deutschland unmöglich anbieten konnte. Um den Bedarf nach diesen Gütern wenigstens einigermaßen decken zu können, waren sie gezwungen, einen möglichst großen Teil ihrer Exporte nach den Ländern zu leiten, die mit effektiven Devisen bezahlen und ihnen dadurch einen Teil ihrer verlorengegangenen Freizügigkeit auf dem Weltmarkt zurückzugeben in der Lage waren. Die Situation dieser Länder war damit der Deutschlands vergleichbar.

Eine weitere Einschränkung erfuhr die strukturelle Ergänzung dadurch, daß sich die einzelnen Nationalmärkte der in aller Welt eingeführten Handelspraktiken wegen in mehr oder weniger starkem Maße gegenseitig abschlossen. Diese autarkischen Tendenzen machten es in zunehmendem Maße schwer, die voneinander abweichenden Nachfrageelastizitäten der verschiedenen Märkte „auszubeuten“.

Ein bilateralen Verkehr zwischen Deutschland und den südosteuropäischen Staaten konnte sich somit nur unter Berücksichtigung dieser besonderen Notwendigkeiten einspielen. Immerhin war die strukturelle Ergänzung in weitem Umfange gegeben und wurde von Deutschland entsprechend genutzt.

Im Grunde jedoch bot der strukturelle Aufbau dieser Länder dem deutschen Streben nach Ausweitung des gegenseitigen Austausches viel zu engen Spielraum. Daher mußten die deutschen Importe, weil sie auf einem anhaltend hohen Niveau verharrten, die Grenzen der bilateralen Lieferfähigkeit überschreiten und ein permanentes Saldenproblem heraufbeschwören¹⁸⁾.

¹⁷⁾ Lossos, H., op. cit. S. 83.

¹⁸⁾ Vgl. S. 52 f.

Um überhaupt zu einem bilateralen Ausgleich zu kommen, mußten diese Länder den Import aus Deutschland intensivieren. Die nach 1937 erfolgte Ausweitung des deutschen Handelsumsatzes mit Südosteuropa ist allein der Tatsache zuzuschreiben, daß die deutsche Planung der Güterströme sich schon vor diesem Zeitpunkt mit den bestehenden Strukturverhältnissen nicht zufriedengegeben, sondern versucht hat, latente Ergänzungsmöglichkeiten durch zentrale Planung produktiver Kräfte zu entwickeln, die durch Abnahmezusagen, Preiszugeständnisse u. a. m. ermöglicht werden sollten. Es steht außer Zweifel, daß die durch die zentrale Planung geschaffenen Ergänzungsmöglichkeiten notwendigerweise mit komparativen Kostennachteilen verbunden waren, denn die einseitige Ausrichtung auf die Struktur eines Landes mußte zwangsläufig nicht nur die Einwirkungsmöglichkeit auf dieses Land vergrößern, sondern auch die strukturelle Ergänzung und damit den bilateralen Verkehr mit anderen Ländern vernachlässigen. Außerdem konnten die Überwachungsstellen an einer objektiven Bewertungsskala für die Dringlichkeit und Entbehrlichkeit von Importen nicht mehr festhalten, denn eine derartige Skala mußte der bilateralen Ergänzung zuwiderlaufen. Dies äußerte sich u. a. darin, daß beispielsweise das deutsch-bulgarische Clearingabkommen nicht nur die Lieferung von Gütern deutschen Ursprungs vorsah, sondern auch von überseeischen Importen nach Deutschland, wie Kaffee und Baumwolle.

Ein Beispiel für die vergrößerte Einwirkungsmöglichkeit bietet der Handelsverkehr mit Griechenland. Nachdem die deutschen Clearingschulden Mitte 1937 den Betrag von 38 Mill. RM erreicht hatten, versuchte die griechische Nationalbank die Ankäufe von Exporttratten auf 60 Prozent zu reduzieren. Da aber Deutschland der wichtigste Abnehmer griechischer Tabake war, mußte die griechische Nationalbank auf Druck der Tabakproduzenten und -exporteure ihre Absicht wieder fallenlassen. Auch allen anderen Versuchen der südosteuropäischen Länder, sich durch drastische Restriktionen der deutschen Einflußnahme zu entziehen, war kein nachhaltiger Erfolg beschieden¹⁹⁾. Inwieweit sich diese Beispiele verallgemeinern lassen, entzieht sich unserer Kenntnis. Daß aber Deutschland die südosteuropäischen Länder in den Jahren 1938/39 in ein — über das gewöhnliche Maß wirtschaftlicher Einflußnahme hinausgehendes — Abhängigkeitsverhältnis ziehen konnte, dürfte aus nachstehender Übersicht hervorgehen:

Deutschlands Anteil am Außenhandel Südosteuropas im Jahre 1938²⁰⁾

(i. v. H. der Ein- und Ausfuhr der betreffenden Länder)

Länder:	Exporte nach Deutschland	Importe aus Deutschland
Jugoslawien	50,1	49,9
Ungarn	48,3	50,1
Rumänien	48,3	35,8
Bulgarien	57,8	63,4
Griechenland	31,9	43,1

(Quelle: Reichskreditgesellschaft, Economic Conditions in Germany at the Middle of the Year 1939 (Berlin 1939), S. 37.

*) Deutschland einschließlich Österreich und der Tschechoslowakei.)

¹⁹⁾ So verbot Bulgarien den Weizenverkauf nach Clearingländern; die Türkei und Griechenland verlangten in ihren Clearingabkommen mit Deutschland, daß ihre Waren nicht wieder verkauft werden dürften. Jugoslawien erlaubte nur dann Exporte nach Clearingländern, wenn der Exporteur mindestens ein Drittel des Erlöses in effektiven Devisen an die Nationalbank abliefern konnte.

5. Kapitel

VERSUCH EINER NEUTRALISIERUNG DER KONJUNKTURSCHWANKUNGEN

1. Einfluß der Konjunkturschwankungen

Je mehr sich die deutsche Wirtschaft der Vollbeschäftigung näherte, desto brennender wurde das *Problem der Grenzen der Kreditexpansion*. Zwar haben bereits die schon 1934 aufgetretenen Preissteigerungen bedenklich gestimmt und gezeigt, daß die Kreditexpansion auf Grund der ungenügenden Devisenreserven und der bescheidenen deutschen Autarkiebegabung an die *devisenpolitische Grenze* gestoßen ist. Das *allgemeine Preisproblem* konnte sich jedoch noch nicht stellen, weil einmal durch die bilaterale Verrechnung das Manko an Devisen einigermaßen ausgeglichen und dadurch die devisenpolitische Grenze hinausgeschoben werden konnte und zum andern zu diesem Zeitpunkt (1934) die wohl *entscheidende Grenze* jeder Kreditexpansion, die *inflationische*, noch lange nicht erreicht war. Trotzdem war es nach Erschöpfung des Außenhandelspotentials und nach den zweifellos erstaunlichen Anfangserfolgen der Vollbeschäftigungspolitik nur eine Frage der Zeit, bis das Betriebs- und Arbeitspotential erschöpfend ausgenutzt sein mußte. Die sich dann zwangsläufig durchsetzenden Preisauftriebskräfte mußten also von vornherein neutralisiert werden, weil sonst die Wirkungen der staatlichen Kreditspritzen auf den Beschäftigungsgrad¹⁾ entscheidend abgeschwächt worden wären. Auch die Forderung der Wirtschaftspolitik, keine Preis- sondern eine *Mengenkonjunktur*²⁾ auszulösen, wäre damit hinfällig geworden und das hätte einen vorzeitigen Konjunkturrückschlag bedeutet. Die Stabilität der Preise war außerdem ein Erfordernis, weil der Staat selbst in großem Umfange als Unternehmer auftrat und weiterhin auftreten wollte. Im Gegensatz zu den USA hat der Gedanke einer bloß durch öffentliche Aufträge hervorzurufenden *Initialzündung* in Deutschland praktisch keine Rolle gespielt³⁾; vielmehr war die *deutsche Wirtschaftspolitik* — und das wird meistens übersehen — *darauf angelegt, die Vollbeschäftigung im wesentlichen durch staatliche Aufträge zu erzwingen und aufrechtzuerhalten*. Aus diesem Grunde wurde der noch 1933 unternommene Versuch, die private Anlagentätigkeit zu steigern, nach 1936 nicht weiter verfolgt, weil sich nach diesem Zeitpunkt die private Anlagentätigkeit im Rahmen des Vierjahresplanes vollzog und somit nach Art und Umfang den staatlichen Aufträgen ähnlich war.

Es wurde früher festgestellt, daß die umfassenden Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung, die alle Bereiche der Wirtschaft gleichermaßen umfaßten, nachdrücklich waren. Ihr Erfolg wurde jedoch in Frage gestellt, weil die im Jahre 1935 begonnene Aufrüstung ein enormes Ausmaß an finanziellen Mitteln verlangte und bei der deutschen politischen Führung

¹⁾ Infolge der Kreditexpansion gestiegene Preise hätten nämlich zur Folge gehabt, daß ein Teil der neugeschaffenen Kaufkraft durch die Preissteigerung absorbiert worden wäre.

²⁾ Die Preissteigerungen bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen waren bewußt herbeigeführt worden, weil die Preise die Kosten nicht mehr deckten. Außerdem besagt bekanntlich für die Landwirtschaft eine Preiskonjunktur mehr als eine Mengenkonjunktur.

³⁾ Dies zeigen die Ausführungen des damaligen Reichsfinanzministers Graf Schwerin v. Krosigk (Nationalsozialistische Finanzpolitik, Kieler Vorträge Nr. 41, Jena 1936). Nach Krosigk (op. cit. S. 11) ist mit dem Einsetzen der Aufrüstung die konjunkturpolitische Phase des Wirtschaftsaufschwungs, die durch die Arbeitsbeschaffung mittels Kreditexpansion gekennzeichnet ist, abgeschlossen. „An ihre Stelle ist etwas anderes getreten, nämlich die Ausgaben für die Wehrhaftmachung unseres Volkes.“

keine Bereitschaft bestand, dabei unter Schonung der wirtschaftlichen Kräfte vorzugehen. Infolgedessen kam schon 1936 das Güterangebot mit der Nachfrage nicht mehr recht mit, was zu erheblichen Spannungserscheinungen in der Wirtschaft führte, die sich u. a. in Rohstoffknappheit, Facharbeitermangel und stellenweise Erschöpfung der Betriebskapazitäten äußerten. Trotz weitgehender Preisüberwachung seitens der Überwachungsstellen, setzten sich starke Preisaufriebstendenzen durch und das Preisproblem stellte sich in aller Schärfe. Durch den Preisstop von 1936 wurden die Preise statiiert. Dadurch wurden die Kosten aber zur Fiktion und eine ökonomisch sinnvolle Rechnung war nicht mehr möglich. Die innere Währungspolitik war zu einer reinen Preispolitik geworden. Wie die Entwicklung zeigt, lagen in dieser Maßnahme, zumal sie punktueller Natur war, zwei entscheidende Fehler begründet. Erstens: die Stabilität des Lohn- und Preisniveaus ist nicht in erster Linie eine Frage der Institution, also der Organisation der Preisüberwachung. Sie bleibt, auch bei Fixierung der Preise, ein Problem der Geldmenge. Dieser Zusammenhang wurde zwar von der deutschen Wirtschaftspolitik gesehen; denn in der Folge wurde das System der Preisüberwachung durch Verbrauchslenkung, Investitionskontrolle und Kaufkraftabschöpfung wirksam ergänzt. Aber diese Maßnahmen konnten den Einfluß der Geldmenge nur abschwächen, jedoch niemals aufheben. Zweitens: die Annahme, daß die Preispolitik als reine Geldwertpolitik die Währungspolitik in ihrer Funktion als Geldmengenspolitik ersetzen kann, war falsch. Sie mußte zwangsläufig, und auch das beweist das deutsche Beispiel, zur *verdeckten Inflation* führen.

Als sich im Jahre 1937 die Spannungserscheinungen in der Wirtschaft verstärkten, wurde offenbar, daß „die Wirtschaft stellenweise an ihre Elastizitätsgrenze“⁴⁾ gestoßen, — die Grenze der aktiven Konjunkturpolitik also erreicht war. Dieser Tatbestand erforderte eine Abwandlung der bisherigen Finanzierungsmethoden zur Arbeitsbeschaffung, die durch die sog. Mefo-Wechsel⁵⁾ vollzogen wurde. Nach 1938 war jedoch auch diese Finanzierungsmethode nicht mehr brauchbar, weil die Finanzierung eines erheblichen Teils der Staatsausgaben mit rediskontfähigen Wechseln nur möglich war, solange noch eine nennenswerte Arbeitslosigkeit bestand, und die Produktion mit der Geldschöpfung Schritt hielt. Das war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr der Fall. Was die darauffolgenden Methoden zur Beschaffung und Bereitstellung der erforderlichen Mittel anbelangt, hat Grotkopp⁶⁾ zweifellos recht, wenn er feststellt, daß „eine Beurteilung dieser (der) Finanzpolitik nach wirtschaftlichen Grundsätzen nicht mehr möglich ist“.

Für die *Beschäftigungspolitik* ist kennzeichnend, daß ab August 1937 das wirtschaftspolitische Problem nicht mehr darin bestand, die Vollbeschäftigung zu stabilisieren, sondern darin, eine übermäßige Anspannung der Wirtschaft durch Überbeschäftigung zu verhindern und die gesamte Auftragsverteilung in den durch die vorhandenen Kapazitäten gezogenen Grenzen zu halten. Was das grundsätzliche Dilemma des Beschäftigungsausgleichs betrifft, schien dieses, soweit rein binnenwirtschaftliche Einflüsse eine Rolle spielten, annähernd gelöst. Gefahren für den deutschen Beschäftigungsstand waren also nur vom Weltmarkt zu erwarten.

⁴⁾ Laufenbach zitiert nach Grotkopp, E., op. cit. S. 305.

⁵⁾ Vgl. hierzu u. a. die Darstellung von R. Stucken op. cit. S. 92 ff., besonders S. 147 ff.

⁶⁾ Grotkopp, E., op. cit. S. 300.

Deutschland hat zwar bis 1934 durch straffe Devisenbewirtschaftung und den „Neuen Plan“ die Verbindung mit dem Ausland über die Kapitalbewegungen und den Währungsmechanismus hinweg gelockert. Konjunkturschwankungen konnten sich jedoch infolge des ins Gewicht fallenden Importbedarfs nach wie vor auf das deutsche Preisgefüge auswirken und Beschäftigungsniveau und Umfang des Außenhandels beeinflussen. Wenn auch durch den zweiten Vierjahresplan die Produktionssteigerung inländischer Rohstoffe — ohne daß Kostengesichtspunkte eine Rolle spielten — intensiv weiterbetrieben wurde, konnte diese nur dazu dienen, die Steigerung der Rohstoffeinfuhren zu verlangsamen, nicht aber vorhandene Einfuhr zu ersetzen. Wenn trotzdem das Importvolumen in der Zeit bis 1936/37 zurückging, so kann dabei nicht eindeutig gesagt werden, ob dies allein die Folge der auf eine konjunkturpolitische Isolierung Deutschlands abzielenden Maßnahmen war; wahrscheinlich äußert sich in diesem Tatbestand ebensosehr die marktverengende Wirkung des Bilateralismus. So verminderte sich der Anteil des Imports — bezogen auf den Nettowert der deutschen Sachgüterproduktion — von 30 Prozent in den Jahren 1928/29 auf 10,9 Prozent im Durchschnitt der Jahre 1936/37. Das bedeutet, daß der Wert des deutschen Imports im Jahre 1936/37 auf 36,3 Prozent desjenigen von 1928/29 gesunken ist⁷⁾. Zu Beginn des Jahres 1938 stieg das Einfuhrvolumen wieder an, was neben rückläufigen Rohstoffpreisen vor allem in dem forcierten Wehraufbau begründet liegt.

Gleichfalls vom Stande der Weltkonjunktur hing die Entwicklung der Tauschrelationen zwischen Import- und Exportpreisen (terms of trade) ab. Die infolge der 1937 einsetzenden Konjunkturabschwächung zu beobachtende Verbesserung der Tauschrelationen ist darauf zurückzuführen, daß der tendenzielle Fall der Fertigwarenpreise, verglichen mit dem der Nahrungs- und Rohstoffpreise, bei einem Konjunkturrückschlag immer weit geringere Ausmaße annimmt. Inwieweit dabei der Vorteil einer Verbesserung der terms of trade durch einen — infolge der Unelastizität der Nachfrage und der Produktion bei industriellen und agrarischen Rohstoffen — erschwerten Export wieder aufgehoben wurde, was an sich bei der eingetretenen Kaufkraftminderung der Rohstoffländer für Industrieprodukte angenommen werden sollte, kann deshalb nicht beurteilt werden, weil das deutsche Exportvolumen durch zum Teil erhebliche Preiszugeständnisse beeinflusst wurde.

Vergleicht man den Verlauf der deutschen terms of trade mit dem der englischen Austauschrelationen — und ein derartiger Vergleich drängt sich infolge der annähernd gleichartigen warenmäßigen Zusammensetzung des Exports der beiden Volkswirtschaften auf — dann zeigen sich für beide Länder annähernd gleichgelagerte Bewegungen.

⁷⁾ Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Preise der Nahrungsmittel und Rohstoffe stärker gesunken waren als das Preisniveau im Inland. Somit scheint der Anteil des Imports noch geringer als er ohnehin schon war. Aber selbst wenn man das Importvolumen dem Volumen der deutschen Sachgüterproduktion gegenüberstellt, zeigt sich ein Rückgang des Imports von 30,2 Prozent auf 18,2 Prozent innerhalb der betrachteten Periode.

The Terms of International Trade
(1929 = 100)

	Deutschland	England
1929	100,0	100,0
1930	108,2	106,1
1931	123,8	115,7
1932	144,4	115,5
1933	142,8	119,9
1934	135,9	118,8
1935	126,3	115,3
1936	122,0	112,6
1937	117,6	108,0
1938	128,8	114,7

(Quelle: Ellis II, op. cit. S. 193.)

Die Tauschrelationen haben sich seit ihrem für Deutschland günstigen Stand im Jahre 1932 bis 1937 stetig verschlechtert. Erst durch den Ende 1937 einsetzenden Konjunkturrückschlag haben sie sich wieder leicht erholt. Im Jahre 1939 schloß sich dagegen die Preisschere wieder. Bei dem Vergleich fällt besonders die erhebliche Spanne zwischen den deutschen und englischen terms of trade auf. Diese mag zu einem Teil in Änderungen der internationalen Nachfrageelastizität nach deutschen Exportgütern und Änderungen in den Kapitalbewegungen begründet sein. Entscheidende Bedeutung hatte jedoch die Aufrechterhaltung einer fiktiven Marktparität auf einem künstlich fixierten Niveau. Daß sich andererseits die Spanne zwischen den Austauschrelationen in den Jahren 1932 bis 1938 zuungunsten Deutschlands verringerte, war im wesentlichen eine Folge vermehrter Anwendung von Exportsubventionen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Deutschland war bis etwa zu Beginn des Jahres 1938 in dem Maße, in dem die Auswirkungen der Preisentwicklung auf den Auslandsmärkten auf das innerdeutsche Preisgefüge zu vermindern, weil der Anteil der ausländischen Waren am deutschen Verbrauch gesenkt werden konnte, ohne daß die Planstellen auf die Stagnation des Lebensstandards Rücksicht nehmen mußten⁸⁾. Den verbleibenden Rest an Auslandsabhängigkeit mußte die Preispolitik der Überwachungsstellen innerhalb der staatlichen Preisüberwachung und Preisbildung zurückdämmen. Es zeigt sich somit, daß *autoritäre Preispolitik als Korrelat auch autoritäre Vorrats- und Verbrauchspolitik hat*.

Nun liegt es aber nicht so, daß der Versuch einer Neutralisierung der Konjunkturschwankungen ausschließlich in der Eliminierung oder wenigstens Abschwächung der ausländischen Preiseinflüsse auf das deutsche Preisgefüge bestand; vielmehr wollte die deutsche Wirtschaftspolitik dabei auch eine Stabilisierung der zwischenstaatlichen Güterströme erreichen. Was das deutsche Exportvolumen anbelangt, konnte dieses auch im Rahmen zunehmender bilateraler Verrechnung von der scheinbar krisenfesten deutschen Einfuhr nur in dem Grade mitbestimmt werden, wie diese Einfuhr die Konjunkturlage und damit die Kaufkraft der Partnerländer im ganzen entscheidend zu stützen vermochte oder wenigstens bei bestimmten für die

⁸⁾ Eine Steigerung des Lohnniveaus oder des Lebensstandards war allerdings nicht möglich, doch dürfte dies durch die Vorzüge einer stabilen Beschäftigung aufgewogen worden sein.

Binnenwirtschaft des betreffenden Landes besonders wichtigen Produkten ausschlaggebend war⁹⁾). Wie schon früher darauf hingewiesen wurde¹⁰⁾, waren diese Voraussetzungen bei den Agrar- bzw. Rohstoffländern Südosteuropas annähernd gegeben. Dagegen konnte der deutsche Importbedarf die Gesamtkonjunktur der lateinamerikanischen Länder u. a. deshalb nicht stützen, weil der Außenhandel dieser Staaten seine traditionellen Bindungen zu den USA und dem britischen Commonwealth beibehalten hatte¹¹⁾.

Im Verkehr mit den südosteuropäischen Agrar- und Rohstoffländern kam es den deutschen Außenhandelsstellen zugute, daß sie — auf Grund des konstanten Importbedarfs selbst in Zeiten sinkender oder stagnierender Weltmarktpreise — die Abnahme von Rohstoffen von der Abnahme deutscher Güter abhängig machen konnten. Diese Möglichkeit bestand auch dann noch, als die deutsche Vollerbeschäftigung zur Überbeschäftigung und damit die Rohstoffsicherung zum zentralen Problem geworden war. An und für sich muß diese Tatsache verwundern; denn eine Koppelung von Einfuhrgestaltung und Ausfuhrförderung mußte zu dieser Zeit schwerwiegenden Hemmnissen gegenüberstehen. Nun war es jedoch so, daß Deutschland diesen Ländern einen nach Preis und Menge auf lange Sicht stabilen Markt bieten konnte, der angesichts des Rückgangs und der geringen Elastizität der Weltnachfrage nach Rohstoffen in den Jahren 1937/38 stark ins Gewicht fallen mußte. Daß Deutschland hierbei in die Lage geriet, seine Rohstoffe, wie zum Teil schon früher, teurer zu kaufen als andere Länder, wurde hingenommen, denn es kam ja in erster Linie auf die Beschaffung von Rohstoffen und auf die Sicherung von Exportmöglichkeiten an und weniger auf die absolute Höhe der Verarbeitungsspanne. Außerdem hatte Deutschland aus Gründen der unbedingten Rohstoffbeschaffung bereits schon früher die Forderung der bilateralen Verrechnung, den bilateralen Bilanzausgleich, aufgegeben und war zur Steigerung seiner Importe über die vereinbarten Kontingente hinaus übergegangen. Infolgedessen konnte es seine Exporte auch nach den Ländern steigern, gegenüber denen es eine *Netto-Clearingverschuldung* aufwies. Denn für diese Länder war der Mehrimport deutscher Güter die einzige Möglichkeit, das bilaterale Gleichgewicht herzustellen. Da jedoch in den seltensten Fällen ein echtes Gleichgewicht zustande kam, führten derartige Aufspeicherungen unbezahlter Handelsalden, die im Effekt einem unfreiwilligen Kredit der südosteuropäischen (und zum Teil auch lateinamerikanischen) Länder an Deutschland gleichkamen, zwangsläufig zu neuen zwischenstaatlichen Vereinbarungen, deren Folge die endgültige Sicherung der Käufer- und Verkäuferstellung Deutschlands war. Ob Deutschland hierbei seine Unterhandlungsmacht ausgenutzt hat¹²⁾ oder nicht, ist in diesem Zusammenhang belanglos. Wesentlich für die deutsche Außenhandelsplanung war, daß sie durch eine Politik der Akkumulation von Clearingsalden ohne Zweifel die Handelsbedingungen zu ihren Gunsten verändern konnte.

Wenn auch der Verzug bei der Begleichung von Forderungen in der zwischenstaatlichen Verrechnung sehr verbreitet ist und der Ausgleich der gegenseitigen Handelsbilanzen nicht in jedem Augenblick zu erfolgen braucht, so ging die Akkumulation der „unfreiwilligen Kredite“ über den

⁹⁾ So auch: Vjh. z. W. 1938/39, op. cit. S. 330.

¹⁰⁾ Vgl. S. 42 ff.

¹¹⁾ Vgl. hierzu: Tabellen in Kapitel 5.

¹²⁾ Royal Institute of International Affairs zitiert bei Mandelbaum op. cit. S. 292.

Rahmen des üblichen hinaus. Dieses Kreditgebahren durch Zwangsanleihen, denen jeder konstruktive Charakter fehlte¹³⁾, wurde in der Folge vervollständigt und als ein Mittel wirtschaftspolitischer Strategie gebraucht. Damit hatte Deutschland einen weiteren wesentlichen Schritt auf dem Wege zur Neutralisierung der Konjunkturschwankungen getan.

II. Entwicklungsverträge als letzte Stufe der Strukturergänzung

Den äußersten Versuch, sich der allgemeinen Weltkonjunktur zu entziehen, unternahm die deutsche Außenhandelspolitik mit dem Abschluß sog. „Entwicklungsverträge“, durch die eine Ausschaltung der Konjunkturschwankungen mit gleichzeitiger Stabilisierung von Import- und Exportgrößen erreicht werden sollte. Zu diesen Verträgen, die den Ausbau der zwischenstaatlichen Verrechnung zum Ziele hatten, war die deutsche Außenhandelspolitik übergegangen, weil alle bisherigen Versuche, eine Steigerung der Verflechtungsintensität zwischen den einzelnen Volkswirtschaften zu erreichen, scheiterten. Denn auch im Falle Südosteuropas fand der Prozeß der strukturellen Ergänzung in der entsprechenden Aufnahmefähigkeit für deutsche Exporte seine Begrenzung.

Der Vertrag „über die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien“ vom 23. März 1939 (erweitert am 4. 12. 1940)¹⁴⁾ bedeutete etwas Neues auf dem Gebiete der äußeren Wirtschaftspolitik; denn dieser Vertrag ging weit über den Rahmen eines Handelsvertrages der früher üblichen Art hinaus. Deutschland und Rumänien stellten einen auf fünf Jahre befristeten Wirtschaftsplan auf, um die Produktion und den Verkehr beider Wirtschaften so zu lenken, daß sich daraus zwangsläufig ein wachsender Gütertausch ergeben sollte. Der Vertrag sah im einzelnen folgendes vor¹⁵⁾:

1. Die Entwicklung und Lenkung der rumänischen landwirtschaftlichen Erzeugung und den Ausbau der landwirtschaftlichen Industrie. (Die Umstellung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf Futtermittel, Ölsaaten und Faserpflanzen zeigt den Wandel von einer extensiven Erweiterung der südosteuropäischen Agrarproduktion zur Intensivierung. Weiter lief die gemeinsame Wirtschaftsplanung auf die Hebung der Ertragseinheit je Bodenfläche hinaus.)
2. Die Entwicklung der rumänischen Holz- und Forstwirtschaft und der holzwirtschaftlichen Betriebe und Industrien.
3. Die Lieferung von Maschinen und Anlagen für bergbauliche Betriebe in Rumänien und die Gründung gemischter deutsch-rumänischer Gesellschaften zur Erschließung und Verwertung rumänischer Bodenschätze.
4. Die Erforschung von Mineralöl und die Durchführung eines Bohr- und Verarbeitungsprogramms.

Mit diesem Abkommen wurde zum erstenmal die staatliche Wirtschaftsplanung über die Binnenwirtschaft hinaus ausgedehnt, was nur bei bestehender oder erzwungener Bereitwilligkeit des Partnerlandes möglich sein konnte; denn Deutschlands handelspolitische Einflußnahme setzte nicht erst bei dem Handelsaustausch der bereits erzeugten Güter, sondern bei der

¹³⁾ So auch Lossos, H., op. cit. S. 89.

¹⁴⁾ Kölble, J., Grundzüge der neuen deutschen Wirtschaftsordnung, S. 45 ff.

¹⁵⁾ ibid, op. cit. S. 46.

Gütererzeugung selbst ein. Dieser Wirtschaftsvertrag beweist also die These, daß das bilaterale Verrechnungssystem zur Bildung neuer wirtschaftspolitischer Räume drängt, die sich gegenseitig ergänzen müssen¹⁶⁾.

Mit dem deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrag hatte der Übergang von der Weltwirtschaft zur *Großraumwirtschaft* seinen ersten Niederschlag gefunden, und der Begriff eines Großwirtschaftsraumes, der bereits in den wirtschaftspolitischen Diskussionen und Veröffentlichungen der Jahre 1931/32 eine Rolle spielte, begann sich im außenhandelspolitischen Denken durchzusetzen. Von diesem Großwirtschaftsraum, der über den eigenen Binnenwirtschaftsraum hinaus mehrere Wirtschaftsräume in sich schließen und zu anderen Volkswirtschaften und Großwirtschaftsräumen in Beziehung treten sollte, erwartete man eine Produktivitätssteigerung und wirtschaftliche Entfaltung.

Der Abschluß dieses Vertrages zeigt aber auch die nunmehr veränderte Zielsetzung der deutschen Wirtschaftspolitik, die bis dahin den Weg der „nationalen Selbstgenügsamkeit“¹⁷⁾ ging. Denn bis zu diesem Zeitpunkt war nicht die Autarkie im Sinne einer Insularität, sondern die Schaffung einer Nationalwirtschaft mit größtmöglicher Unabhängigkeit vom Ausland, die den Erfordernissen der aktiven Konjunkturpolitik Rechnung trug, Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik. „Autarkie“ (in diesem begrenzten Sinn) und „Konjunkturstabilität“ waren die beiden Forderungen, an denen man sich orientierte. Wie sehr die konjunkturwirtschaftliche Begründung der Autarkie, deren letzte Ausgestaltung die „konjunkturlose Wirtschaft“ sein sollte, das wirtschaftspolitische Denken beherrschte, geht u. a. daraus hervor, daß immer wieder auf dem gegenüber dem Ausland bestehenden konjunkturellen Vorsprung hingewiesen wurde, den es aufrechtzuerhalten galt. Bei dieser Begründung wurde jedoch übersehen, daß nach 1936 die staatliche Arbeitsbeschaffung in Form der Aufrüstung der hauptsächlichste Träger des Wirtschaftsaufschwungs geblieben war und die Aufrüstung einmalige, eher anormale Möglichkeiten des Absatzes bot, die zur Lösung des Problems Stabilisierung der Volbeschäftigung nicht beitragen konnten. Es wurde weiter nicht bedacht, daß die multiplikativen Wirkungen aller mit der Aufrüstung in Zusammenhang stehenden Vorhaben nur deshalb so groß waren, weil sie in ihrer „Unproduktivität“ und „Verlusthaftigkeit“ die normalen privaten und staatlichen Investitionen bis zu diesem Zeitpunkt kaum beeinträchtigten. Erst die in den darauf folgenden Jahren auftretenden Spannungserscheinungen zeigten, daß der Wirtschaftsaufschwung durch die Privatwirtschaft nicht in einem auch nur annähernd notwendigen Maße weitergetragen wurde, — daß im Grunde echte konjunkturstabilisierende Faktoren fehlten. Es war sogar so, daß staatliche und private Investitionen und Investitionsvorhaben miteinander konkurrierten, wobei die privaten in den meisten Fällen zurücktreten mußten. Dies ist darauf zurückzuführen, daß — wie eingangs des Kapitels erwähnt — *der bis dahin richtungweisende konjunkturpolitische Gesichtspunkt durch den staatspolitischen verdrängt worden war*¹⁸⁾, denn die Aufrüstung à tout prix, eine auf Kriegsvorberei-

¹⁶⁾ Müller, C., op. cit. S. 342.

Auch Lossos ist der Ansicht, daß „der Strukturumbau eines ganzen Landes . . . nichts anderes darstellt, als die logische Fortbildung des Gegenseitigkeitsgedankens, den die Verrechnung mit sich gebracht hat“. (Lossos, H., op. cit. S. 64.)

¹⁷⁾ Keynes, J. M., „Nationale Selbstgenügsamkeit“ in Schmollers Jahrbuch, 75. Bd., H. 4, 1933 (in diesem Zusammenhang haben wir nur den Begriff übernommen).

¹⁸⁾ Frei, R., op. cit. S. VI.

tungen eingestellte Wirtschaft wurde zum alleinigen Ziel der Wirtschaftspolitik. Infolgedessen ließ sich auch die Politik der Autarkie wirtschaftlich nicht mehr begründen. *Zum alleinigen und damit entscheidenden Gesichtspunkt wurde der politische*, und die herrschenden autarkischen Tendenzen fanden ihren adäquaten Ausdruck in der Gruppenautarkie als Großraumwirtschaft — wobei diese nicht als eine Summation von Einzelautarkien, sondern Gruppenautarkie als Einzelautarkie aufzufassen ist¹⁹⁾.

Im Grunde hat sich also die Entwicklung des Autarkiegedankens nicht so vollzogen, wie Kapferer²⁰⁾ meint, daß schließlich „die wiederkehrende Prosperität den Autarkiegedanken zum Erliegen bringt und neue Ideale schafft“. Die Idee der Autarkie sollte vielmehr auf einer — gleichsam — höheren Ebene verwirklicht werden, wobei das neue Ideal Großraumwirtschaft hieß. Denn „der deutsche Binnenwirtschaftsraum, der im Interesse der nationalen Sicherheit und Wehrhaftigkeit zur Grundlage einer weitgehenden Eigenversorgung mit lebenswichtigen Gütern“²¹⁾ gemacht wurde, „drängte nach Erweiterung, weil die Wirtschaftlichkeit so stark belastet war, daß die Wehrhaftigkeit und Sicherheit nicht gefördert werden“²²⁾ konnten. Der letzte Grund für den Abschluß von Entwicklungsverträgen lag demnach eindeutig in „wehrpolitischen Gesichtspunkten“²³⁾. An dieser Feststellung änderten die von Lossos für die Entwicklungsmöglichkeiten von zwischenstaatlichen Planverträgen hervorgehobenen Voraussetzungen²⁴⁾ nichts.

Wir halten eine richtige Gewichtung der Gründe, die zum Abschluß solcher Wirtschaftsverträge führten, für geboten, weil nur auf diesem Wege ein annähernd abschließendes Urteil über diesen Problemkreis möglich ist. Sowohl die Bedarfsausweitung auf Grund des innerdeutschen Aufschwungs nach 1933, der zu einer konjunkturellen (nicht strukturellen!) Wiederausdehnung des Handelsverkehrs führte, als auch der Wandel, der sich in der Struktur der deutschen Handelsbeziehungen durch die Verlagerung des Rohstoff- und Nahrungsmittelimports äußerte, erforderten nicht den Abschluß zwischenstaatlicher Entwicklungsverträge. Denn wenn auch „jede starke Politik einer internen Steigerung der Beschäftigung und Einkommen über das Depressionsniveau der Welt eine Spannung in der Handelsbilanz hervorgerufen hätte“ und — wie Mandelbaum weiter sagt²⁵⁾ — „die anfänglichen Schwierigkeiten noch größer gewesen wären, wenn sich die deutsche Wirtschaftspolitik der Steigerung der Konsumtion anvertraut hätte“, überstieg erst die Größe der Nachfrage für militärische Lieferungen die Produktionskapazität der deutschen Kapitalgüterindustrien, die die Hauptproduzenten der Exportgüter waren²⁶⁾. Ausschlaggebend für den Abschluß von Entwicklungsverträgen war also allein das politisch-strategische Versorgungsinteresse. Dies geht auch daraus hervor, daß, obwohl in den lateinamerikanischen Staaten

¹⁹⁾ Zur Terminologie vgl. Forstmann, A., *Der Kampf um den internationalen Handel*, Berlin 1936, 2. Aufl., S. 274 ff.

²⁰⁾ Kapferer, C., *Grenzen deutscher Autarkie*, 1932, S. 36.

²¹⁾ Köble, J., op. cit. S. 46.

²²⁾ Predöhl, A., zitiert nach Köble, J., op. cit. S. 46.

²³⁾ Pütz, Th., op. cit. S. 114 „Der Kerngedanke (der Autarkie d. V.) dabei ist wohl immer der wehrwirtschaftliche Gesichtspunkt“.

²⁴⁾ Es sind das:

a) das Vorhandensein von objektiven Entwicklungs- und Ergänzungsmöglichkeiten;

b) eine zentrale, autoritäre Wirtschaftslenkung in beiden Vertragsländern;

c) die günstige Konstellation der sonstigen strukturbildenden Kräfte und

d) die subjektive Einstellung zum neuen System der Arbeitsteilung.

²⁵⁾ Mandelbaum, K., op. cit. S. 295/96.

²⁶⁾ Vgl. hierzu: Die Zusammensetzung des industriellen Exports, S. 42.

objektive Entwicklungs- und Ergänzungsmöglichkeiten bestanden, das Anwendungsgebiet für Abkommen nach dem Muster des deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrages nur in Südost- und Osteuropa liegen konnte.

So zielten weitere Verhandlungen mit den baltischen Staaten auf eine Intensivierung des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs ab. Der am 20. Mai 1939 mit Litauen abgeschlossene Wirtschaftsvertrag enthielt „die dauerhafte Regelung der gemeinsamen Wirtschaftsfragen“²⁷⁾. Mit Lettland und Estland wurden im gleichen Jahre nach dem Abschluß von Nichtangriffsverträgen ebenfalls Verhandlungen²⁸⁾ aufgenommen.

III. Die neuen Methoden des langfristigen Kapitalverkehrs

Wenn im Zusammenhang mit den Entwicklungsverträgen von neuen Methoden des langfristigen Kapitalverkehrs, die gleichfalls die Ausgestaltung des zwischenstaatlichen Verrechnungsverkehrs zum Ziele hatten, die Rede ist, muß dies verwundern. Denn einmal konnte sich unter der Herrschaft der Devisenbewirtschaftung ein eigentlicher Kredit- und Kapitalverkehr nicht entwickeln und zum andern stand die Frage des Kapitalimports für die deutsche Wirtschaft nicht zur Diskussion; dazu waren die mit Auslandskrediten gemachten Erfahrungen noch zu sehr in Erinnerung. Überdies ist ein Kapitalimport nur dann ökonomisch sinnvoll, wenn durch ihn eine Steigerung des Entwicklungsgrades im kreditnehmenden Land erfolgt. Nun hängt die Rückzahlung des Kredits nicht nur von dieser Steigerung des Entwicklungsgrades sondern auch von der Nachfrageelastizität des kreditgewährenden Landes nach deutschen Exportgütern ab. Hier hatte sich gezeigt, daß durch das Konjunkturgefälle, das zwischen Deutschland und seinen Lieferländern bestand, eine weitere Steigerung des relativ hohen deutschen Entwicklungsstandes nicht möglich war. Die Aufnahmefähigkeit dieser Länder für deutsche Exporte war beschränkt, so daß die Frage des Kapitalimports für Deutschland keine praktische Bedeutung haben konnte.

Bei den neuen Methoden des Kapitalverkehrs konnte es sich demnach nur um einen Kapitalexport handeln, der zu einer Steigerung des Entwicklungsgrades der südosteuropäischen Länder führen und damit Deutschland zukünftig einen kaufkräftigen Markt öffnen sollte. Wie aber sollte Deutschland langfristige Kredite gewähren können, wenn man seine schwachen Bankmittel in Rechnung stellt? Die Antwort ist bei der hohen deutschen Clearingverschuldung zu suchen. Diese Schulden, die faktisch einen Kapitalimport darstellten, bewegten sich in verschiedenen Größenordnungen. Sie betrugen beispielsweise im Handel mit Jugoslawien (in Dinars)²⁹⁾:

Dezember	1934	223 Mill.	März	1936	327 Mill.
April	1935	300 „	März	1937	415 „
Juni	1935	260 „	Dezember	1937	177 „
September	1935	320 „	Ende des Jahres	1938	400 „
Dezember	1935	400 „			

²⁷⁾ Vjh. z. Wirtschaftsforschung 1939/40, op. cit. S. 80 f.

²⁸⁾ Das letzte Abkommen in dieser Reihe war der deutsch-russische Wirtschaftsvertrag vom 11. Februar 1940, der — ähnlich dem deutsch-rumänischen Entwicklungsvertrag — die „gemeinsame Durchführung eines großen Wirtschaftsprogramms“ vorsah. Dieses Programm, das im einzelnen nicht veröffentlicht wurde, beruhte darauf, daß die Sowjetunion einer der größten Weltproduzenten der von Deutschland dringend benötigten Rohstoffe war, während Deutschland qualifizierte Maschinen und industrielle Anlagen anbieten konnte, an deren Import die Sowjetunion trotz des Wachstums ihrer eigenen Maschinenindustrie stärkstens interessiert war.

²⁹⁾ Ellis II, op. cit. S. 262, Anm. 2 und S. 264.

Vergleichszahlen für die Türkei ergeben eine deutsche Clearingverschuldung von 9,2 Mill. RM Ende 1937 — nachdem sie Ende 1938 annähernd abgetragen war, stieg sie im September 1939 erneut auf 13,1 Mill. RM an. Ähnliche Größenordnungen ergeben sich auch bei anderen Ländern (hauptsächlich Südosteuropas). Hierbei ist jedoch einschränkend zu bemerken, daß diese einseitige Akkumulation von Salden teilweise dem Umstand zuzuschreiben war, daß die Agrar- und Rohstoffländer während der auf die Ernte folgenden Monate zwangsläufig Kredite „anhäufte“. Dagegen verteilen sich die zur Kompensierung dienenden deutschen Industrielieferungen regelmäßig auf das ganze Jahr. Aber selbst wenn man diesen Saisonrhythmus der Agrarländer und vielleicht noch zufällige Faktoren anderer Art zur Erklärung der deutschen Clearingverschuldung³⁰⁾ heranzieht, zeigt sie immer noch folgendes Bild:

Deutschlands Clearingschulden in Mill. RM

Dezember 1934	etwa 450	Dezember 1936	463
März 1935	567	November 1937	etwa 200
April 1935	500	Dezember 1937	313
November 1935	515	März 1938	250
April 1936	etwa 500	Oktober 1938	ungefähr 200
November 1936	415		

(Quelle: Lossos, H., op. cit. S. 90.)

Da angesichts dieser Schwierigkeiten an einen freien Devisenkredit nicht gedacht werden konnte, setzte Deutschland an die Stelle des Finanzkapitalexports den Sachkapitalexport, d. h. es kreditierte nicht in Devisen sondern in Warenlieferungen³¹⁾.

Unterzieht man diese Kreditpolitik einer genaueren Prüfung, dann zeigt sich, daß nicht Deutschland, sondern die Regierungen der kreditnehmenden Länder die tatsächliche Finanzierung übernahmen. Dies geschah in der Weise, daß die deutschen Außenhandelsstellen den ausländischen Importeuren die Zahlungen für deutsche Investitionsgüter „stundeten“. Dadurch entstand im zwischenstaatlichen Verrechnungsverkehr ein Defizit an Verrechnungseinheiten der betreffenden Länder. Da somit die Bezahlung der Exporteure dieser Länder in Frage gestellt wurde, waren die Regierungen der Balkanstaaten gezwungen, ihren Exporteuren „Kredite“ zu gewähren mit dem Ergebnis, daß die deutschen „Kredite“ an die ausländischen Importeure deutscher Güter faktisch durch die Schuldnerstaaten bezahlt wurden³²⁾.

Die ersten Kredite dieser Art wurden im Herbst 1938 der Türkei (150 Mill. RM) und Polen (60 Mill. RM) gewährt.

Mit dem Abschluß des deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrages wurde die bisherige Behandlung des Sachkapitalexports einer weiteren Revision unterzogen. Von diesem Zeitpunkt an blieben die Verkaufserlöse aus Warenlieferungen in Rumänien als „Kapitalbeteiligung“ stehen³³⁾. Diese konnte aber nicht zum Ausgleich der Verrechnungskonten herangezogen

³⁰⁾ Eine annähernd erschöpfende Darstellung der deutschen Clearingschulden — auch derjenigen, die während des zweiten Weltkrieges aufliefen, gibt der 14. Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 1943/44, S. 159-181.

³¹⁾ Lossos, H., op. cit. S. 90.

³²⁾ Andersen, P. N., op. cit. S. 62 ff.

³³⁾ Lossos, H., op. cit. S. 91.

werden, sondern wurde von der ‚regulären Verrechnung‘, die nach wie vor nach den alten Verrechnungsabkommen erfolgte, getrennt. Wie sehr die deutsche Außenhandelsplanung aktiv in die rumänische Wirtschaftspolitik eingriff, geht daraus hervor, daß die zu diesem Zweck eingesetzten Regierungsausschüsse nicht nur entscheiden konnten, wann der Erlös und welcher Prozentsatz des Erlöses deutscher Warenlieferungen für Kapitalbeteiligungen und für die Finanzierungen verwendet werden sollte, sondern darüber hinaus, welche Planungsvorhaben auszuführen waren³⁴⁾.

Zeigt dieses Beispiel nun wirklich, wie *Frei* hervorhebt³⁵⁾, daß der zwischenstaatliche Kreditverkehr „sich zum Vorteil der betreffenden Volkswirtschaften in das System der Devisenbewirtschaftung einordnen läßt“? Vom theoretischen Standpunkt aus ist ihm durchaus zuzustimmen. Wirtschaftspolitisch jedoch setzt — und das sieht *Frei* a. a. O. dann auch — das Funktionieren eines derartigen Kreditverkehrs ein hohes Maß „politischer und wirtschaftlicher Gleichrichtung der Partner im Sinne einer autoritären Führung“, Gleichartigkeit des Währungssystems und „das Vorhandensein von — den gegenseitigen Ergänzungsbedürfnissen entsprechenden — Ergänzungsmöglichkeiten“ voraus³⁶⁾. Damit ist der Anwendungsbereich dieser „neuen“ Form des Kapitalverkehrs klar umrissen und entsprechend begrenzt. Praktische Bedeutung konnte sie nur dort erlangen, wo ihr der Abschluß eines Entwicklungsvertrages vorausgegangen war.

³⁴⁾ Lossos, H., op. cit. S. 91.

³⁵⁾ *Frei*, R., op. cit. S. 110.

³⁶⁾ Clausing, G., „Geld und Außenhandel“, in: Deutsche Geldpolitik, op. cit. S. 439/40; Lossos, H., op. cit. S. 90/94.

6. Kapitel

Das Problem der Wechselkurse und seine Lösung durch die deutsche Wirtschaftspolitik

Wie wir früher schon darauf hingewiesen haben¹⁾, bestand eine der Aufgaben, die der Reichsbank 1931 bei der Durchführung der Devisenbewirtschaftung oblag, in der amtlichen Kursfestsetzung. Das bedeutete, daß Deutschland die ideelle Goldparität aufrechterhalten und die Anpassung an das internationale Preisniveau auf dem Wege der Regulierung der Außenhandelspreise vornehmen wollte. 1933 hat sich die Wirtschaftsführung aus „Gründen der Zweckmäßigkeit“²⁾ für die Beibehaltung starrer Wechselkurse entschieden — ja sie wurden für die Wirtschaftspolitik geradezu zum Axiom. Denn die Stabilität der Wechselkurse ist für jede Vollbeschäftigungspolitik eine Voraussetzung, weil erst durch sie exakte Kalkulationsmöglichkeiten im Außenhandel ermöglicht werden und gleichzeitig vermieden wird, daß „die Wirtschaft auf dem Stande der Beschäftigung statiiert (wird), den das gegebene Außenhandelsvolumen erlaubt“³⁾. Diese Überlegungen waren aber nicht allein entscheidend. Hinzu kam, daß das heimische Kaufkraftvolumen sowohl von den Gold- und Devisenbeständen als auch vom Angebot an und der Nachfrage nach deutscher Währung unabhängig wurde. Weiter konnte die Geld- und Kreditpolitik von ihren traditionellen Bindungen und Beschränkungen gelöst werden und dadurch die weitgehende Kreditexpansion einsetzen. Schließlich begünstigte das System starrer Wechselkurse die Isolierung und Steuerung des Geld- und Kapitalmarktes. Das Festhalten an der Stabilität der Wechselkurse hatte ohne Zweifel einige Vorteile. War aber der Kurs der Reichsmark in der Zeit von 1933 bis 1939 tatsächlich stabil geblieben? Bevor wir diese Frage beantworten, sei zuerst das damals herrschende deutsche Währungssystem skizziert.

Neben der Reichsmark, die im Ausland zu Goldparität berechnet wurde, gab es auf Grund der verschiedenen Transfer- und Stillhalteabkommen verschiedene Spermarksorten, die als „Geld“ zur Begleichung ausländischer Forderungen dienten. Diese subsidiären Devisendepositen⁴⁾ waren Bestandteil des externen deutschen Währungssystems. Sie konnten weder in das einzige gesetzliche Zahlungsmittel, die Reichsmark, konvertiert noch für einen außerhalb den Zielen der Wirtschaftsführung liegenden Zweck verwendet werden. Sie hingen von keiner Währungsreserve ab; ihre „Reserve“ war vielmehr die Wirtschaftsführung selbst. Denn durch die Monopolisierung des Angebots an solchem Geld konnte dessen Preis im Ausland beliebig beeinflusst und damit der jeweils herrschenden wirtschaftspolitischen Zielsetzung angepaßt werden⁵⁾. *Einen einheitlichen Außenwert der deutschen Währung gab es nicht mehr; da der Devisenmarkt keinen einheitlichen und umfassenden Markt mehr darstellte. Die Einführung der Devisenzwangswirtschaft — und vor allem der Bilateralismus in der deutschen Handelspolitik — hatte zwangsläufig die Voraussetzungen für einen einheitlichen Außenwert zerstört.*

¹⁾ Vgl. S. 5 f.

²⁾ Frei, R., op. cit. S. 106.

³⁾ Meyer II, op. cit. S. 388.

⁴⁾ Die wichtigsten Arten subsidiären Geldes waren: Spermark, Clearingmark, ASKI-Mark, Register- und Emigrantenmark.

⁵⁾ Vgl. S. 63 ff.

Für die Außenwirtschaftspolitik bedeutete das neue Währungssystem, daß die Preisgabe des einheitlichen Währungsstandards eine Differenzierung des Außenwerts der deutschen Währung und damit die Anwendung multipler Wechselkurse ermöglichte. So gab es nach 1933 drei Arten von Wechselkursen⁶⁾:

1. Den *offiziellen Wechselkurs*, der auf der Münzparität der früheren Goldwährung basierte und der — da er unabhängig von den auf dem Markte wirksamen Kräften fixiert wurde — beträchtlich überbewertet war.
2. Die durch Verhandlungen entstandenen *Clearingkurse*, die in die verschiedenen Clearingabkommen eingebaut waren und deren jeweilige Höhe von der Verhandlungsstärke der Clearingpartner abhing. Diese Verrechnungskurse waren oft innerhalb bestimmter Grenzen oder auch völlig frei beweglich.
3. Den *unterbewerteten Wechselkurs* für Sperr- und Kompensationsmark (ASKI-Mark). Hierbei richtete sich die Höhe der Unterbewertung nach dem Verwendungszweck der einzelnen Marksorten.

Aus diesen eben aufgezeigten Tatbeständen ergibt sich, daß nach 1933 keine *nominale* Wechselkursstabilität gegeben war. Es bestand aber auch keine *reale* Stabilität⁷⁾. Für die deutsche Währung nach 1933 gilt vielmehr das, was Schacht⁸⁾ über die Reichsmark von 1931 sagte. „Unsere Währung ist stabil, weil sie eingefroren ist . . . , weil sie einem wesentlichen Zweck entzogen ist, nämlich den Zahlungsausgleich mit dem Ausland zu bewirken. Unsere Währung ist stabil durch Notverordnung.“ Damit wurde auch von offizieller Seite eine Überbewertung der deutschen Reichsmark zugegeben.

Nun vermochte die Überbewertung der Wechselkurse — selbst unter der realistischen Annahme relativ starrer Nachfrage nach deutschen Importen und Exporten — vorteilhaftere „terms of trade“ zu sichern als ein Gleichgewichtswechselkurs. Dieser Vorteil wäre jedoch durch die dabei für die Exporte entstehenden nachteiligen Wirkungen mehr als ausgeglichen worden, wenn nicht die Exporte dadurch auf Wettbewerbsniveau gebracht worden wären, daß die Wirtschaftsführung zu variablen Ausfuhrprämien und zur Methode der zusätzlichen Ausfuhr zu „unterbewerteten, besonderen Markkursen“⁹⁾ gegriffen hätte. Da die Nachfrage nach deutschen Gütern in den einzelnen Ländern auf Preisänderungen verschieden reagierte, mußte der überbewertete Wechselkurs für jedes einzelne Ausfuhrgeschäft durch einen besonders bemessenen Zuschuß (Ausfuhrprämie) den Preisen des importierenden Landes angepaßt werden. Die sich somit herausbildende Vielzahl realer Wechselkurse richtete sich also nach den speziellen Preis- und Nachfrageverhältnissen der jeweiligen Importländer.

Vom währungstechnischen Standpunkt aus war es Deutschland also durch einen entsprechend angespannten Grad von Devisenbewirtschaftung möglich, beinahe jede gewünschte Währungsparität zu halten. Damit entschieden aber nicht mehr allein wirtschaftliche *Daten* über den Außenwert der deutschen Währung, sondern auch ein mehr oder weniger gutes *Organisationstalent*. Die Devisenbewirtschaftung wurde zu einem Werkzeug der

⁶⁾ Wenn man will, können die im Ausland entstandenen Sonderkurse für inländisches Stückgeld als weitere Gruppe betrachtet werden.

⁷⁾ So auch Frei, R., op. cit. S. 161 f.

⁸⁾ Schacht, H., Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik. Oldenburg 1932, S. 41 f.

⁹⁾ Vgl. S. 63 ff.

„wirtschaftlichen Strategie“, das je nach den Zeitumständen in verschiedener Dosierung angewendet werden konnte, und dessen „Einsatzstärke“, „Ansatztiefe“ und „Angriffsbreite“¹⁰⁾ dementsprechend verschieden war.

Wirtschaftspolitisch hatte die Preisgabe des einheitlichen Außenwertes der Währung und die Anwendung multipler Wechselkurse einen entscheidenden Vorteil. Denn neben den wirksamen Formen der Diskriminierung, die mit Hilfe der gesamten Angebots- und Nachfragemengen durchgeführt wurden und die man — da sie den bilateralen Abkommen immanent sind — als unwillkürliche Diskriminierung bezeichnen kann, trat nun die willkürliche Diskriminierung mit Hilfe der „Preise“. Ob man bei der Diskriminierung „eine außerordentliche Ungeschicklichkeit“ voraussetzen kann — „eine Annahme“, die (wie Mandelbaum bemerkt)¹¹⁾ „vielleicht nicht völlig absurd ist“ ..., da „das System ohne große Einsicht in seine Prinzipien entwickelt wurde“, scheint uns zweifelhaft. Denn Deutschland besaß alle Vorbedingungen zu einer gewinnbringenden Diskriminierung: eine Monopolstellung besonders auf den südosteuropäischen Märkten oder mindestens eine Unflexibilität der Preise nach unten (besonders gegenüber den mittel- und südamerikanischen Staaten); außerdem gelang es der zentralen Außenhandelskontrolle, den Devisenmarkt in partielle Märkte mit verschiedenen Devisenpreisen aufzuspalten. Aber auch sonst scheint die deutsche Außenhandelspolitik eine tiefere Einsicht in die Prinzipien der Diskriminierung gehabt zu haben. So zeigt die Anwendung der Clearing- und Zahlungsabkommen, daß sich die deutschen Außenhandelsstellen wohl bewußt waren, daß, wenn auch die Nachfrageelastizitäten verschiedener Güter theoretisch einwandfrei Kriterien für eine gewinnbringende Diskriminierung abgeben, die Verbindung der einzelnen Märkte untereinander berücksichtigt werden muß, da eine Diskriminierung auf *einem* Markt die entsprechenden Elastizitäten auf den anderen Märkten sonst verändert hätte. Dieser Zielsetzung hatten in erster Linie die Clearing- und Zahlungsabkommen zu dienen. M. a. W.: Durch seine beherrschende Marktstellung einerseits und seine militärisch-politische Macht andererseits, war Deutschland in den meisten Fällen in der Lage, den durch Verhandlungen entstandenen Clearingkurs so zu beeinflussen, daß dieser gleich dem offiziellen Wechselkurs war oder zeitweise sogar darüber lag.

Die Frage, ob Deutschland zwangsläufig zu einer Politik der Diskriminierung greifen mußte, kann man vom außenwirtschaftlichen Standpunkt aus dann bejahen, wenn man *ausschließlich* die Wiederherstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichts im Auge hat. Denn bei gegebenem Beschäftigungsniveau setzt die Wiederherstellung eines Zahlungsbilanzgleichgewichts notwendigerweise Maßnahmen voraus, die im Effekt diskriminierend sind¹²⁾. Bejahen muß man diese Frage auch dann, wenn man die qualitative Zusammensetzung des deutschen Außenhandelsvolumens berücksichtigt. Da der deutsche Export vorwiegend aus Kapitalgütern, für die die ausländische Nachfrage relativ starr war, und der Import weitgehend aus Rohstoffen und Nahrungsmitteln bestand, hätte „eine nicht diskriminierende Reduktion des Wechselkurses die Außenhandelsbedingungen erheblich verschlechtert, ohne notwendigerweise eine ausgeglichene Bilanz hervorzurufen“¹³⁾.

¹⁰⁾ Wagemann, E., Wirtschaftspolitische Strategie. Hamburg 1937, S. 92 f.

¹¹⁾ Mandelbaum, K., op. cit. S. 291.

¹²⁾ Kaldor, N., op. cit. S. 46 f.

¹³⁾ Mandelbaum, K., op. cit. S. 315.

Was die Frage der Wechselkursstabilität betrifft, kann festgestellt werden, daß weder eine reale noch nominale Stabilität bestand. Es lag nicht einmal eine scheinbare vor, wie man an sich nach der von *Schacht* geäußerten Ansicht annehmen sollte; denn infolge der Preisgabe des einheitlichen Währungsstandards repräsentierte die Reichsmark nicht mehr die Währung schlechthin.

7. Kapitel

Wandlungen in der Außenhandelsfinanzierung i. w. S.

(Exportförderung als Exportfinanzierung)

Da seit 1934 staatliche Planstellen alle mit dem Außenhandel zusammenhängenden Fragen regelten, blieb es nicht aus, daß auch die außenwirtschaftliche Finanzgebarung der Eingriffsmöglichkeit des Staates unterworfen wurde. Dabei war die finanzielle Abwicklung von Auslandsgeschäften nicht generell und gleich stark reglementiert; vielmehr war der Grad der staatlichen Durchdringung unterschiedlich. Er reichte von der Ermöglichung einer erfolgreichen Exportfinanzierung durch die staatliche Exportkreditversicherung (Risikogarantie), über die Förderung der Ausfuhr mittels Exportprämien bis zur direkten Finanzierung durch den Staat. Die Anwendung der jeweiligen Finanzierungsform hing dabei von den Preisen, Lieferfristen und Zahlungszielen ab, die den jeweils herrschenden Weltmarktverhältnissen angepaßt wurden. Um das Wesen und die Bedeutung der Außenhandelsfinanzierung im engeren Sinne beurteilen zu können, müßten neben den Grundprinzipien auch die wichtigsten Einzelheiten analysiert werden. Eine derartige Darstellung würde jedoch über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Da überdies die Außenhandelsfinanzierung i. e. S. im wesentlichen nur die Abwicklungstechnik betraf, also ein Gebiet, das erst berührt wurde, als die „Regulierung“ schon eingesetzt hatte, können wir uns damit begnügen, auf die Tatsache der Änderung der kurz-, mittel- und langfristigen Finanzierungsformen¹⁾ hinzuweisen.

Wesentlicher ist die Darstellung der Außenhandelsfinanzierung im weiteren Sinne; denn für die Außenhandelsplanung war von ebenso entscheidender Bedeutung wie der Ersatz der alten automatischen Einfuhrförderung durch die totale Einfuhrkontrolle der Ersatz der alten automatischen Ausfuhrförderung durch neue Verfahren. Das war deshalb ein Erfordernis, weil Deutschland die beiden automatisch wirkenden Anpassungswege, Deflation und Devaluation aus beschäftigungspolitischen Gründen ablehnte. Da der Absatz von Gütern im wesentlichen ein Preisproblem ist, Deutschland seinen Wechselkurs jedoch auf Parität hielt, wurde es unumgänglich, das Niveau der Exportpreise vom Inlandspreisniveau abzutrennen und so weit zu senken, bis die Konkurrenzsituation mit den Abwertungsländern hergestellt war.

Eine Änderung der Exportförderung war außerdem notwendig, weil — wie an anderer Stelle²⁾ gezeigt wurde — die mit der 1933 einsetzenden Nachfragebelebung verbundene erhöhte Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes den Exporteuren vermehrten Anreiz bot, ihre Güter im Inland abzusetzen. Dieses „kritische Stadium“³⁾ in der deutschen Zahlungsbilanz wurde noch verschärft, als sich die Wirtschaft der Vollbeschäftigung näherte.

¹⁾ Literatur: Lohmann, M., Wandlungen in den Betriebs- und Finanzierungsformen des Außenhandels, Jena 1938; Winkelkötter, H., „Mittel- und langfristige Finanzierung im deutschen Auslandsgeschäft“, in: Devisenarchiv 1937, Spalte 129 ff.; Vits, E. H., „Ausfuhrförderung durch staatliche Exportgarantien in Deutschland und anderen Ländern“, in: Bankarchiv 1935, S. 201 ff.; Spensberger, O., Die deutsche Exportkreditversicherung und die Exportrückversicherung, Frankfurt 1934; Simon, C., „Die Ausfuhrkreditversicherung“, in: Devisenarchiv, 1937 II, Spalte 1399 ff.; Schippel, H., „Wandlungen im Ausfuhrgeschäft deutscher Banken“, in: Die deutsche Volkswirtschaft, XI. Jg. 1936/37.

²⁾ Vgl. S. 6 und 13 f.

³⁾ Meyer II, op. cit. S. 338.

Wir greifen in unserer Darstellung zeitlich vor, wenn wir, ehe die einzelnen Exportförderungsmaßnahmen geschildert sind, hervorheben, daß diese Verfahren aus verschiedenen Gründen niemals eine endgültige Lösung sein konnten. Zwar wurde durch sie eine „anpassende Verbilligung“ der Exportpreise erreicht; entscheidende Bedeutung für das Außenhandelsvolumen konnten sie jedoch nur im Verkehr mit jenen Ländern haben, in denen die Nachfrage nach deutschen Exportgütern auf Preissenkungen ansprach⁴⁾. Eine Förderung der Ausfuhr nach sog. unelastischen Märkten hatte keinen Sinn; in diesen Fällen erwiesen sich die bilateralen Abkommen als das geeignetere Mittel, um Richtung und Schichtung der Güterströme zu beeinflussen.

1. Die Zusatzausfuhren im allgemeinen

Um den finanziellen Vorsprung einzuholen, den verschiedene Länder durch die Währungsabwertung gewonnen hatten, traf Deutschland nach 1931 Exportförderungsmaßnahmen, die in der Verbindung von Auslandsschuldentilgung und Ausfuhr bestanden. Von besonderer Bedeutung waren die Verfahren der zusätzlichen Ausfuhr, die an die partiellen Entwertungen der verschiedenen zweckgebundenen Ausländer-Guthaben anknüpften.

Diese Zusatzausfuhrverfahren⁵⁾ wurden in mannigfacher Weise gehandhabt. Anfänglich begnügte man sich damit, die Realisierung einer ausländischen Forderung (Sperrmarkguthaben) in Deutschland nur zuzulassen, wenn ein zusätzlicher Deviseneingang den mit dem Transfer des Realisierungserlöses verbundenen Devisenausgang deckte⁶⁾. Die zusätzliche Rückzahlung von Auslandsschulden und der Transfer ausländischer, in Deutschland eingefrorener Guthaben, war also nur möglich, wenn mit ihnen gleichzeitig ein zusätzlicher Export gekoppelt werden konnte; und „zusätzlich“ in diesem Zusammenhang⁷⁾ bedeutete, daß dieser Export ausschließlich in der eben aufgezeigten Verbindung mit gleichzeitiger Auftauung eingefrorener ausländischer Guthaben erfolgte.

Neben der *devisenwirtschaftlichen Bedeutung* dieser Verfahren, die also darin bestand, daß durch zusätzliche Ausfuhren der Devisenanfall vergrößert und die deutsche Auslandsverschuldung gleichzeitig vermindert wurde, hatte diese eine *gesamtwirtschaftliche Bedeutung*. Sie ergab sich daraus, daß durch die zusätzlichen Exporte das Außenhandelsvolumen anstieg. Das wiederum hatte zur Folge, daß — bei konjunkturell vergrößertem Inlandsabsatz — der Beschäftigungsgrad in der Exportgüterindustrie erhöht wurde.

Die Genehmigung solcher Exportgeschäfte — und das gilt auch für die noch zu besprechenden Verfahren — hing von der *Prüfung der Zusätzlichkeit ab*. Diese Prüfung erfolgte auf Grund genauester, von den Exporteuren aufzustellender *Kalkulationsnachweise*. Dabei war nachzuweisen, daß durch das Eintreten in die Verkaufspreise des Weltmarktes für den deutschen Exporteur ein Verlust entstand, d. h. daß der *Verkauf* der jeweiligen Ware *unter den Selbstkosten* vorgenommen werden mußte. Dieser Verlust bildete dann die Basis für den zu bemessenden Prozentsatz der Devisen, die aus dem Exporterlös für den Rückkauf der Sperrmark freigegeben wurden.

⁴⁾ *ibid.* S. 340/41.

⁵⁾ Vgl. hierzu: Goetz, Fr., *Devisenbewirtschaftung und Exportförderung durch Zusatzausfuhr*. Diss. Frankfurt a. M. 1936. Diese Arbeit befaßt sich hauptsächlich mit den betriebswirtschaftlichen Fragen der Exportförderung.

⁶⁾ Borgen, Fr., „Das zusätzliche Exportgeschäft“, in: *Wi. Di.*, XVIII. Jg. S. 1203 ff.

⁷⁾ Vgl. auch die Zusätzlichkeit des Kompensationsgeschäfts, S. 31 f.

Die zwischen dem Nennwert und dem Kurswert der verschiedenen Sperrmarkguthaben liegende Kursdifferenz erhielt der Exporteur als „*Verlustausgleichssatz*“ (Exportprämie). Dieser war allerdings je nach Exportware und -land verschieden hoch und gab damit der Außenhandelsplanung die Möglichkeit, eine Exportlenkung und -differenzierung nach preiselastischen Märkten durchzuführen.

Das Sperrmarkverfahren, das bis zum 1. Oktober 1933 angewandt wurde, hat als Methode zur Exportförderung keine größere Bedeutung erlangt. Nach Schätzungen⁸⁾ wurden etwa 220 Mill. RM für den zusätzlichen Export in Verbindung mit dem Sperr- und Registermarkverfahren angewendet. Größere Bedeutung und größeren Umfang hatten die Bonds- und Scripsverfahren. Mit Ausnahme des Sterling- und Dollarbondsgeschäfts, erfolgte die Aufbringung der Mittel zur Exportförderung durch Ausnutzung des herrschenden Disagios⁹⁾ der verschiedenen Sperrmarksorten. Bevor auf diese weiteren Verfahren eingegangen wird, kann festgestellt werden, daß die den Exporteuren gewährten Verlustausgleichssätze nur bei hochwertigen Spezialerzeugnissen zur Kostendeckung ausreichten. Für den Großteil der Exporte genügte der durch die Verfahren bewirkte „Ausgleich“ nicht¹⁰⁾.

Die Verfahren der zusätzlichen Ausfuhr, die aus verschiedenen Gründen nur begrenzt anwendbar waren¹¹⁾, haben kaum zu einer Steigerung des deutschen Gesamtexports geführt. Dies bestätigt das Paradoxon, daß in der Zeit zwischen Oktober 1933 und März 1934 einem Erlös aus der Rückführung von Bonds und Verkauf von Sperrmark in Höhe von etwa zehn Mill. RM ein wertmäßiger Rückgang des Exports in etwa gleicher Größenordnung gegenüberstand¹²⁾.

Die nach 1934 verminderte Bedeutung der Zusatzausfuhrverfahren geht daraus hervor, daß sich der deutsche Außenhandel nach diesem Zeitpunkt in zunehmendem Maße im bilateralen Verkehr abwickelte. Als *wirtschaftspolitische Maßnahme* stellten diese Verfahren, wie Forstmann¹³⁾ treffend bemerkt, den Versuch dar, „gewissermaßen durch die Hintertür die Kaufkraftparität wiederherzustellen“ und „die Kosten dem Ausland aufzuerlegen“. Ihr Vorhandensein erklärt sich ausschließlich aus der Devisenzwangswirtschaft und aus der Tatsache, daß Deutschland starre Wechselkurse beibehielt.

II. Die Zusatzausfuhrverfahren im einzelnen

1. Das Auslandsbondsverfahren

Das *Auslandsbondsverfahren* war das erste aus der Devisenbewirtschaftung heraus erwachsene Verfahren, das unter Verwertung der in ausländischem Besitz sich befindlichen deutschen Anleihetitel sowohl der zusätzlichen Ausfuhr als auch der allmählichen Liquidation der deutschen Auslandsschulden diente. Hierbei bot nicht allein das niedrige Kursniveau

⁸⁾ Goetz, Fr., op. cit. S. 62.

⁹⁾ Vgl. Tabelle S. 73 f.

¹⁰⁾ In praxi war es oft der Fall, daß selbst unter Einrechnung des Ausgleichs nur die fixen Kosten gedeckt werden konnten.

¹¹⁾ So mußte u. a. eine vermehrte Schuldentilgung im Ausland ein Steigen der Kurse bzw. eine Verringerung des Disagios bewirken und damit die Mittel zur Exportförderung schmälern.

¹²⁾ So auch Hamburger Fremdenblatt vom 6. 3. 1934, zitiert nach Ellis II, op. cit. S. 19.

¹³⁾ Forstmann, A., op. cit. S. 244. Auch Lossos (op. cit. S. 138) ist der Ansicht, daß „dem konjunkturellen Spielraum und der Kursstabilität die Kaufkraftparität geopfert“ wurde.

dieser Titel im Ausland einen Anreiz, sich diesen Verpflichtungen durch Rückkauf mit einem bedeutenden Kursgewinn¹⁴⁾ zu entledigen; dazu kam, daß eine Reihe der Gläubigerländer devalviert hatten, wie z. B. die Vereinigten Staaten¹⁵⁾. Auch beim Auslandsbondsverfahren entschied die auf Grund detaillierter Kalkulationsnachweise erbrachte Verlusthaftigkeit des Exportgeschäfts über die Freigabe für die zum Bondsrückkauf benötigten Devisen. Der beim Bondsverkauf im Inland aus der bestehenden Kursdifferenz erzielte Gewinn bildete die Prämie des Exporteurs, d. h. die mit der Durchführung der Bondstransaktion betraute Bank kaufte mit den aus zusätzlichen Exporten stammenden Devisen Auslandsbonds, die sie mit einem Aufgeld für solche „Exportvaluten“ an den Anleiheschuldner weitergab¹⁶⁾. Voraussetzung für die Freigabequote von Devisen, die im Höchstfall 60 Prozent des Fakturenbetrages ausmachte, waren einmal die Höhe des kommerziellen Verlustes aus der reinen Warentransaktion, ferner die Höhe der Gewinnmarge beim Bondsrückkauf und schließlich die Höhe des ausländischen Rohstoffanteils an der Exportware.

Rein währungstechnisch war die Abwicklung solcher Exportgeschäfte begrenzt. Denn durch die Umständlichkeit des Genehmigungsverfahrens bestand die Möglichkeit von Schwankungen des Aufgeldes, die die Exporteure mit einem Risiko belasteten. Da überdies die Devisen für den Bondsrückkauf erst bei Eintritt des Zahlungszieles zur Verfügung standen, mußte der Rückkauf durch Vorfinanzierung in Form von Devisenkrediten ermöglicht werden. Die Einräumung solcher Devisenkredite setzte jedoch voraus, daß die deutschen Banken „neuartige Kreditlinien“¹⁷⁾ aufrichten konnten, was angesichts der angespannten Devisensituation nur aus den eingehenden Devisenerlösen möglich war. Die Abbürdung des Risikos aus Schwankungen des Aufgeldes scheiterte daher oft an erschöpften Finanzierungsmöglichkeiten.

Im Juli 1934 wurde das Bondsverfahren einer Neuregelung unterzogen. Danach konnten Exporteure nur noch die Genehmigung zum Bondserwerb erhalten, wenn zwischen Genehmigung und Erlösanfall eine Zeitspanne von mindestens einem Jahr lag. Damit hatte das Bondsgeschäft, auf das in der Zeit von November 1931 bis November 1933 von insgesamt 781 Mill. RM zurückgeflossener Bonds etwa 549 Mill. RM entfielen¹⁸⁾, seine Bedeutung weitgehend eingebüßt.

2. Das Scrips- und Fundierungsbondsverfahren

Während beim Bondsverfahren die eigentliche Initiative zur zusätzlichen Auflösung und damit zur Reduktion des Kapitalbetrages der deutschen Auslandsschulden beim Schuldner lag, war am Zustandekommen vom Scrips- und dem dieses ersetzende Fundierungsbondsverfahren grundsätz-

¹⁴⁾ 1933 betrugen diese Kursgewinne durchschnittlich 50 bis 55 Prozent.

¹⁵⁾ Die Dollarabwertung hat den Bondsrückkauf um annähernd 45 bis 50 Prozent verbilligt.

¹⁶⁾ Die Marktlage der laufend im Inland gehandelten „Exportvaluta“ drückte sich aus in dem „Aufgeld“, „das der deutsche Anleiheemittent für das in der „Exportvaluta“ verkörperte Recht seine Auslandsbonds zurückkaufen zu können, zu zahlen gewillt ist“. M. a. W. Der augenblickliche Marktsatz für Exportvaluta, als Barometer des jeweiligen Kursstandes der deutschen Auslandsanleihen, bestimmte die Höhe der Rückkäufe. (Vgl. Borgen, F., „Exportfinanzierung über Dollarbonds“, in: WiDi, 1933, S. 1268 f.)

¹⁷⁾ Borgen, F., op. cit. S. 1270.

Einige Zeit versuchte auch die Deutsche Golddiskontbank dem Exporteur durch Vorfinanzierung des Bondsrückkaufes mit Hilfe von Devisenkrediten das Risiko einer Kursschwankung der Bonds abzunehmen. Die zunehmende Verschlechterung der Devisenlage zwang jedoch bald, davon wieder Abstand zu nehmen.

¹⁸⁾ Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Februar 1934, zitiert nach Goetz, Fr., op. cit. S. 67.

lich nur der ausländische Gläubiger interessiert. Dieses Verfahren bildete nach seiner Neuordnung im Zusammenhang mit dem schon erwähnten „Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland“¹⁹⁾ nach 1933 die einzige Möglichkeit, die für die Durchführung von Zusatzexporten verwendbaren ausländischen Sperrguthaben in Deutschland anzuwenden. Die entscheidende Neuerung bestand darin, daß nicht mehr der einzelne Schuldner, sondern die neuerrichtete „Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden“, an die Zinsen, Tilgungsbeträge und Gewinnanteile, Mietzinsen und ähnliche regelmäßig wiederkehrende Leistungen (nicht aber die Zinsen für Stillhaltecredite, die Dawes- und Young-Anleihe) mit schuldbefreiender Wirkung gezahlt werden mußten, gegenüber den Auslandsgläubigern als Schuldner auftrat. Durch die Zahlungen an die Konversionskasse entstanden sog. Konversionsmark, die sowohl die Form einer reinen Buchgutschrift als auch die von unverzinslichen Schuldverschreibungen, den Scrips, hatten. *Diese Scrips wurden nach dem 1. Oktober 1933 in den Mittelpunkt des zusätzlichen Ausfuhrverfahrens gestellt; die übrigen Sperrmarkguthaben konnten von diesem Zeitpunkt ab nur dann noch für zusätzliche Exporte Verwendung finden, wenn sie zuvor auf die Konversionskasse umgelegt worden waren.* Damit war eine Konzentration aller für zusätzliche Exportgeschäfte verwendbaren ausländischen Sperrguthaben erreicht.

Die technische Abwicklung dieser Geschäfte, mit der die Deutsche Golddiskontbank betraut war, erfolgte in der Weise, daß die Reichsbank die zum Kauf der Scrips erforderlichen und zu diesem Zweck freigegebenen Devisen der Golddiskontbank übersandte. Da diese Bank als einziger Käufer der Scrips auftrat, konnte sich — im Gegensatz zu den übrigen Sperrmarksorten — kein Markt im eigentlichen Sinne bilden; denn der Ankaufspreis für Scrips wurde nicht durch Angebot und Nachfrage bestimmt, sondern durch die Golddiskontbank autoritär festgesetzt²⁰⁾. Von dieser Bank angekaufte Scrips wurden dann der Konversionskasse zum Nominalwert überlassen. Der Kursverlust, der den Gläubigern bei der Ablösung ihrer Forderungen entstand, d. h. die zwischen Ankaufs- und Einlösungspreis liegende Nutzenspanne, bildete die Prämie für den Exporteur.

Auf Grund der Einstellung des Bartransfers seit dem 1. Juli 1934 wurden mit Wirkung vom 1. Januar 1935 die Scrips durch sog. Fundierungsbonds der Konversionskasse ersetzt. Im Gegensatz zu den Scrips waren diese mit drei Prozent verzinslich; außerdem wurden durch Auslosung oder Rückkauf jährlich drei Prozent der ausgegebenen Bonds getilgt. Neben der Art der Aufbringung unterschied sich also das Scrips- und Fundierungsbondgeschäft von dem vorerwähnten Bondgeschäft dadurch, daß es eine *Exportförderung in Verbindung mit der Tilgung bzw. zusätzlichen Zinsendienst der kurzfristigen Schulden* bezweckte.

III. Die Neuregelung des Exportprämiensystems

Mit dem Wandel der handelspolitischen Zielsetzung konnte die Außenhandelspolitik auf die Dauer nicht daran festhalten, das Hauptgewicht der Exportförderung den ausländischen Gläubigern aufzubürden. Abgesehen davon, daß sich die Frage der Zusätzlichkeit eines Exportgeschäftes nicht

¹⁹⁾ Vgl. S. 4.

²⁰⁾ Bis Mitte 1934 wurde der Kurs für den Ankauf von Scrips zweimal geändert, und zwar wurde er von 55 auf 67 Prozent erhöht.

immer eindeutig klären ließ, ging auch die Bereitschaft des Auslandes zum verlusthaften Verkauf seiner Forderungen mit zunehmender wirtschaftlicher Besserung der deutschen Wirtschaftslage zurück. Da außerdem infolge der nach 1934 vorgenommenen Außenhandelsverlagerung neue, kapitalschwächere Gebiete aufgesucht werden mußten, deren besonders gelagerte Nachfrage eine Umschichtung des Exports in Richtung auf eine Intensivierung des Kapitalgüterexports zur Folge hatte, konnten die eben beschriebenen Methoden nicht mehr genügen.

Am 1. Juli 1935 wurde eine grundlegende Änderung des Exportprämien-systems vorgenommen²¹⁾. Im Rahmen einer „Selbsthilfeaktion der gewerblichen Wirtschaft“ mußte die deutsche Industrie und der Handel einen Exportförderungsfonds einrichten, dessen Mittel aus einer der gewerblichen Wirtschaft auferlegten dreiprozentigen Umsatzsteuer stammten. Nach Schätzungen²²⁾ belief sich dieser Fonds im Jahre 1935 auf rund eine Milliarde RM, wovon 700 Mill. RM die Industrie und 300 Mill. RM der Handel aufbrachten. In den darauf folgenden Jahren bewegten sich diese Summen zwischen 800 Mill. und einer Milliarde RM²³⁾. Zu diesen Beträgen, deren Abwälzung auf die deutschen Konsumenten durch den Preisstop von 1936 verhindert werden konnte, kamen die Exportförderungszuschüsse aus der Verwendung der verschiedenen Arten des subsidiären Geldes und dem Rückkauf der deutschen Bonds. Diese Gelder dürften während der Jahre 1935–38 zwischen 500 und 700 Mill. RM betragen haben²⁴⁾.

Die deutschen Exportsubventionen während der Jahre 1935–1938
(in Mill. RM)

	Einnahmen aus Steuern	Spermark u. zurück- gekauft Bonds	Gesamtbeträge für Subventionen	Exporte	Prozentsatz der Subventionen
1935	900	600	1500	4,270	35,4
1936	1000	700	1700	4,768	35,6
1937	800—1000	700	1500—1700	5,911	25—30
1938	800—1000	500—600	1300—1600	5,263	25—30

(Quelle: Ellis II, op. cit. S. 240.)

Zur Interpretation dieser Zahlen ist zu sagen, daß der Prozentsatz der Subventionen in den Jahren 1937–38 nur scheinbar gefallen ist; denn seit dem Jahre 1937 war es Deutschland gelungen, sein Exportvolumen nach den südosteuropäischen Ländern ohne besonderen Einsatz von Subventionen zu halten. Dies ist neben den bilateralen Abkommen zum Teil der Tatsache zuzuschreiben, daß durch die Verstaatlichung der Exportkreditversicherung ein neues Moment in der Außenhandelsfinanzierung auftrat: das der *zusätzlichen Exportförderung mittels staatlicher Garantieverpflichtungen*. Über die Exportkreditversicherung hatte die Außenwirtschaftspolitik die Möglichkeit, beim Export nach Südosteuropa wirtschaftliches und politisches Interesse miteinander zu koppeln.

Es erhebt sich nun die Frage, ob Deutschland aus diesem Zuschußverfahren, das eine besondere Art der Exportprämierung darstellte, ein wirk-

²¹⁾ RGBl. I 1935 vom 29. Juni.

²²⁾ Ellis II, op. cit. S. 239.

²³⁾ Neue Zürcher Zeitung vom 30. April 1936.

²⁴⁾ Financial News, November und Dezember 1937.

licher Vorteil erwachsen ist. Wirtschaftspolitisch bestimmt; denn an die Stelle einer Senkung des Gesamtpreisniveaus durch Deflation trat die Senkung des Teilpreisniveaus der Exportpreise durch eine individuelle Exportprämierung. Obwohl diese Methode nichts anderes darstellte, als eine partielle Währungsabwertung, hatte sie zwei wesentliche Vorteile. Zunächst: Mit der individuellen Exportprämierung hatte es die deutsche Wirtschaftsführung in der Hand, die hierfür notwendigen Mittel nach ihrem Gutdünken einem bestimmten Wirtschaftszweig zur Aufbringung aufzuerlegen. Schließlich: Dadurch war es möglich geworden, die Exportförderung nach Art und Umfang der Ausfuhrwaren und nach Bestimmungsländern²⁵⁾ zu differenzieren. Hiermit mußte jedoch gleichzeitig eine Kontrolle der Exportpreise verbunden sein, damit eine Abstufung der „Verluscitaugleichsätze“ je nach Exportgut und Bestimmungsland vorgenommen werden konnte²⁶⁾.

Eine weitere Frage ist die nach den *ökonomischen Vorteilen* dieses Zuschußverfahrens. Wir glauben nicht, daß die Exportprämierung in der geschilderten Form Deutschland entscheidende wirtschaftliche Vorteile gebracht hat. Abgesehen von den Nachteilen, die auf die Dauer dadurch entstehen mußten, daß eine vermehrte Schuldentilgung die Kurse für die Sperrmarksorten im Ausland steigen ließ bzw. das Disagio verringerte, muß es als fraglich angesehen werden, ob durch die Anwendung von Exportprämien eine vorteilhafte Änderung der realen Austauschverhältnisse erfolgt ist. Dies ist insofern kaum anzunehmen — und das beweist das auf Seite 84 angeführte Zahlenbeispiel — als die Art dieser Änderung zum großen Teil von der Gestaltung der Nachfrageverhältnisse abhing²⁷⁾. Daß selbst unter der Annahme einer preiselastischen Nachfrage nach deutschen Exporten die Exportförderung nicht das Mittel schlechthin bedeutete, geht daraus hervor, daß — wie das Institut für Konjunkturforschung feststellt — die Aufnahmefähigkeit preiselastischer Märkte nicht beliebig ausgeweitet werden konnte, weil auf ihnen keine, oder in den seltensten Fälle eine staatskapitalistische Gestaltung der Nachfrage wirksam war.

Im Zusammenhang mit dem deutschen System der Exportförderung bemerkt Lossos²⁸⁾, daß die Grenzen der Subventionierung dort liegen, „wo die Fondsmittel ohne Preiserschütterungen nicht mehr aufgebracht werden können“. Abgesehen davon, daß diese Feststellung bedeutet, daß, wenigstens annäherungsweise, für Deutschland überhaupt keine Grenzen für eine Subventionierung bestanden hätten, weil der dekreditierte Preisstop von 1936 Preiserschütterungen nominell gar nicht zuließ (eine völlig unrealistische Annahme!), wird hier nur die eine Seite jeder Exportförderung gesehen. Eine Subventionierung ist u. E. nicht einmal so sehr eine Frage der *Aufbringung* als vielmehr eine Frage der *Absatzmöglichkeiten* für die durch Subventionen verbilligten Exportgüter.

Forstmann²⁹⁾ hat nicht ganz zu Unrecht das deutsche System der Exportsubventionierung als eine Methode bezeichnet, „gleich der Münch-

²⁵⁾ Luckas, H., op. cit. S. 81.

²⁶⁾ Lossos, H., op. cit. S. 105.

²⁷⁾ So auch Forstmann, A., op. cit. S. 222.

²⁸⁾ Lossos, H., op. cit. S. 105/106.

²⁹⁾ Forstmann, A., op. cit. S. 277.

Forstmann war allerdings ein Vertreter jener Richtung, die die Abschaffung der Devisenzwangswirtschaft forderte und in einer echten Währungsabwertung die einzige Möglichkeit für eine wirkliche „anpassende Verbilligung“ der deutschen Exportpreise sah.

hausens, sich an seinem eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen“. Diese Kritik übersieht u. E. aber einen wesentlichen Punkt, nämlich die Tatsache, daß die Manipulierung der Zahlungsbilanz durch unmittelbare Lenkung des Außenhandels (bei stabilen Wechselkursen!), durch die der Ausgleich der Zahlungsbilanz und die Vollbeschäftigung erreicht werden sollte, zwangsläufig Exportförderungsmaßnahmen erforderte.

Schlußbemerkungen

Mit dem Aufschwung der binnenwirtschaftlichen Konjunktur, die Deutschland nach 1933 durch eine Fülle wirtschaftslenkender Maßnahmen und nach 1937 in zunehmendem Maße durch Mittel der „zentralgeleiteten Wirtschaft“ zu stabilisieren suchte, mußten sich zwangsläufig Funktion und Aufgaben des Außenhandels wandeln. Die *Zwangsläufigkeit der Wirtschaftsentwicklung* war — wie ich zu zeigen versuchte — neben der speziellen Depressionslage Deutschlands und der dadurch psychologisch erklärbaren Bereitschaft zu staatlichen Eingriffen in den Wirtschaftsablauf, auch auf strukturelle Wandlungen der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen und zum Teil auf politische Triebkräfte, die auf das Ziel nationalwirtschaftlicher Autonomie hinwirkten, zurückzuführen.

Diese Zeitbedingtheit und diese wohl einmaligen Voraussetzungen für eine durch staatlichen Krediteinsatz anzuregende Kredit- und Konjunkturpolitik wurden gesehen und genutzt. Die vor allem in beschäftigungspolitischer Hinsicht zweifellos nachdrücklichen Erfolge, schienen in den ersten Jahren die eingeschlagene Wirtschaftspolitik zu sanktionieren, zumal die von Deutschland ergriffenen Kontrollen in mancher Hinsicht Notmaßnahmen und Palliativmittel darstellten. Die Entwicklung nach 1937 zeigt jedoch eindeutig, daß man nicht gewillt war, die staatliche Aktion nur als Initialzündung wirken zu lassen und die Weitertragung des Konjunkturaufschwungs der privaten Kreditnachfrage zu überlassen; vielmehr blieb die staatliche Wirtschaftstätigkeit im wesentlichen allein Träger des Wirtschaftsaufschwungs. Das Jahr 1937 kennzeichnet den Zeitpunkt, zu dem von Vollbeschäftigung der Produktionsfaktoren gesprochen werden kann.

Der Weg zur Vollbeschäftigung führte über die Preis- und Lohnfixierung. Dadurch wurde der Übergang zur Lenkungs- und Planwirtschaft unvermeidlich, zumal eine autoritäre Preispolitik als Korrelat immer autoritäre Vorrats- und Verbrauchspolitik hat. Aus diesem Grunde konnte sich auch die Frage: Planen oder nicht planen, nicht mehr stellen; vielmehr hatte die Lösbarkeit des Problems für die deutsche Wirtschaftsführung ausschließlich *quantitativen* Charakter. Diese Quantität war jedoch nicht eindeutig bestimmbar, — sie konnte es auch nicht sein, weil die konjunkturpolitische Phase der deutschen Wirtschaftspolitik durch die staatspolitische verdrängt wurde. Hierbei zeigte sich die *besondere Eigenart planwirtschaftlicher Eingriffe in die bestehende Wirtschaftsverfassung, daß sie zwangsläufig weitere Eingriffe nach sich ziehen, die durch die wechselseitige Bedingtheit von Binnen- und Außenwirtschaft beide Bereiche in gleicher Weise erfassen mußten.*

Die Problematik schlechthin auf dem Wege zur Vollbeschäftigung bestand in der Überwindung der Grenzen der Kreditexpansion. Zwar konnte die finanzpolitische Grenze dadurch hinausgeschoben werden, daß man den finanzwirtschaftlichen Lastenzuwachs einfach ignorierte; bei der inflatorischen Grenze war dies nicht möglich. Weil es aber trotzdem versucht wurde, mußte der relativ stabile Geldwert zugunsten der „Vollbeschäftigung à tout prix“¹⁾, d. h. auf Kosten inflatorischer Preissteigerungen aufgegeben werden.

Es ist zwar richtig, wenn gesagt wird, daß beinahe alle Probleme, denen Deutschland nach 1933 gegenüberstand, neu waren — neu in dem Sinne, daß keine historische Analogie bestand, die als Wegweiser für die einzu-

¹⁾ Frei, R., op. cit. S. 167.

schlagende Politik hätte dienen können und daß jedes sich stellende Problem daher auf seine Eigenart und auf sein Wesen untersucht werden mußte und soweit es gelöst werden konnte, seine Lösung wieder zu neuen Problemen und Schwierigkeiten führte. Es wurde weiter gesagt²⁾, daß . . . „die Politik, die 1932/33 so kühn erschien, durch die Ergebnisse gerechtfertigt wurde“. Dieses Urteil kann sich jedoch nur auf die Zeit bis 1936 beziehen, und auch das nur bedingt. Die nach diesem Zeitpunkt ergriffenen Planungs- und Lenkungsmethoden vergrößerten zwar den Entwicklungsspielraum der autonomen Kredit- und Konjunkturpolitik, aber auch nur deshalb, weil man sich über politische und wirtschaftliche Bedenken hinwegsetzte. Damit verlor das Ziel: Erreichung und Stabilisierung der Vollbeschäftigung jede Bedeutung — selbst wenn es vom politischen, wirtschaftlichen und sozialen Standpunkt aus noch so erstrebenswert erschien.

Was die Gestaltung des Außenhandels nach 1933 betrifft, so war dieser auf der Einfuhrseite straff organisiert und kontrolliert und auf der Ausfuhrseite in der Preisgestaltung und Kalkulation weitgehend geplant und überwacht.

Die zentrale deutsche Außenhandelskontrolle hatte sicher wirtschaftliche Vorteile. Deutschland war in der Lage, durch seine internen Anordnungen sowohl seine Handelsbilanz als auch das Beschäftigungsvolumen zu bestimmen. Ferner vermochten die Außenhandelsstellen auf Grund der Überbewertung der Währung vorteilhaftere „terms of trade“ zu sichern, als dies beispielsweise im Jahre 1929 möglich war. Schließlich konnte die zentrale Ein- und Ausfuhrkontrolle die Exportpreise unabhängig von den individuellen Kosten festsetzen. Ob aber Deutschland gesamthaft gesehen aus seinen Handelsmethoden wirkliche und dauerhafte Vorteile gezogen hat, läßt sich u. E. schwer beurteilen. Denn die Außenhandelspolitik orientierte sich nur bis etwa 1936 an *streng wirtschaftliche Kriterien*; später trat in den meisten Fällen an deren Stelle die *Orientierung an außerwirtschaftlichen Plänen*.

Handelspolitisch verschrieb sich Deutschland dem bilateralen Vertragssystem, dessen letzte Ausgestaltung die „strukturelle Ergänzung“ bildete. Dabei entstanden nach 1938 wirtschaftliche Bindungen zwischen Deutschland und anderen Ländern (Südosteuropa), die — zusammen mit wirtschaftlichen Beweggründen — letztlich der Ausdruck *politischer Affinitäten* waren.

“Economic Policy“ — meint *Ellis*³⁾ — “seldom represents anything as rational, predetermined, and consistent as the term might connote“. Wie treffend diese Feststellung ist, beweist das deutsche System der Außenhandelsregulierung unter dem Nationalsozialismus; denn von den angewandten Methoden waren gerade jene die wirksamsten, die oft gar nicht auf eine Beeinflussung des Außenhandels gerichtet oder ursprünglich nicht als solche gedacht waren.

²⁾ Guillebaud, C. W., *The Economic Recovery of Germany from 1933 to the Incorporation of Austria in March 1938*. London 1939, S. 101.

³⁾ Ellis II, op. cit. S. 189.

ANHANG

Sperrmarkkurse

(i. v. H. der Goldparität)

	Register- sperrmark	Reisemark- konten	Kreditsperr- guthaben	Wertpapier- sperrmark
1934				
Januar	81,4		82,0	64,3
Februar	75,7		75,0	59,5
März	72,5		72,0	58,0
April	66,4		56,0	47,0
Mai	65,7		49,8	44,5
Juni	58,3		45,0	30,8
Juli	63,8		49,0	38,5
August	58,5		39,5	34,3
September	58,7		42,8	34,3
Oktober	52,0		43,5	32,0
November	53,5	61,7	43,6	33,5
Dezember	60,6	67,9	48,4	39,2
1935				
Januar	62,2	69,5	51,6	40,5
Februar	65,1	71,3	48,6	39,4
März	60,7	69,8	44,8	33,9
April	57,7	68,1	40,0	32,4
Mai	53,8	62,9	33,4	28,7
Juni	55,7	64,8	33,6	24,9
Juli	57,5	64,8	34,3	26,3
August	57,4	66,8	32,3	24,6
September	52,1	65,5	29,0	21,9
Oktober	49,2	62,6	31,0	20,5
November	51,1	59,0	33,2	21,8
Dezember	53,0	61,9	36,1	24,0
1936				
Januar	52,7	62,4	37,4	24,8
Februar	55,3	62,4	38,1	25,6
März	53,4	62,4	33,9	24,9
April	53,3	61,0	30,2	26,3
Mai	53,5	62,4	30,1	24,3
Juni	52,6	62,4	28,9	23,7
Juli	53,6	62,7	28,1	24,5
August	54,1	64,5	25,6	24,6
September	54,3	62,8	23,2	22,7
Oktober	57,6	58,2	20,1	18,0
November	51,7	57,0	21,2	17,4
Dezember	49,3	55,3	22,2	20,3

	Register- sperrmark	Reisemark- konten	Kreditsperr- guthaben	Wertpapier- sperrmark
1937				
Januar	46,0	51,9	25,4	22,9
Februar	47,9	53,3	24,6	23,5
März	48,5	59,7	25,8	25,2
April	48,1	59,4	25,7	24,6
Mai	48,6	59,7	23,8	22,4
Juni	51,5	62,2	22,6	22,1
Juli	55,9	66,1	21,7	20,9
August	56,9	67,6	21,5	20,5
September	54,9	65,4	21,0	20,9
Oktober	51,6	63,5	19,2	19,1
November	51,5	62,1	19,3	19,2
Dezember	53,0	63,1	18,1	18,0
1938				
Januar	53,3	62,5	15,0	14,5
Februar	51,2	62,1	13,3	11,4
März	49,6	60,6	17,9	12,6
April	48,8	60,4	16,9	14,6
Mai	48,5	60,0	13,9	13,5
Juni	46,7	58,3	12,1	11,6
Juli	45,9	56,7	11,8	10,5
August	44,5	56,7	12,1	9,3
September	37,8	55,0	10,9	8,8
Oktober	42,5	54,2	12,3	11,6
November	45,0	56,0	12,7	11,4
Dezember	44,1	58,9	12,3	11,4
			Handelssperrguthaben*) (nach der Fassung des Devisengesetzes von 1938)	
1939				
Januar	41,2	58,3		10,4
Februar	37,5	53,9		9,7
März	40,5	55,9		10,8
April	36,9	54,7		10,1

BIBLIOGRAPHIE

Bücher

- Andersen, P. Nyboe
Barczewski, Max
Barthel, Josef
Beckerath, H. v. und Kern, F.
Bettelheim, Charles
Beveridge, William
Beyer, Günter
Bissinger, Edgar
Boesler, Felix
Bonell, Allen Th.
Brandt, K., Eucken W.
Gerloff, W., Lob, R., Lange, K.
Bruch, Walter
Buchner, Hans
Danielcik, Hans Peter
Deutsche Geldpolitik
Eicke, Rudolf
Einzig, Paul
Einzig, Paul
Ellis, Howard S., I
Ellis, Howard S., II
Ellis, Howard S., III
Eucken, Walter
Eucken, Walter
Eucken, Walter
Eulenburg, Franz
Fischer, Werner
Fisher, Allen G. B.
Flessner, Vollmar
Forstmann, Albrecht
Frei, Rudolf
Fried, Ferdinand
Funk, Walther
Goedecke, Gerold
Grävell, Walter
Greiff, Walter
Guillebaud, C. W.
Haberler, Gottfried v.
Haberler, G. v. und Verosta, St.
- Bilateral Exchange Clearing Policy, Copenhagen and London 1946.
Kompensationsgeschäfte im Rahmen der Kontingentierungspolitik. Berlin 1936.
Tätigkeit und Wirkung der Überwachungsstellen. Diss. Berlin 1939.
Autarkie oder internationale Zusammenarbeit? Berlin 1932.
L'économie allemande sous le nazisme. Paris 1946.
Zölle (übertragen v. F. Thalmann). Wien 1932.
Der Wandel der handelspolitischen Mittel in seinem Einfluß auf Schichtung und Richtung der Einfuhr. (Staatswissenschaftliche Studien, hrsg. von E. Salin und Fr. Mangold.) Basel 1934.
Der deutsche Handel, Aufgabe und Zukunft. Stuttgart 1936.
Deutsche Finanzpolitik. Berlin 1935.
German Control over International Economic Relations 1930/40. (Illinois Studies in the Social Sciences, vol. XXVI, Urbana.) Illinois 1940.
Autarkie. Berlin 1932.
Die Krisis der deutschen Zahlungsbilanz und die neuen Formen des Außenhandels. Diss. Köln 1938.
Grundriß einer nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre. 4. Auflage. München 1933.
Außenwirtschaft. Berlin 1936.
Schriften der Akademie für Deutsches Recht, hrsg. von H. Frank, Gruppe Wirtschaftswissenschaft Nr. 4. Berlin 1941.
Warum Außenhandel? 5. Aufl. Berlin 1939.
Exchange Clearing System. London 1935.
Exchange Control. London 1934.
Bilateralism and the Future of International Trade, in: Readings in the Theory of International Trade, London 1950, S. 408—437.
Exchange Control in Germany, in: Exchange Control in Europe. Cambridge Mass., Harvard University Press, vol. LXIX, 1941, S. 158—290.
German Monetary Theory 1905—1933. Cambridge Mass., 1934.
Die Grundlagen der Nationalökonomie. Bad Godesberg 1947.
Unser Zeitalter der Mißerfolge. 5 Vorträge zur Wirtschaftspolitik, Tübingen 1951.
Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen 1952.
Grundriß der Sozialökonomik. Band VIII, Außenhandel und Außenhandelspolitik. (Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen.) Tübingen 1929.
Devisenclearing. Die Entwicklung der Zahlungs- und Verrechnungsabkommen in Deutschland (Schriftenreihe zum Devisenarchiv). Berlin 1937.
Economic Self-Sufficiency. Oxford 1939.
Der Außenhandel im neuen Deutschland. Ziele und Wege der nationalsozialistischen Außenhandelspolitik. München 1935.
Der Kampf um den internationalen Handel. Berlin 1936.
Die theoretischen Grundlagen der deutschen Währungspolitik unter dem Nationalsozialismus. Diss. Basel 1947.
Wende der Weltwirtschaft. Leipzig 1941.
Grundsätze der deutschen Außenhandelspolitik und das Problem der internationalen Verschuldung. Berlin 1938.
Ein- und Ausfuhrerleichterung durch Kompensationsgeschäfte und Rohstoffkreditgeschäfte. Frankfurt a. M. 1934.
Der Zwang zur Ein- und Ausfuhr. Berlin 1932.
Die neuen Methoden der Handelspolitik. Berlin 1934.
The Economic Recovery of Germany from 1933 to the Incorporation of Austria in March 1938. London 1939.
Der internationale Handel, in: Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften, Nr. 41. Berlin 1933.
Libérale und planwirtschaftliche Handelspolitik. Berlin 1934.

- Harris, Seymour Exchange Depreciation. Cambridge Mass., 1936.
- Harrod, R. F. International Economics. rev. ed., Cambridge 1939.
- Hayeck, F. A. Collectivist Economic Planning. London 1935.
- Hennig, Franz Praktischer Führer durch das Nährstandsrecht. Köln 1937.
- Heuser, Heinrich The Control of International Trade. London 1939.
- Hoffmann-Burges, A. Clearing und Kompensation im internationalen Warenverkehr (Zahlungs-, Verrechnungs- und Warenverkehrsabkommen). Berlin 1935.
- Jahrbuch für nationalsozialistische Wirtschaft. (Hrsg. von O. Moenckmeier, Berlin und Stuttgart 1935).
- Jessen, Jens Volk und Wirtschaft. Hamburg 1935.
- Jessen, Jens Grundlagen der Volkswirtschaftspolitik. Hamburg 1937.
- Jung, Julius W. Wandel und Neugestaltung des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs. Diss. Basel 1939.
- Kapp, Karl W. Planwirtschaft und Außenhandel. Diss. Genf 1936.
- Köblle, Josef Grundzüge der neuen deutschen Wirtschaftsordnung, in: Neugestaltung von Recht und Wirtschaft, H. 15, 2. umg. Aufl. Leipzig 1941.
- Krosigk, Schwerin v. Nationalsozialistische Finanzpolitik. Kieler Vorträge. Nr. 41. Jena 1936.
- Krüger, Karl Deutsche Großraumwirtschaft. Hamburg 1934.
- Kuczynski, J. Germany 1800 to the present day. London 1945.
- Lammers, C. Autarkie, Planwirtschaft und berufständiger Staat. Berlin 1932.
- Lohmann, Martin Wandlungen in den Betriebs- und Finanzierungsformen des deutschen Außenhandels. Jena 1938.
- Lossos, Harald Bilanz der deutschen Devisenbewirtschaftung (Münchener volkswirtschaftliche Studien, H. 29). Jena 1940.
- Lucas, Hans Theorie der Devisenzwangswirtschaft auf Grund der deutschen und ausländischen Erfahrungen in der Zeit von 1914 bis 1940. Jena 1940.
- Luther, Hans Wirtschaftsfragen der Gegenwart. Kieler Vorträge. Nr. 38. Jena 1932.
- Meade, J. E. The Balance of Payments (Issued under the Auspices of the Royal Institute of International Affairs). New York und Toronto 1951.
- Merkel, Hans Nationalsozialistische Wirtschaftsgestaltung (Einführung in ihre wirtschaftlichen Grundlagen). 2. Aufl. Stuttgart 1936.
- Mickwitz, Eugen v. Außenhandel unter Zwang. Hamburg 1937.
- Münch, Kurt Wirtschaftliche Selbstverwaltung. Hamburg 1936.
- Müller, Carl-Hermann Grundriß der Devisenbewirtschaftung. 2. Aufl. Berlin, Wien 1939.
- Murat, A. Les Relations Economiques Internationales (Essai de Synthèse théorique) Presses Universitaires de France. Paris 1945.
- Obst, Erich Die Großraumidee in der Vergangenheit und als tragender politischer Gedanke unserer Zeit. Breslau 1941.
- Obwurzer, Herbert Selbstversorgung (Autarkie) im Dritten Reich. Berlin 1933.
- Pütz, Theodor Die deutsche Außenwirtschaft im Engpaß der Jahre 1933/1937. Berlin 1938.
- Raber, Paul Geldprobleme des Außenhandels. Wien und Leipzig 1936.
- Radii, Radio v. Die deutsche Außenhandelspolitik unter dem Einfluß der Devisenbewirtschaftung von 1931 bis 1938. Diss. Zürich 1938.
- Raue, E. Die ideologischen Grundlagen der Staats- und Wirtschaftsauffassung des Nationalsozialismus. Berlin 1935.
- Reichsstelle für Außenhandel. Ein- und Ausfuhrverbote des Deutschen Reiches (nach dem Stand von Ende Dezember 1935). Eildienst für amtliche und private Handelsnachrichten. Berlin 1935.
- Remy, Sigismund Probleme der Exportfinanzierung. Diss. Basel 1940.
- Reuter Franz Die Neuregelung des deutschen Außenhandels. Berlin 1935.
- Ringel, Karlrobert Warenclearing. Berlin 1938.
- Ringer, Alfred Handel und Außenhandel. Neubau des Außenhandels im nationalsozialistischen Deutschland. Berlin 1935.
- Robinson, Joan The Economics of Imperfect Competition. London 1933.
- Salin, Edgar Die deutschen Tribute. Berlin 1930.
- Salin, Edgar Wirtschaft und Staat. Berlin 1932.
- Salin, Edgar in: Das Reparationsproblem. Bd. I. Berlin 1929.
- Sannhaber, E. Die neuen Wirtschaftsformen 1914—1940. Berlin 1940.
- Schacht, Hjalmar Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik. Oldenburg 1932.
- Schaum, Friedrich Der Neuaufbau des Außenhandels. München und Berlin 1934.

hmidi, Carl

German Business Cycles, 1924—1933. National Bureau of Economic Research. New York 1934.

Außenwirtschaft und Außenhandelspolitik. Leipzig 1939.

Schmitt, Alfons und
Schmölders, Günther

Schneider, Kurt

Schramm, Werner

Schreiber, Manfred

Sommer, Luise

Der Welthandel im Clearingverkehr. Berlin 1937.

Die grundlegenden Vorschriften der Devisengesetzgebung. Berlin 1936.

Grundzüge einer nationalorganischen Außenhandelspolitik. Leipzig 1939.

Neugestaltung der Handelspolitik: Wege zu einem intereuropäischen Präferenzsystem. Berlin 1935.

Stucken, Rudolf

Deutsche Geld- und Kreditpolitik. Hamburg 1937.

The Problem of long Term International Balance. Proceedings of a Round Table Discussion held by the International Economic Association. Monaco, September 1950. UNESCO International Social Science Bulletin, vol. III, Nr. 1, Spring 1951.

Trier, Josef

Die Einfuhrwaren und ihre Überwachungsstellen. Berlin 1935.

Trivanovitch, V.

The Economic Development of Germany under National Socialism. New York 1937.

Übersicht über die Europäischen Verrechnungsabkommen. Hrsg. von der Außenhandelsstelle für Nordwestfalen und das Ruhrgebiet zu Essen. Stand Anfang Sept. 1942. Berlin 1942.

Vollbeschäftigung. 6 Studien zur Theorie der Wirtschaftspolitik. Hrsg. vom Statistischen Institut der Universität Oxford (Deutsch von Ch. Reiner). Bern 1946.

Wagemann, Ernst

Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft. Berlin 1931.

Wagemann, Ernst

Zwischenbilanz der Krisenpolitik. Hamburg 1935.

Wagemann, Ernst

Wirtschaftspolitische Strategie. Hamburg 1937.

Wagner, Josef

Die Preispolitik im Vierjahresplan. Kieler Vorträge. Nr. 51. 1938.

Waltershausen, S. v.

Die Umgestaltung der zwischenstaatlichen Wirtschaft. Jena 1935.

Weidemann, Hans

Die Gestaltung der deutschen Außenwirtschaft unter dem Neuen Plan. Diss. Frankfurt 1938.

Willikens, Werner

Nationalsozialistische Agrarpolitik. München 1931.

Aufsätze und Artikel

(Abkürzungen: W. A. = Weltwirtschaftliches Archiv; WiDi = Wirtschaftsdienst
Jb. f. Nat. u. Stat. = Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik)

Balogh, Thomas

"The National Economy of Germany", in: The Economic Journal, vol. 48, 1938, S. 461 ff.

Balogh, Thomas

"Foreign Exchange and Export Trade Policy", in: The Economic Journal, vol. 50, 1940, S. 664.

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Jahresberichte, 1931 ff.

Bargen, Franz

„Die Planung im Außenhandel“, in: WiDi XX. Jg. H. 42, 1935, S. 1423.

Bargen, Franz

„Das zusätzliche Exportgeschäft“, in: WiDi XVIII. Jg., H. 35, 1933, S. 1203.

Bargen, Franz

„Exportfinanzierung über Dollarbonds“, in: WiDi XVIII. Jg., H. 40, 1933, S. 1364.

Bargen, Franz

„Die Neuordnung des Zusatzausfuhrverfahrens“, in: WiDi XVIII. Jg., H. 39, 1933, S. 1268.

Bargen, Franz

„Umbau des Zusatzausfuhrverfahrens“, in: WiDi XIX. Jg., H. 16, 1934, S. 534.

Bargen, Franz

„Exportförderung im Kriege“, in: WiDi XXIV. Jg., N. F., 1939, S. 1518.

Benning, Bernhard

„Der Neue Plan und die Neuordnung des deutschen Außenhandels“, in: Jb. f. Nat. u. Stat., Bd. 142, 1935, S. 35 ff.

Berkenkopf, Paul

„Entwicklungslinien im industriellen Export“, in: WiDi XXI. Jg., H. 9, 1936, S. 279.

Biehl, Max

„Von der Handelspolitik der Notbehelfe zu einer neuen Orthodoxie“, in: WiDi XXII. Jg., N. F. 1937, S. 295.

Biehl, Max

„Die deutschen Clearingabkommen mit der Schweiz und Frankreich“, in: WiDi XIX. Jg., H. 9, 1934, S. 1059.

Bosch, W.

„Rohstoffimporte und Inlandsmarkt“, in: WiDi XVIII. Jg., H. 46, 1933, S. 1580.

Brech, John

„Handelspolitische Aktion“, in: WiDi XVIII. Jg. 1933, S. 849.

Brech, John

„Das Bild des Außenhandels“, in: WiDi XVII. Jg., H. 7, 1932, S. 207.

Brech, John

„Einfuhrüberwachung“, in: WiDi XIX. Jg., H. 29, 1934, S. 987.

Brech, John

„Der neue Merkantilismus“, in: WiDi XIX. Jg., H. 26, 1934, S. 875.

Brech, John

„Politik des auswärtigen Handels“, in: WiDi XVII. Jg., H. 38, 1932, S. 1279.

- Brech, John „Die Richtungen des deutschen Außenhandels“, in: WiDi XVII. Jg., H. 10, 1933, S. 314.
- Brech, John „Deutsche Außenwirtschaft“, in: WiDi XIX. Jg., H. 43, 1934, S. 1223.
- Brech, John „Notbehelfe des Außenhandels“, in: WiDi XVII. Jg., 1932, S. 676.
- Brech, John „Kontrolle und Freiheit im Außenhandel“, in: WiDi XX. Jg., H. 44, 1935, S. 1487.
- Draws, Max „Gesetzliche Grundlagen der deutschen Außenwirtschaft“, in: WiDi XIX. Jg., H. 40, 1934, S. 1364.
- Draws, Max „Die Kriegswirtschaft als Übergang zu einer neuen Wirtschaftsordnung“, in: WiDi XXV. Jg., H. 27, N. F., 1940, S. 515.
- Emminger, Otmar „Entwicklungslinien der Devisenzwangswirtschaft“, in: Währung und Wirtschaft, 1935, S. 53 ff.
- Flad, Wolfgang „Grundgedanken des Neuen Plans“, in: Bankarchiv 34, 1934/35.
- Gross, Herbert „Deutschland und der Weltmarkt“, in: W. A., Bd. 62.
- Gross, Herbert „Ausgangspunkte, Formen und Wirkungen der deutschen Devisenzwangswirtschaft“, in: Archiv für Sozialwissenschaften, Bd. 69, 1933, S. 49 ff.
- Gross, Herbert „Einfuhrsteigerung und Devisenknappheit“, in: WiDi XVIII. Jg., H. 16, 1933, S. 398.
- Härle, Oskar „Die Grundsätze des verrechnungsmäßigen Zahlungsverkehrs im Außenhandel“, in: Bankarchiv, XXX. Jg., H. 6, 1937, S. 193.
- Harms, Bernhard „Die Welthandelsentwicklung und das Problem der deutschen Ausfuhrpolitik“, in: W. A., Bd. 36, H. 1, 1932.
- Hennig, Klaus „Die zwischenstaatlichen Verrechnungsabkommen“, in: Devisenarchiv 1936, S. 473 ff.
- Hillmann, H. C. „Germany's foreign trade and the War“, in: Economica, vol. VII (NS), Nr. 25, 1940, S. 69 ff.
- Huhle, Fritz „Das Clearingwesen im Außenhandel vom deutschen Standpunkt aus“, in: Jb. f. Nat. u. St., Bd. 146, H. 2, 1937, S. 171 ff.
- Huhle, Fritz „Das Kompensationsgeschäft im Rahmen der Handelspolitik seit der Wirtschaftskrise“, in: Jb. f. Nat. u. St., Bd. 145, 1936, S. 181 ff.
- Huhle, Fritz „Die Behandlung der gesperrten Auslandsguthaben in der deutschen Wirtschaftspolitik“, in: Jb. f. Nat. u. Stat., Bd. 147, 1938, S. 55 ff.
- Keynes, J. M. „Nationale Selbstgenügsamkeit“, in: Schmollers Jahrbuch, 57, Jg. II, 1933.
- Kolisch, Otto „Probleme der deutschen Zahlungs- und Verrechnungsabkommen“, in: Bankarchiv Jg. 30, H. 20, S. 664 ff.
- Kolisch, Otto „Der deutsche Außenhandel und die Wirtschaftsplanung“, in: Bankarchiv, Jg. 30, H. 17, 1937, S. 577 ff.
- Kroymann, Kurt „Das Kompensationsgeschäft“, in: WiDi XVI. Jg., 1931, S. 584.
- Kroymann, Kurt „Entwicklungsphasen des Kompensationsverkehrs“, in: W. A., 1936/37, H. 4, S. 53 ff. und H. 5, S. 75 ff.
- Krüger, Karl „Deutschland und die Großraumwirtschaft“, in: W. A. 1934 I, S. 19.
- Küng, Emil „Zur Theorie und Technik der Devisenzwangswirtschaft“, in: Finanzarchiv, N. F., Bd. 8, 1940/41.
- Lansburgh, Alfred „Devisenclearing“, in: Die Bank, Teil I, 1932, vom 3. Februar.
- Manasse-Morris, R. „Zur Frage des internationalen Warenkredits“, in: WiDi XVIII. Jg., H. 11, 1933, S. 350.
- Mautner, Wilhelm „Zur Weiterbildung des Stillhalteabkommens“, in: WiDi XVIII. Jg., H. 8, 1933, S. 246.
- Metzold, Max „Bürgschaften und Garantien im Auslandsgeschäft“, in: Bankarchiv, Jg. 30, H. 28, 1937, S. 990 ff.
- Meyer, Fritz, I „Gold als Mittel des Spitzenausgleichs der Zahlungsbilanz“, in: WiDi N. F., 1940, S. 764 ff.
- Meyer, Fritz, II „Die Sicherung der autonomen Wirtschaftsentwicklung im Bereich der Außenwirtschaft“, in: W. A., Bd. 53, 1941, S. 321 ff.
- Meyer, Fritz, III „Devisenbewirtschaftung als neue Währungsform“, in: W. A., Bd. 49, 1939.
- Mickwitz, Eugen v. „Clearing und Kapitalexport“, in: WiDi XXI Jg., H. 36, 1936, S. 1269.
- Mickwitz, Eugen v. „Überwindung der Welthandelsstockung durch Außenhandelsfinanzierung“, in: WiDi XIX. Jg., H. 50, 1934, S. 1707.
- Miksch, Leonhard, I „Praxis und Wirkung der Einfuhrüberwachung“, in: Die Wirtschaftskurve, 1937, H. 1, XVI. Jg., S. 17 ff.
- Miksch, Leonhard, II „Die Wirtschaftskontrolle der Überwachungsstellen“, in: Die Wirtschaftskurve, XVI. Jg., H. 2, 1937, S. 122 ff.
- Möller, H. „Handelspolitik zwischen Bilateralismus und Multilateralismus“, in: W. A., Bd. 68, 1952, S. 203 ff.

- Napolski, Fr. v. „Wege der Handelspolitik“, in: Deutsch-Schw. Wirtschaftszeitung, 25, 1939, Nr. 3, S. 37 f.
- Oberascher, Leonhard „Clearingverfahren“, in: WiDi XIX. Jg., H. 35, 1934, S. 1191.
- Pfleiderer, Otto „Die Zukunft der Devisenzwangswirtschaft“, in: Bankarchiv, 1941.
- Pedersen, J. The Economic Recovery of Germany, in: W. A. 1939, S. 181 ff.
- Posse, H. „Die deutsche Außenhandelspolitik nach der Londoner Konferenz“, in: Der deutsche Volkswirt, Nr. 47, 1933, S. 1345.
- Predöhl, Andreas „Von der alten zur neuen Weltwirtschaft“, in: WiDi XXV. Jg., N. F., 1940, S. 1046.
- Predöhl, Andreas „Die sog. Handelshemmnisse und der Neuaufbau der Weltwirtschaft“, in: W. A., 1940, S. 192 ff.
- Prion, Walter „Die Praxis der Devisenbewirtschaftung und ihre Ergebnisse“, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, IX. Jg., 1932, S. 321 ff.
- Ringel, Karlrobert „Währungspolitik und zwischenstaatlicher Verrechnungsverkehr in der Großraumwirtschaft“, in: W. A., 1942 II, S. 490 ff.
- Ringer, Alfred „Zur Frage der deutschen Außenhandelspolitik“, in: Der deutsche Volkswirt, IV. Jg., 1935, S. 425.
- Ritter, Carl „Germany's Experience with Clearing Agreements“, in: Foreign Affairs, vol. XIV, 1936, S. 465.
- Salin, Edgar „Das Ende der Reparationen“, in: WiDi XVIII. Jg., H. 1, 1933, S. 3.
- Salin, Edgar „Deutschland und der Layton-Bericht“, in: WiDi, XVI. Jg., H. 35, 1931, S. 1493.
- Salin, Edgar „Stillhalten?“, in: WiDi, XVI. Jg., H. 37, 1931, S. 1561.
- Salin, Edgar „Tributleistung oder Kreditrückzahlung?“, in: WiDi, XVI. Jg., H. 49, S. 1965.
- Salin, Edgar „Das Gutachten von Basel“, in: WiDi, XVI. Jg., H. 52, 1931, S. 2069.
- Salin, Edgar „Von den Wandlungen der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit“, in: W. A., Bd. 35, 1932, S. 1 ff.
- Sarow, Fr. „Verrechnungszentrum Berlin“, in: Die Wirtschaftskurve, 1940, S. 181 ff.
- Schaum, Friedrich „Arbeitsweise der Überwachungsstellen“, in: WiDi XX. Jg., 1935, S. 1259.
- Schmölders, G. „Die Bedeutung der Warenkreditabkommen im Handel Großdeutschlands mit Südosteuropa“, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. IX, 1938/39, S. 567 ff.
- Schneider, Erich „Wirtschaftsplan und Außenhandel“, in: Außenwirtschaft, 1948, S. 186 ff.
- Schorer, Edgar „Autarkie — eine neue Form der Weltwirtschaft“, in: W. A. 1940 II, S. 251 ff.
- Schuster, Ernst „Die neuen Grundlagen der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit“, in: W. A. 1940, S. 253.
- Schumacher, E. F. „Multilateral Clearing“, in: Economica, vol. X., 1943, S. 150 ff.
- Schurmann, Arthur „Die politische Wandlung der Weltwirtschaft“, in: W. A. 1941, S. 181.
- Schwartz, B. „Zur Frage der Stillhaltung“, in: WiDi XVIII. Jg., H. 44, 1932, S. 1475.
- Schwartz, B. „Weg der Stillhaltung“, in: WiDi XVII. Jg., H. 49, 1932, S. 1643.
- Schweinitz, H. v. „Staatliche Exportförderung“, in: Der deutsche Volkswirt, Nr. 48, 1933, S. 1383.
- Schweitzer, Arthur „The Role of Foreign Trade in the Nazi War Economy“, in: The Journal of Political Economy, vol. LI, 1943, S. 322 ff.
- Siebert, Robert „Handelspolitische Kontingente“, in: WiDi XVII. Jg., H. 14, 1932.
- Schiller, Karl „Meistbegünstigung, Multilateralität und Gegenseitigkeit in der zukünftigen Handelspolitik“, in: W. A. 1940 I, S. 370 ff.
- Simon, Carl „Die Neugestaltung der Ausfuhrkreditversicherung“, in: Die Bank und WiDi XIX. Jg., H. 2, 1934, S. 44.
- Sommer, Luise „Präferenzsystem und Außenhandelsverflechtung“, in: WiDi XXI. Jg., 1936, S. 647.
- Sweezy, Maxine Y. „German Corporate Profit: 1926—1938“, in: Quarterly Journal of Economics, vol. LIV, Nr. 3, S. 384 ff.
- Wagemann, Ernst „Über Struktur und Wirtschaftssystem“, in: Begriff und Wesen der Volkswirtschaft, hrsg. v. H. Wagenführ, Berlin 1935.
- Whittlesey, Ch. „Internationale Kapitalbewegungen bei gebundener und freier Währung“, in: W. A. 1936 II, S. 437 ff.
- Whittlesey, Ch. „Exchange Control“, in: American Economic Review, vol. XXII, Nr. 4, S. 585 ff.
- Wiedenfeld, K. „Entstehung und Bedeutung der deutschen Außenhandelsverflechtung“, in: Bankarchiv, XXXIII. Jg., S. 229.

Wunderlich, F.

"Germany's Defense Economy and the Decay of Capitalism", in: The Quarterly Journal of Economics, Camb. Mass., 1938.

Zassenhaus, H.

„Über die ökonomische Theorie der Planwirtschaft“, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, 1934, Bd. 5, S. 1 ff.

Zeitungen und Zeitschriften

Frankfurter Zeitung — Berliner Börsenzeitung — Financial News — Neue Zürcher Zeitung
Basler Nachrichten — Deutsch-Schweizerische Wirtschaftszeitung

Periodica

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (Tübingen)
Der deutsche Volkswirt (Berlin)
Devisenarchiv, Zeitschrift für das gesamte Devisenrecht (Berlin)
Deutsches Handelsarchiv (Berlin)
Die deutsche Volkswirtschaft (Berlin)
Die Wirtschaftskurve der Frankfurter Zeitung (Frankfurt)
Die Bank (Berlin)
Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik (Jena)
The Economist (London)
Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung (Berlin)
Weekly Report of the German Institute for Business Research
Weltwirtschaftliches Archiv (Jena)
Wirtschaftsdienst (Hamburg)
Wirtschaft und Statistik (Berlin)
Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung (Berlin)
Zeitschrift für Nationalökonomie (Wien)
Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften (Tübingen)

Statistisches Material

Institut für Konjunkturforschung, Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung,
„Wirtschaftszahlen des In- und Auslandes“
League of Nations, Statistical Yearbook
League of Nations, Monthly Bulletin of Statistics
Währung und Wirtschaft (Berlin)
Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich

Lebenslauf

Am 21. Januar 1929 wurde ich als Sohn des heute in Müllheim/Baden lebenden Postamtmanns Friedrich J. Meier und dessen Ehefrau Elisabeth, geb. Basler, in Zell i. W. geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in Weil am Rhein von 1935—1939 trat ich in dem gleichen Jahr in das Hans-Thoma-Gymnasium in Lörrach/Baden ein, an dem ich — abgesehen von einer annähernd dreijährigen Unterbrechung (1942—1945), während derer ich in Internaten weilte — bis zum Jahre 1948 blieb und auch die Reifeprüfung ablegte. Im Sommer des gleichen Jahres immatrikulierte ich mich an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i. Brsg. zum Studium der Nationalökonomie und der Jurisprudenz. Während der vier Semester, die ich an der dortigen Universität studierte, besuchte ich die Vorlesungen und Übungen der Herren Beyerle, Böhmer, v. Caemmerer, v. Dietze, Eucken, Hensel, Koberstein, Liefmann-Keil, Lohmann, Maunz, Maier, Miksch, Paulus, Ritter, Schühly, Schönke und Wilken. Zu Beginn des Wintersemesters 1950 wechselte ich zur Universität Basel über, an der ich bis zu meiner Doktorprüfung die Vorlesungen und Übungen der Herren Brogle, Furlan, Ruck, Salin, Simonius und Wagner besuchte. Zur Zeit der Drucklegung der vorliegenden Arbeit bin ich als Direktionsassistent in einer deutschen Großbank tätig.



